

# DA

**DIREKTE AKTION**  
anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 30. JG NR. 179

JANUAR/FEBRUAR 2007 1,50 EURO

## INHALT

### BETRIEB UND GESELLSCHAFT

**Strategie der Nische** .....3  
Solidarische Ökonomie zwischen Hoffnung und Illusion

**Die Ruhe vor dem Sturm?** .....4  
Die EU-Dienstleistungsrichtlinie vor der Umsetzung

**Das Geschäft mit der Krankheit** .....4  
Zur Arbeitssituation der Pflege in den Amper Kliniken Dachau

**Kein Rausch ohne Kater** .....5  
Das Existenzgeld als neoliberale Mogelpackung

**Grenzen einreißen, um neue zu errichten** ...6  
Die neue „Bleiberechtsregelung“ der Innenministerkonferenz

### DISKUSSION

**Wo die Wege sich kreuzen...** .....7  
Eine Erwiderung auf René Talbot

### ZEITLUPE

**Wer ist hier der Boss?** .....8  
Kaum sonst wo auf der Welt sind Konzepte selbstverwalteter Betriebe so weit entwickelt wie in San Francisco — mit unterschiedlichen Erfahrungen.

### GLOBALES

**Eine verrückte Idee** .....9  
Schweden: SAC ruft 2,5 Millionen Arbeiter zum Generalstreik auf

**Spontaner Streik bei Volkswagen** .10  
Arbeitskämpfe in der Automobilindustrie

**US-Army: Mit Taft-Hartley gegen Arbeiter** ...10  
Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will

**Alter Wein in neuen Schläuchen** ...11  
Italien hat zwar nunmehr eine neue Regierung, doch die Politik des Sozialabbaus bleibt die gleiche

**Die Masken sind gefallen** .....12  
Griechenland: Vergewaltigung im Paradies

### HINTERGRUND

**MWR: The sexiest rebellion ever** .....12-13  
Über die Selbstorganisation eines Hausangestellten, fauler, betrunkenen Taugenichtse und die Rolle des Internets dabei

### KULTUR

**Ein Denkmal für Louis Lingg (2)** .....14  
„Die Bombe“ — Frank Harris' Klassiker über die Haymarket-Affäre wiedergelesen

**UPTHEREPUBLIC** .....15  
Literatur und Medien im Spanischen Krieg (1936-1939)

# Sag Chef zu Dir

... oder etwa nicht? Vom Rätseln über „Investivlöhne“

Zum Jahresausklang wurde hierzulande noch einmal reichlich Verwirrung gestiftet. Da ist die große Koalition schon in Sachen Gesundheitsreform konfus genug, wird Bundespräsident Köhler in den Medien als „Rebell“ gefeiert, und macht ein Wort die Runde, mit dem viele erstmal wenig anzufangen wußten: „Investivlohn“. Ganz genau so, und nicht etwa „Intensivlohn“, wie nicht nur die Tagesschau auf ihrer Internetseite behauptete.

Bei der in Parteien, Gewerkschaften und in der Presse vorgetragenen Debatte geht es jedoch keineswegs um eine etwaige Intensivierung von Gehältern, worunter man ja naiv allgemeine Lohnerhöhungen verstehen könnte, sondern vielmehr um Modelle, denen zufolge ArbeiterInnen dazu genötigt werden sollen, einen Teil ihres Lohnes zu investieren — nämlich in die Firma ihres Arbeitgebers. Sprich, nicht mehr die ganze Summe, sondern nur noch 90% oder 85% des Lohnes landen als Auszahlung auf dem Girokonto der Beschäftigten, der Rest wird in Form von Aktien, Anleihen oder dergleichen „angelegt“ — oder, anderen hübschen Ideen entsprechend, der womöglich finanzkrummen Firma gar als Darlehen zur Verfügung gestellt, mit der Aussicht, Zinsen zu kassieren. Na, immerhin etwas.

Bundesrenegat Köhler, der per Interview den Investivlohn ins Gespräch brachte, sieht darin „mehr Verteilungsgerechtigkeit“. Schließlich seien die Einkünfte aus Kapitalvermögen in den letzten Jahren schneller gewachsen als die Löhne. Es sei nur recht und billig, die MitarbeiterInnen auch am Firmengewinn zu beteiligen. Mittels Investivlöhnen. Am besten gleich per Gesetz.

Nun sind Investivlöhne nicht das gleiche wie Gewinnbeteiligungen. Dafür muß die Firma erst einmal Gewinne erzielen. Ansonsten kann die Geschichte recht unangenehm werden. Je nach Modell könnten solche am Unternehmen beteiligte Beschäftigte schnell mit leeren Händen dastehen; Aktien können bekannterweise rasch an Wert verlieren, zumal, wenn sie frei gehandelt werden. Und wie es um Anteile an Firmen bestellt ist, die Bankrott gehen und folglich keinen müden Heller mehr taugen, sollte sich spätestens seit dem großen Firmensterben in der IT-Bran-

che Mitte der 1990er Jahre herumgesprochen haben. Damals war es üblich, Aktien an Angestellte auszugeben. Alle Beteiligten glaubten, davon nur profitieren zu können. Die Chefs hatten loyale MitarbeiterInnen, die sich mit ihnen und der Firma verbunden fühlten und einen verhältnismäßig geringen Grundlohn kosteten. Die Beschäftigten wiederum wähten sich als Nutznießer aufstrebender, zukunftsorientierter Jungunternehmen und dank der Aktienanteile quasi schon selbst als Geschäftsleute. Klar, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad hier eher schwach ausfiel. Groß war



dann der Katzenjammer, als sich das so perfekt gedachte Modell als Pilotspiel entpuppte. Froh könnten andererseits jene sein, welche nicht auch noch Pech mit der juristischen Organisationsform „ihrer“ Firma hatten, und dank der Geschäftsanteile nun auch noch auf einem Berg Schulden saßen.

Auch wenn letzteres so erstmal noch nicht zu befürchten ist, wäre ein Investivlohn so oder so mit neuen Risiken verbunden, die auf die Beschäftigten abwälzt werden. Gerade davon versprechen sich Regierung und Kapital motiviertere ArbeiterInnen. Indem ihr Einkommen vom Firmengewinn abhängig gemacht wird, soll sichergestellt werden, daß sie sich wie von selbst in die Arbeit reinknien, weil das ja auch in ihrem eigenen Interesse ist. Selbstredend würde das dann wiederum

zu mehr Firmenloyalität führen. Wer bestreikt schon ein Unternehmen, das ihm selbst gehört? Und das nun, so tagträumen nicht wenige PolitikerInnen, würde den Standort Deutschland stärken und schließlich gar den Patriotismus fördern. Supi.

Was aber hätten Arbeiterinnen und Arbeiter vom Investivlohn? Außer dem fragwürdigen Nervenkitzel, nie so recht zu wissen, wie hoch der nächste Lohn ausfällt, nicht unbedingt viel. Die wenigen ähnlichen solcher Modelle, die es dafür bisher in Deutschland gibt, täuschen meist. Bei Siemens, Daimler, BMW oder aber SAP handelt es sich in der Regel um gesuchte Fachkräfte, die eine besonders gute Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt haben und die mittels günstiger Konditionen gelockt bzw. gebunden werden sollen. Anders sieht es da beispielsweise schon beim Versicherungsunternehmen Allianz aus, wo für bestimmte Angestellte das Grundgehalt massiv gedrückt wurde zugunsten von hohen Provisionsanteilen. Und das könnte, so befürchten ExpertInnen, bei einem generell eingeführten Investivlohn herauskommen: Eine besondere Art des Kombilohns, bei dem nicht der Staat, sondern die Beschäftigten ihre eigenen Löhne bezuschussen.

Vor allem aber liefen Investivlöhne auf eine verschärfte Auseinanderdividierung der Arbeiter und Arbeiterinnen hinaus; Organisation und gewerkschaftliche Kämpfe würden enorm erschwert. Die Stärke der Arbeiterklasse lag denn auch noch nie in ihrer Zerrüttetheit begründet. Genau diese aber hätte ein wie auch immer geregelter Investivlohn zur Folge.

Lassen wir uns nicht in die Irre führen. So wenig Rebellen Bundesverdienstkreuze verteilen, ersetzen Investivlöhne die guten, alten Gewerkschaftsdisziplinen wie Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Wahrheit liegt eben nicht in der New Economy und ihrer frisch klingenden Begrifflichkeit, sondern ist ganz „old school“. Und das bedeutet Klassenkampf.

Matthias Seiffert

# Lohnarbeit als Stippvisite

Fehlzanzeige bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau

Die Entwicklung zur Gleichberechtigung von Frau und Mann stockt. Immer noch ist die Diskriminierung nach dem biologischen Geschlecht auf dem Arbeitsmarkt üblich. Rund 23% weniger Bruttolohn erhalten Frauen im Vergleich zu Männern. Das geht aus dem ersten von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen hervor. Verglichen wurden die Gehälter bei angenommener gleicher Arbeitszeit.

Damit bildet Deutschland in einem Ranking mit anderen europäischen Ländern im Bezug auf Lohndiskriminierung das traurige Schlusslicht (vgl. Grafik auf Seite 4). Nachdem in den letzten 50 Jahren die Lohnlücke langsam abnahm, ist dieser Prozess nun zum Stillstand gekommen. In Ostdeutschland hat sogar eine gegenläufige Entwicklung begonnen, die ein erneutes Auseinanderschlagen der Einkommen von Frau und Mann zur Folge hat.

Immerhin ergab sich im Bezug auf das Bildungsniveau inzwischen eine erfreuliche Wende. 40,6% der Frauen bis 30 Jahre hatten im Jahr 2004 Abitur, bei den Männern waren es lediglich 37,8%. Auch unter den Hochschulabsolventen und -absolventinnen herrscht inzwischen ge-

schlechtliche Parität. Oberflächlich betrachtet ließe sich aus dieser Entwicklung die Hoffnung nähren, Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt ergäbe sich spätestens mit dem vollständigen Eintritt dieser Generation ins Erwerbsleben. Dagegen sprechen allerdings zu viele Faktoren:

Die Ausbildungswahl fällt nach wie vor stark geschlechtsspezifisch aus. So hat sich an der Wertschätzung im ökonomischen Sinne für klassische „Frauenarbeit“ (z.B. Kranken- oder Altenpflege) bis heute nichts geändert; sie wird vergleichsweise schlecht bezahlt, beruflicher Aufstieg und damit steigende Verdienstmöglichkeiten sind nicht vorgesehen.

Frauen gelten als weniger produktiv, denn sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufig für Jahre, meist zu Gunsten der Erziehung ihrer Kinder. In der Folge wird ihnen auf Grund mangelnder beruflicher Erfahrung weniger Leistungsvermögen unterstellt. Berufserfahrung in Form kontinuierlicher Vollerwerbstätigkeit hingegen wird belohnt — ein Vorteil für die Gehaltsschecks der Männer.

Es sind mehrheitlich Männer, die über die berufliche Karriere von Frauen entscheiden. Für sie sind Frauen jedoch häu-

fig ein unternehmerisches Risiko, denn in einem Alter, in dem Karriere z.B. durch Weiterqualifikation in den Unternehmen gefördert wird, kann man sich bei Frauen nie sicher sein, ob sie sich am Ende nicht doch für Kind und Kegel entscheidet, ihre Flexibilität einbüßt und sich berufliche Qualifikationsmaßnahmen in den Augen der Entscheider als Fehlinvestitionen erweisen. Hinzu kommen uralte Vorurteile und Rollenmuster, die dazu führen, dass Frauen in vielen Berufen weniger Leistung und Belastbarkeit zugetraut wird.

Gesellschaftlich tief (abgrundtief!) verwurzelte Rollenmuster und eine tradierte Sicht auf die Familie sind letztendlich verantwortlich dafür, dass in Deutschland immer noch das klassische Ernährermodell dominiert. Sie erklären auch, warum sog. Frauenberufe schlecht entlohnt werden. So waren z.B. soziale Berufe, als sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts professionalisiert wurden und sich damit weg vom Ehrenamt entwickelten, nie als Ernährerberufe konzipiert. Es waren Berufe für Frauen, bis sie durch Heirat dem Ruf nach Heim und Herd folgten.

Fortsetzung auf Seite 4

## CATWALK



(Dank an Adi F. in Melbourne)

### 30 Jahre FAU!

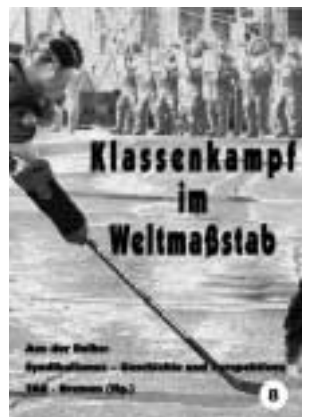
Im Februar 2007 wird die FAU 30 Jahre alt und ist damit die älteste libertäre Organisation in der BRD. Am 12./13.2.1977 kamen Delegierte von acht anarcho-syndikalistischen Gruppen mit insgesamt ca. 40 Mitgliedern zu einem ersten bundesweiten Treffen in Köln zusammen und gründeten die „Initiative für den Wiederaufbau der FAU(D)“. Auf dem zweiten Nationaltreffen in Köln am 8./9.10.1977 wurde „Initiative Freie Arbeiter Union“ (I-FAU) als vorläufiger Name der Organisation beschlossen und eine Gründungserklärung verabschiedet.

### Auf den Geschmack gekommen ...

Im Dezember 2006 ist das Buch „Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet“ von den Flying Pickets (Hrsg.) erschienen. Es fasst die Erfahrungen der Streiks bei Gate Gourmet in London-Heathrow und Düsseldorf zusammen. ISBN 3-935936-54-0, 264 S., für 12,00 Euro zu bestellen bei Syndikat-A

### Kauf Dich glücklich

„Klassenkampf im Weltmaßstab: Faustregel gegen Standortkonkurrenz und Klassenspaltung“, so lautet der Hauptartikel dieser Broschüre. Er führt die bisherigen Untersuchungen zu „Syndikalismus — Geschichte und Perspektiven“ weiter in die Zukunft einer globalen Weltordnung und der damit nötigen internationalen Organisation der ArbeiterInnenklasse. Unterfüttert wird dieser Artikel mit historischen Beiträgen zu der FAUD: ihrer Organisation, ihrer Stellung zu Betriebsräten, Kollektivverträgen und Streikkassen und ihrer Einstellung zur Frage der Anwendung revolutionärer Gewalt.



45 Seiten, DIN A 5, Preis: 2,50 Euro, zu bestellen über FAU-MAT: fau-mat@gmx.de

# FAU-Ticker

+++ die FAU Bremen sammelt weiterhin Interessierte für eine FAU-Initiative in Oldenburg und beteiligt sich außerdem am lokalen Chef-Duzen-Stammtisch. Bei Interesse: [fauhb@fau.org](mailto:fauhb@fau.org) +++ die Bremer OG hat auch eine neue Broschüre herausgegeben: „Anarcho-Syndikalismus in Ostpreußen“, zu beziehen über FAU-MAT oder herunterzuladen unter [www.fau-bremen.tk](http://www.fau-bremen.tk) +++ der Termin des offenen Treffens bzw. des Café Libertaire der OG Münster ändert sich ab Januar +++ vom 26.-28. Januar 2007 findet das nächste Treffen des Ya-Basta-Netz in Tübingen statt, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Anmeldung unter [yabasta-tuebingen@nolog.org](mailto:yabasta-tuebingen@nolog.org), Infos unter <http://www.ya-bastanetz.de.vu> +++ aufgrund Zeit- und akuten Mitglieder mangels löste sich die FAU Konstanz am 11.12.06 auf +++ die OG Marburg in Gründung traf sich erstmals am 9.12.06. Die Schwerpunkte der Arbeit des geplanten Allgemeinen Syndikats liegen zur Zeit im Bildungs- und Erwerbslosenbereich. Das nächste Treffen findet am 6.1.07 gegen 13 Uhr im „Cafe am Grün“ statt, dazu sind alle Interessierten herzlich eingeladen +++ die Regionalkoordination West liegt jetzt in den Händen der FAU Düsseldorf. Das nächste Regionaltreffen wird am 14.4.07 in Dortmund stattfinden +++ Die OG Düsseldorf ist online wieder unter [www.fau-duesseldorf.org](http://www.fau-duesseldorf.org) zu erreichen +++

**J**ahreswechsel sind ja immer ein beliebter Anlass, Bilanz zu ziehen. Was also hat uns das letzte Jahr gebracht, was ist im neuen zu erwarten?

Eines der bedeutendsten Ereignisse 2006 war sicherlich die Fußball-Weltmeisterschaft, die wieder einmal in Deutschland ausgerichtet wurde. (War Deutschland eigentlich schon wieder an der Reihe, oder haben „wir“ uns vorgedrängelt?) Auf jeden Fall muss man anerkennen, dass die deutsche Nation die Gelegenheit für eine perfekte Inszenierung ihrer selbst genutzt hat. Vor allem die Massenszenen waren wirklich gelungen. Das Volk volkte brav der Regie von Politik und Medien und spielte begeistert mit. Und so wurde allerhand erreicht: Die Nationalflagge ist endlich wieder zum ganz alltäglichen Anblick geworden. Und man darf sich wieder trauen zu sagen: „Ich bin stolz auf mein Land.“ Das war ja anscheinend vielen schon immer ein dringendes Bedürfnis. Und während das Volk, bedröhnt von der gesamt-nationalen Freude, einmal alle Bedrängnisse des Alltags vergaß, war die Politik nicht untätig und nutzte die günstige Gelegenheit.

So ist zum Beispiel das Ladenschlussgesetz auf einmal vom Tisch. Bald zwei Jahrzehnte nach der Einführung des „langen Donnerstag“ und viele dünn geschnittene Salamischeiben später war es doch überraschend, wie schnell und unproblematisch das über die Bühne ging. Und so wurde uns als Konsumenten die Freiheit geschenkt, einkaufen zu gehen, wann immer wir wollen. Wer jetzt aber glaubt, der Politik gehe es darum, der Einwohnerschaft ihres Landes das Leben so bequem wie möglich zu gestalten, irrt sich gewaltig: Selbst die alleinerziehende Mutter kann jetzt auch nach der Spätschicht noch schnell einkaufen und hat somit keinen Grund mehr, sich über schlechte Arbeitszeiten zu beklagen. Und überhaupt: Was man von den Beschäftigten im Einzelhandel verlangen kann, können auch die anderen nicht mehr verlangen.

Dass uns allen zwei Jahre Rentenbezug geklaut werden, ist anscheinend auch schon beschlossene Sache. An sich war es ja schon eine Frechheit, die Renten zu besteuern, aber man kann ja immer noch einen draufsetzen. Und nach der Erhöhung der Umsatzsteuer haben nicht nur die Rentner nichts mehr zu lachen.

Dass der Druck auf die Arbeitslosen weiter erhöht wurde und weiterhin wird, ist schon selbstverständlich geworden. Das gleiche gilt für den Abbau der klassischen Bürgerrechte auf dem Weg zum perfekten Überwachungsstaat. In technischer Hinsicht haben wir George Orwells „1984“ ja schon weit zurückgelassen. Der „internationale Terrorismus“ tut als Vorwand beste Dienste. Und auch das hat das letzte Jahr gebracht: Wir haben alle schon angefangen, uns an den Gedanken zu gewöhnen, potentielle Opfer von Anschlägen zu sein. Und dass wir für die Ordnungspolitik dieser bedeutenden Nation, die „ihre Verantwortung nicht ignorieren kann“ (man könnte auch sagen: die ihre Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen will), von deren Opfern haftbar gemacht werden, spricht natürlich nicht gegen die Nation oder die Politik, die sie betreibt ...

Kurz gesagt: Alles bleibt besser!  
Holger (Layout)



GenossInnen der USI und der FAU im Gespräch auf dem IAA-Kongress (siehe Seite 9)

## SYNDIKATE, ORTSGRUPPEN UND KONTAKTE DER FREIEN ARBEITER/INNEN-UNION (FAU-IAA)

<b>REGION NORD</b>			
<b>BREMEN</b> . . . . .	FAU-IAA LOKALFÖDERATION BREMEN, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.fau-bremen.tk">www.fau-bremen.tk</a> , <a href="http://www.bremer-aktion.tk">www.bremer-aktion.tk</a> , Tel. (0162) 38 29 46 7		
	SYNDIKAT DER LOHNABHÄNGIGEN UND ERWERBSLOSEN (SLE-FAU), <a href="mailto:sle-hb@fau.org">sle-hb@fau.org</a> , c/o FAU Bremen		
<b>Bielefeld</b> . . . . .	c/o „Umweltzentrum“, August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.fau-bielefeld.de.vu">www.fau-bielefeld.de.vu</a>		
<b>Flensburg</b> . . . . .	c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg		
<b>Hamburg</b> . . . . .	FAU-IAA HAMBURG, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , Tel. (040) 43 22 124		
<b>Hannover</b> . . . . .	UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , Tiermedizinisches Syndikat, <a href="mailto:tiermedizin@fau.org">tiermedizin@fau.org</a>		
<b>Kiel</b> . . . . .	Kontakt über OG Hamburg		
<b>Lübeck</b> . . . . .	Kontakt über OG Hamburg		
<b>Osnabrück</b> . . . . .	FAU-IAA OSNABRÜCK, Postfach 1925, 49009 Osnabrück, Treffen: jeden Mo. 20.00 Uhr im Café „Mano Negra“, Alte Münze 12, <a href="mailto:fauos@fau.org">fauos@fau.org</a>		
<b>REGION WEST</b>			
<b>Bochum</b> . . . . .	Kontakt über FAU DORTMUND, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , öffentliches Treffen: Jeden dritten Do. im Monat ab 19.00 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31		
<b>Bonn</b> . . . . .	FAU-OG BONN, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, Tel.: (0228) 90 93 171, E-Mail: <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.fau-bonn.de">www.fau-bonn.de</a> , OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr		
<b>Dortmund</b> . . . . .	c/o „Langer August“, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel.: (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a>		
<b>Duisburg</b> . . . . .	FAU DUISBURG LOKALFÖDERATION, Querstr. 38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof“, Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , <a href="http://www.fau-duisburg.tk">www.fau-duisburg.tk</a>		
<b>Düsseldorf</b> . . . . .	FAU DÜSSELDORF, ALLGEMEINES SYNDIKAT, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <a href="http://www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf">www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf</a> oder <a href="http://www.free.de/asti">www.free.de/asti</a>		
<b>Krefeld</b> . . . . .	(02151) 39 42 70		
<b>Moers</b> . . . . .	c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a>		
<b>Münster</b> . . . . .	FAU MÜNSTER, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , <a href="http://www.fau.org/ortsgruppen/muenster">www.fau.org/ortsgruppen/muenster</a> , offenes Treffen: jeden 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Dahlweg 64,		
	Café Libertaire, mit Vortrag, Film etc.: jeden 2. und 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Don Quijote, Scharnhorststr. 57		
<b>REGION OST</b>			
<b>Altenburg</b> . . . . .	<a href="mailto:fauobg@fau.org">fauobg@fau.org</a>		
<b>Berlin</b> . . . . .	Strabburger Str. 38, 10405 Berlin, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , Tel.: (030) 287 008 04, <a href="http://www.fau.org/ortsgruppen/berlin">www.fau.org/ortsgruppen/berlin</a> , offenes Büro dienstags 16.00 - 20.00 Uhr (ab Februar: freitags)		
	ALLGEMEINES SYNDIKAT, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, BILDUNGSSYNDIKAT, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, <a href="mailto:bsy-b@fau.org">bsy-b@fau.org</a>		
	KULTURSYNDIKAT, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <a href="mailto:ksy-b@fau.org">ksy-b@fau.org</a>		
	GNNL BERLIN-BRANDENBURG, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a>		
	FAU-Tresen jeden 1. und 3. Do. ab 21.00 Uhr im Subversiv, Brunnenstr. 7 /2.HH, Berlin-Mitte, U8 Rosenthaler Platz		
<b>Dresden</b> . . . . .	FAU DRESDEN, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16.00 - 20.00 Uhr, <a href="mailto:fau-dd@gnuviech.info">fau-dd@gnuviech.info</a>		
<b>Frankfurt/O.</b> . . . . .	FAU-IAA, c/o Backdoor, Rosa-Luxemburg-Str. 24, 15230 Frankfurt/Oder, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.fau-ffo.de.vu">www.fau-ffo.de.vu</a>		
<b>Göttingen</b> . . . . .	FAU-IAA GÖTTINGEN, c/o Buchladen „Rote Straße“, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen		
<b>Gransee</b> . . . . .	FAU-IAA ORTSGRUPPE UND GNNL/FAU LANDWIRTSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsburg		
<b>Halle/Saale</b> . . . . .	c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNNL-KONTAKT		
<b>Leipzig</b> . . . . .	c/o „Libelle“, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, <a href="mailto:leipzig@fau.org">leipzig@fau.org</a>		
<b>Magdeburg</b> . . . . .	FAU MAGDEBURG, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg		
<b>Potsdam</b> . . . . .	FAU POTSDAM, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel.: (0176) 29 55 01 00, <a href="mailto:fauo@fau.org">fauo@fau.org</a> , <a href="http://www.fau.org/ortsgruppen/potsdam">www.fau.org/ortsgruppen/potsdam</a> , Treffen des ASY jeden 2. und 4. Mi. 18.00 Uhr, Präsenzzeiten jeden Donnerstag 16-19 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGa, Charlottenstraße 28 in Potsdam		
<b>REGION SÜD</b>			
<b>Aschaffenburg</b> . . . . .	Kontakt über Frankfurt/M.		
<b>Dachau</b> . . . . .	Kontakt über München		
<b>Dreieich</b> . . . . .	Kontakt über Frankfurt/M.		
<b>Frankfurt/M.</b> . . . . .	c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a>		
<b>Freiburg</b> . . . . .	FAU-ORTSGRUPPE, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, <a href="mailto:faufr@fau.org">faufr@fau.org</a> , Treffen jeden Mi. gegen 20.00 Uhr im autonomen Zentrum KTS		
<b>Gießen/Wetzlar</b> . . . . .	FAU-ORTSGRUPPE UND BILDUNGSSYNDIKAT, c/o „Infoladen Gießen“, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.ak44de.vu">www.ak44de.vu</a> , jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Café Sabotage – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen“		
<b>Lich</b> . . . . .	FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 1215, 35420 Lich, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a>		
<b>Mainz</b> . . . . .	Kontakt über Frankfurt/M.		
<b>München</b> . . . . .	Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a> , <a href="http://www.fauo.de">www.fauo.de</a>		
	ALLGEMEINES MÜNCHNER SYNDIKAT ERWERBSLOSER UND LOHNABHÄNGIGER (A.M.S.E.L.), jeden Do. ab 19.31 Uhr in der Schwanthalerstraße 139 (Rg), <a href="http://www.fau-amsel.info.ms">www.fau-amsel.info.ms</a> , <a href="mailto:kontakt@fau-amsel.tk">kontakt@fau-amsel.tk</a> , (0179) 72 06 614		
<b>Neustadt/W.</b> . . . . .	FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 2066, 76829 Landau, <a href="mailto:fauhb@fau.org">fauhb@fau.org</a>		
<b>Nürnberg</b> . . . . .	<a href="mailto:fauhb@gmx.de">fauhb@gmx.de</a>		
<b>Tübingen</b> . . . . .	c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen		
<b>Wiesbaden</b> . . . . .	GNNL-KONTAKT, über Frankfurt/Main		
<b>SCHWEIZ</b>			
<b>FAU-CH</b> . . . . .	Postfach 580, CH-8037 Zürich		
<b>Bern</b> . . . . .	FAU BERN, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <a href="mailto:bern@fau.ch">bern@fau.ch</a>		
<b>BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN</b>			
<b>BILDUNGSSYNDIKATE:</b>	<a href="mailto:bsy-public-info@list.fau.org">bsy-public-info@list.fau.org</a> , <a href="http://www.bildungssyndikat.de">www.bildungssyndikat.de</a>		
<b>GNNL/FAU LANDWIRTSCHAFT:</b>	Berlin-Brandenburg, über Gransee, <a href="mailto:gnnl@fau.org">gnnl@fau.org</a>		
<b>GNNL/FAU NATURKOSTINDUSTRIE:</b>	über Hamburg		
<b>REGIONALKOORDINATIONEN</b>			
<b>NORD: HAMBURG   WEST: DÜSSELDORF</b> ( <a href="mailto:reko-west@fau.org">reko-west@fau.org</a> )   <b>OST: MAGDEBURG   SÜD: FRANKFURT/M.</b>			
<b>GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA</b>			
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, <a href="mailto:geko@fau.org">geko@fau.org</a>			
<b>INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA</b>			
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, <a href="mailto:is@fau.org">is@fau.org</a>			
<b>INTERNATIONALE ARBEITER/INNEN-ASSOZIATION (IAR)</b>			
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vikå 0121, N - Oslo (Norwegen), <a href="mailto:secretariado@iwa-ait.org">secretariado@iwa-ait.org</a> , <a href="http://www.iwa-ait.org">www.iwa-ait.org</a>			

# Strategie der Nische

Solidarische Ökonomie zwischen Hoffnung und Illusion

Es scheint der Impuls nicht auszusterben, dass sich Menschen auf die Suche nach einer Welt jenseits des Kapitalismus machen. Dass der Weg dabei oftmals im Kreis verläuft, muss wohl in Kauf genommen werden. Das legt zumindest der Eindruck nahe, den der neuerliche Aufbruch im Zusammenhang mit dem Thema Solidarische Ökonomie erweckt.

In diesem Zusammenhang fand am letzten November-Wochenende in Berlin der Kongress zu „Solidarischer Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ statt. Mit seinen 1.400 Teilnehmern offenbarte der Kongress ein überraschend hohes Interesse an

den zweiten Blick allerdings scheint gerade in dieser Unklarheit das aufblühende Interesse am Thema begründet zu sein. Denn in mancher Hinsicht handelt es sich um aufgewärmten Kaffee, teilweise recht widersprüchlicher Art, der da in den funkelnden Kelch der Solidarischen Ökonomie eingeschüttet wurde und nun vielen wie ein Hoffnungsschimmer erscheint.

## Neue Soziale Marktwirtschaft – mal anders

Wenn von „Solidarischer Ökonomie“ die Rede ist, wird damit i.d.R. vage ein Spek-

trum alternativen Wirtschaftens umschrieben, in dem es nicht zu unrecht gewisse interne Abgrenzungsstreitigkeiten gibt. Gemeinwesen- und Genossenschaftsökonomie finden sich in der Auflistung ebenso wie die lokale Ökonomie oder gar die Economie Sociale (hierzulande eher und irrtümlich als „Solidarwirtschaft“ bekannt). Gerade am Einbezug der letzteren Gattung wird deutlich, weshalb die KongressveranstalterInnen von einem großen Wirtschaftssektor „auch in Deutschland“ zu sprechen wagen. Im Zusammenhang des Kongresses war deshalb auch von selbstverwalteten Betrieben, Tauschringen, fairem Handel, Wohnprojekten genauso die Rede wie von „alten und neuen“ Genossenschaften, sozialen Unternehmungen

und dergleichen. Gerade aber letztere Typen, welche die mit Abstand größte Gruppe in diesem Spektrum bilden, werfen ein seltsames Licht auf die Angelegenheit. Denn Genossenschaften, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit sowie Vereine und Stiftungen haben, wie Geschichte und Gegenwart zeigen, oftmals ein verschrobenes Verständnis von Solidarität – nicht selten stehen sie für das Gegenteil. Viele davon sind meist selbst nichts anderes als manageriell geführte Unternehmen. Selbst in der EU haben einige Regierungen an ihnen einen Narren gefressen. Als Economie Sociale, die weitestgehend deckungsgleich mit dem Konzept vom Dritten Sektor ist, werden deren marktgängige Potentiale zunehmend für einen europäischen „Markt ohne Grenzen“ nutzbar zu machen versucht. Vor allem im Zuge der weiteren Ökonomisierung der Sozialpolitik sind in diesem Bereich die Übergänge zum Markt oftmals fließend.

Eben diesen Bereich scheinen nun die „Solidarökonomien“ entdeckt zu haben. Zwar stehen diese einer Ökonomisierung dieses Bereichs unter neoliberalen Vorzeichen ablehnend gegenüber, doch auch sie sehen hier einen Hoffnungsträger für Arbeitsplätze und soziale Sicherung, wo der Kapitalismus immer mehr Lücken klaffen lässt. Tatsächlich förderte der Kongress auch haufenweise Appelle an die Regierungen zu Tage, doch bitte die Rahmenbedin-

gungen zu schaffen, die für eine Förderung dieses Wirtschaftsreiches nötig seien.

Und so scheint der Eindruck dann auch nicht abwegig, dass hier eigentlich – wenn auch in modifizierter Form – lediglich etwas aufgekocht wird, was sich von seiner Wesensart her Soziale Marktwirtschaft nennt.

## Insel oder Alternative oder ...

Diese Tendenz scheint andererseits mit einem Anspruch zu kollidieren, der von nicht wenigen Beteiligten des Kongresses mitgetragen wurde, nämlich jenseits kapitalistischer Verhältnisse „offensiv eine andere Ökonomie auszubauen“. Für diesen Teil des

Spektrums steht weniger die Funktion als kapitalistischer Lückenbüßer im Vordergrund als Konzepte der ökonomischen Befreiung. Von revolutionär mag man zwar nicht sprechen, so doch aber vom emanzipativen oder transformatorischen Potential. Und wenn von Arbeiterselbstverwaltung, Dezentralität, Basisdemokratie, Solidarität und Gleichberechtigung die Rede ist, dann fallen damit Schlagwörter, die dem Vokabular des Syndikalismus nicht unbedingt fremd sind. Ohne Frage, was dabei im Groben angestrebt wird, ist eine Ökonomie jenseits der privatkapitalistischen wie auch

staatskommunistischen Ordnung. Es drängt sich der Verdacht auf, dass man sich auch hier auf die Suche nach dem berüchtigten „Dritten Weg“ gemacht hat.

Und hierin besteht sowohl das Erfreuliche als auch

das Tragische zugleich. Denn wie richtig und wichtig auch diese Suche ist, es ist der ewige Versuch, das Rad neu zu erfinden. Im Glauben, etwas „Neues“ zu wagen, steht die Diskussion um Strategien zur Überwindung des Kapitalismus wieder bei Null. Die vorherrschenden Vorstellungen diesbezüglich erinnern zumindest gewaltig an die gescheiterten Ideen der alternativökonomischen Bewegung.

Denn sicherlich ist es notwendig, die Strategien der jeweiligen Zeit anzupassen. Und ebenso ist es gewiss, dass der Aufbau von selbstverwalteten Strukturen jederzeit gefördert werden muss. Solche Strukturen spielen eine wichtige emanzipatorische Rolle, insofern als dass sie persönlichkeitsentfaltend und als illustrative Beispiele dienen

können. Nur darf man sich eben nicht der Illusion hingeben, dass sich mit ihnen als Mittel der Kapitalismus „ablösen“ oder gar innerlich zersetzen ließe. Dafür verträgt dieser nicht nur zu viele Nischen, oftmals weiß er sich dieser dann auch zu bemächtigen, wenn sie sich zu „lohnenden Marktsegmenten“ ausgewachsen haben. Zersetzt wird in der Nische oftmals man selbst, sei es, weil man sich seine eigene Prekarität schafft, sei es, weil man inmitten der umgebenden Mauern selbst zum Pseudo-Unternehmen degeneriert.

Zu guter Letzt wird uns nur ein Kampf, der sich an der Realität der Masse der Lohnabhängigen ausrichtet, die gewünschten Erfolge bringen – denn mal ehrlich, wer befindet sich in der luxuriösen Lage (bzw. in dem Umfeld), seine Zeit und Habe in den Aufbau eigener Betriebe investieren zu können?

Holger Marcks

## „Die Diskussion um Strategien zur Überwindung des Kapitalismus steht wieder bei Null.“

## „Der Kapitalismus verträgt nicht nur zu viele Nischen, oftmals weiß er sich dieser dann auch zu bemächtigen.“

## „Hier wird eigentlich etwas aufgekocht, was sich von seiner Wesensart her Soziale Marktwirtschaft nennt.“



den Fragen alternativen Wirtschaftens. Getragen und unterstützt wurde er von einem breiten Spektrum: von Attac zum Weltladen, von der Café-Libertad-Kooperative bis zur AG Bäuerliche Landwirtschaft; sogar der DGB Berlin-Brandenburg war mit von der Partie. Auf über 100 Veranstaltungen, zu denen VertreterInnen von Projekten aus der ganzen Welt geladen waren, wurden die unterschiedlichsten Fragen erörtert. Neben Berichten von selbstverwalteten Betrieben in Südamerika wurde ebenso über rechtliche Probleme von Genossenschaften in Deutschland aufgeklärt.

Auf den ersten Blick überraschen der breite Unterstützerkreis und die hohe Beteiligung umso mehr, als dass wohl nur wenige ein klares Konzept mit „Solidarischer Ökonomie“ verbinden – geschweige eine einheitliche Vorstellung davon haben. Auf

gen, fairem Handel, Wohnprojekten genauso die Rede wie von „alten und neuen“ Genossenschaften, sozialen Unternehmungen

## KOLUMNE DURRUTI



Als Erwerbslose hab ich ja bislang noch keine Vision gehabt. Ich krepelte so vor mich hin. Bis zu meinem Versuch, mit Einstiegsgehalt des Jobcenters zur Unternehmerin zu werden (um zumindest für einige Zeit diese braunen Briefe vom JC nicht mehr zu bekommen). Die Sachbearbeiterin fragte: Was ist Ihre Vision? Ich wusste nicht recht. Ich entschied mich für den Hüpfburgen-Verleih. Etwas anderes läuft ja nicht.

Nun hatte ich diese Sache etwas ratlos angefangen, aber mit der Zeit vollzog sich eine seltsame Wandlung (es war zur Vollmond-Zeit). Ich mutierte geistig zur Unternehmerin. Ich begann, „die Vision“ zu verstehen, die Vision als solche. Ich erkannte, dass sie eine geniale Lösung für die Tücken der sozialen Wirklichkeit darstellte. Erziehung, Transport, Krankenpflege, verarbeitendes Gewerbe und die ArbeiterInnen als solche – über all dem lag plötzlich so ein Grauschleier. Du willst einen gesicherten Arbeitsplatz bei mir, Weihnachtsgeld? Du Erdenwurm – Dir fehlt der Sinn für Höheres. Du willst keine unbezahlte Mehrarbeit leisten und zeigst auf mein Chefgehalt? Kannst Du eigentlich nur an Geld denken? Und was ist mit der Vision?

Ich erkannte, dass es ganz wichtig für die Beschäftigten wäre, an meine Vision zu glauben – das würde ihnen bei der Mühsal ihres Daseins Erquickung verschaffen. Und ehrlich: Haben wir nicht alle heutzutage wieder ganz stark das Bedürfnis, an etwas zu glauben? Ich verdeutlichte den Leuten also meine Vision und verwendete hierfür unter anderem fol-

gende Worte: „Große Zukunft ... Standort ... Wachstum ... Sozialvertrag ... humanistische Moral der Unternehmensspitze.“ Ganz klar: Man entdeckte bei mir wieder die Vorzüge des Jenseits. Nach der schmachvollen Schwächung der katholischen Religion hierzulande ist der Glaube wiedererstanden, halleluja! Ich übernahm somit eine wahrhaft geistliche Verantwortung und gründete für meine Beschäftigten den Benediktinerorden Zur Goldenen Geißel.

Denn die Vision zeichnet sich dadurch aus, dass sie der gegenwärtigen Wirklichkeit der Beschäftigten gänzlich widerspricht – dabei wird Mystik erzeugt. Sieh nicht auf Deine Mitbeschäftigten, sieh nach oben, nach oben! Du siehst nichts? Wunderbar, das ist der Beweis für die geistige Reinheit der Vision! Übe Dich in Geduld, und die Vision wird es Dir später lohnen. Ich räum' jetzt schon mal kräftig ab.

Mein Unternehmen „Jump Inn – Globaler Hüpfburgenverleih“ lief eigentlich recht gut; nur etliche renitente Leute in der Belegschaft machten mir zu schaffen. Außerdem fanden meine Hüpfburgen-Pächter in Ghana wenig Kundschaft, und die Dinger standen etwas trist auf dem karstigen Boden herum. Diesen Anblick fand ich selbst so unsinnig, dass ich zu den renitenten ArbeiterInnen meines Unternehmens überließ, in den Klassenkampf mit-einstieg und die Chefetage in meiner Person hinauswarf. Nach gelungener Revolte haben wir das Unternehmen ins Kollektiv verwandelt und sind dabei, die Ideen und Strukturen der Produktion gründlich zu überarbeiten.

Das Klima im Betrieb hat sich geändert. Beten für Solidarität, Tischerücken für ein Chefgespräch – das ist doch ein Leben wie in der Gruft. Lasst frische Luft rein, GenossInnen.

Birgit

## TERMINE

### ► BERLIN

(Wenn nicht anders angegeben: FAU-Lokal, Straßburger Str. 38)

Fr. 12. Jan., 20.00 Uhr

### Vortrag: Betriebe in Arbeiterhand

Welche Perspektiven bieten sich der Selbstverwaltung im Kapitalismus?

Fr. 26. Jan., 20.00 Uhr

### Lesung: Kolumne Durruti

Markus Liske, Spider u.a. lesen aus den gesammelten Beiträgen der DA-Rubrik

Fr. 9. Feb., 20.00 Uhr

### Kulturabend: Alias Traven

Filme, Texte und Musik von und über den Schriftsteller und Anarchisten B. Traven

Do. 18. Jan., 25. Jan. und 1. Feb., immer 20.00 Uhr

Offene Uni Berlins, Haus 20, HU-Campus Nord, Philippstr. 13

### Pauken auf den Barrikaden

Veranstaltungsreihe des Bildungssyndikats Berlin zu Geschichte, Theorie und Praxis studentischer Proteste

### ► BIELEFELD

Mo. 29. Jan., 20.00 Uhr

Café Parlando, Bremer Str. 59

### Autonomie oder Barbarei

Die politische Philosophie von Cornelius Castoriadis. Veranstaltung mit Harald Wolf

### ► MAGDEBURG

(BUND, Olvenstedter Str. 10, Magdeburg-Stadtfeld)

Fr. 12. Jan., 19.00 Uhr

### Heute bleibt die Kantine kalt!

Der Flüchtlingswiderstand im Abschiebelager Blankenburg. Vortrag und Diskussion mit der Antirassismusinitiative Oldenburg

Fr. 19. Jan., 19.00 Uhr

### Gate Gourmet: Auf den Geschmack gekommen

Buchvorstellung zu dem längsten Arbeitskampf der jüngeren dt. Geschichte

Fr. 9. Feb., 19.00 Uhr

### Agit 883 – Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin

1969-72. Buchvorstellung mit Markus Mohr und Hartmut Rübner

### ► MÜNCHEN

Sa. 13. Jan., 20.00 Uhr

Kafe Marat, Thalkirchner Str. 104

FAU-Solikoncert mit den RAW DEAL und MISSBRAUCH (Punk) sowie einer Reggaeband

### ► MÜNSTER

(Interkulturelles Zentrum „Don Quijote“, Scharnhorststr. 57)

Mi 10. Jan., 20.00 Uhr

### Film: Durruti in der spanischen Revolution

Dokumentarfilm von Paco Rios und Abel Paz

Mi. 24. Jan., 20.00 Uhr

### Café Libertaire: Eine kleine Streikgeschichte

Streik als strukturelle ArbeiterInnenmacht. Info und Diskussion

Mi. 28. Feb., 20.00 Uhr

### Café Libertaire: Widerstand weltweit

Eine kleine virtuelle Weltreise

# Die Ruhe vor dem Sturm?

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie vor der Umsetzung

Am 15. November wurde sie endlich vom Europäischen Parlament verabschiedet, die sog. Bolkestein-Richtlinie. Eigentlich sang- und klanglos nach all dem Trubel, den sie ursprünglich mal ausgelöst hat. Im Februar noch demonstrierten mehrere tausend Gewerkschafter zusammen mit Attac und anderen Verbänden in Straßburg und anderen europäischen Städten gegen den Entwurf der Richtlinie. Unbeeindruckt von diesen massiven Protesten nahm das Europaparlament Ende Februar den Entwurf mit leichten Änderungen an. Ohne dass dies öffentlich groß wahrgenommen wurde, stimmte im Juli auch der Ministerrat für Wettbewerb zu. Von der Öffentlichkeit ebenfalls unbemerkt wurde sie schließlich am 15. November endgültig angenommen. Die Mitgliedsstaaten müssen nun innerhalb von drei Jahren die Regelungen in nationales Recht umsetzen.

Ziel der Richtlinie ist es, so ein Informationsbrief der SPD-Bundestagsfraktion, „alle in der EU noch bestehenden Hindernisse im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu beseitigen, damit in der EU ansässige Unternehmen ihre Dienstleistungen gemeinschaftsweit anbieten und erbringen können, ohne zusätzliche Anforderungen des jeweiligen Mitgliedsstaates erfüllen zu müssen.“ Schöner kann der Sachverhalt kaum beschrieben werden. Es geht also darum, das Anbieten von Dienstleistungen in allen europäischen Staaten zu erleichtern. Was von den potenziellen Anbietern als Hindernis angesehen wird, liegt auf der Hand. Zu hohe Löhne, zu viel Arbeitnehmerrechte, zu viele Bestimmungen, die die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer schützen sollen. Das alles kostet zu viel Geld und zu viel Zeit, verhindert damit Wettbewerb und muss daher beseitigt werden. Darum geht es eigentlich – von Anfang an.

Ursprünglich war im Entwurf das sog. „Herkunftslandprinzip“ vorgesehen, was meint, dass

für ein Unternehmen die Gesetze des Landes gelten, in dem es seinen Sitz hat. Dies hätte höchstwahrscheinlich zu einem rapiden Anstieg von Briefkastenfirmen in Ländern wie Litauen oder Portugal geführt. In diesen Ländern gibt es kaum Arbeitnehmerschutzrechte und Tarifverträge, dafür lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne. Firmen sind dort schnell gegründet, und schon werden in Deutschland, Italien oder Frankreich Leute angeworben, die zu den besagten miserablen Bedingungen des „Heimat-



landes“ der Firma schufteten dürfen. Dies war einer der Hauptkritikpunkte der Gewerkschaften. Über gute Kontakte zu den jeweiligen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Mitgliedsstaaten wurde eine Änderung dieser Regelung durchgesetzt. Es soll nun das Arbeits- und das Tarifrecht des jeweiligen „Ziellandes“ gelten, des Landes also, in dem die Dienstleistung erbracht wird.

In fast allen Bereichen dürfen Anforderungen an Dienstleister aus anderen EU-Ländern aber nicht diskriminierend wirken, müssen ver-

hältnismäßig sein und der Sicherheit, Gesundheit, dem Umweltschutz oder der öffentlichen Ordnung dienen. Ausgenommen sind Gesundheitsdienstleistungen, aber nur solche, die nur von reglementierten Gesundheitsberufen erbracht werden dürfen. Gemeint sind damit fast ausschließlich Ärzte und Heilpraktiker. Bei fast allen Berufen im Gesundheitswesen ist nämlich nur die Berufsbezeichnung (z.B. „Krankenpfleger“) geschützt, nicht aber die Ausübung bestimmter Tätigkeiten.

Auch die Ausnahme der „nationalen Bildungssysteme“ besagt wenig, die Erwachsenenbildung, Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen zählen hierzu nämlich nicht. „Sozialdienstleistungen“ bilden ebenfalls eine Ausnahme, aber nur im Zusammenhang mit Sozialwohnungen, Kinderbetreuung und Unterstützung bedürftiger Personen. Desgleichen „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“. Zeitarbeit ist ebenfalls nicht grundsätzlich ausgenommen, sondern nur die „Dienstleistung von Zeitarbeitsagenturen“.

Wie diese wenigen Beispiele zeigen (die Richtlinie umfasst insg. 115 Seiten), dienen sämtliche Vorschriften fast ausschließlich der Deregulierung des Dienstleistungssektors in ganz Europa. Vorschriften sollen so aufgeweicht werden, dass sie den Unternehmen möglichst viel Spielraum lassen, die Rechte von Arbeitnehmern möglichst weit einschränken und unlauterem Wettbewerb bis hin zum Betrug Tür und Tor öffnen. Dass genau dies gewollt ist, ist mehr als offensichtlich. Ziel und Zweck der Dienstleistungsrichtlinie ist es, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Unternehmen sich in ganz Europa ohne Beschränkungen entfalten können. Die Umsetzung in nationales Recht wird bis 2009 erfolgen. Dann geht es erst richtig los.

-bully-

## Bildung & Widerstand

Boikottkampagne gegen Studiengebühren kommt ins Rollen

Die bundesweite Kampagne „Boikott für Bildung“ nimmt langsam Gestalt an. An vielen Universitäten sprachen sich Vollversammlungen der Studierenden dafür aus, die Studiengebühren für das Sommersemester 2007 nicht an die Uni, sondern auf ein Treuhandkonto zu überweisen. Abgelehnt wurde der Boykott nur in Göttingen. Dort stimmten rund 13% der Studierenden für den Boykott (Wahlbeteiligung 17%). 15% wären notwendig gewesen. Das „Basisdemokratische Bündnis“ warf dem konservativen AstA vor, im Vorfeld widersprüchliche Informationen verbreitet und wenig Engagement für die von ihm organisierte Urabstimmung gezeigt zu haben. In Bonn stimmte eine Vollversammlung zwar für einen Boykott, der linke AstA weigert sich allerdings, diesen Beschluss umzusetzen. Das Risiko für die Studierenden sei zu hoch. Nun wird ein Netzwerk aus Basisgruppen die Organisation der Kampagne übernehmen, ohne AstA-Gelder. (FW)

Rote Karte für Stratmann

Am 15.12. wollte der niedersächsische Wissenschaftsminister eine Eröffnungsrede auf einer Veranstaltung des Fachbereichs Kunst der Universität Osnabrück halten. Über 100 Studierende fanden sich deshalb vor dem Kunstgebäude ein, um die Veranstaltung vor dem ungebeten Provokateur zu schützen. Hierzu hatte im Vorfeld das Bildungssyndikat der FAU Osnabrück aufgerufen. Und tatsächlich sollte es Stratmann trotz polizeilicher Hilfe nicht gelingen, die geschlossenen Ketten der Protestierenden zu durchbrechen, um das Gebäude zu betreten. Auf sein Angebot einer späteren Diskussion wurde von den Studierenden keinerlei Wert gelegt. Zu gut war ihnen seine Aussage: „500 Euro sind nicht genug!“ noch in Erinnerung. Nach etwa einer halben Stunde gab der sichtlich entmutigte Minister auf und folgte der freundlichen Empfehlung: „Hau ab!“ (BsyOs)

Wer im Glashaus sitzt ...

Kultusministerkonferenzen (KMK) stehen bekanntermaßen nicht gerade für Treffen, auf denen für die Freiheit der SchülerInnen geplant und getüftelt wird. Vielmehr stehen sie für weitere Veränderungen im Bildungswesen, mit denen die Schule fit gemacht werden soll, ihren Zweck als Selektions-, Kontroll- und Disziplinierungsorgan im Sinne der Herrschenden möglichst effektiv gerecht zu werden. Das jüngste Produkt der KMK bestätigt dies vortrefflich. Alle SchülerInnen sollen künftig, mit einer Identifikationsnummer ausgestattet, in einer sog. Schülerdatenbank erfasst werden. Soziale Herkunft sowie der komplette Bildungsverlauf sollen dadurch zentral abrufbar werden. Auch wenn es bis jetzt von offizieller Seite verneint wird, wäre es in Zukunft möglich, sämtliche Vorgänge in der Schule vollautomatisch zu verarbeiten und miteinander zu verknüpfen. Fragen, wer die Daten wann und warum abrufen kann, sowie einige weitere Punkte werden noch diskutiert. Interessante Möglichkeiten, die sich da ergeben, die Schule flott für die gläserne Zukunft zu machen. (Lila)

### ZAHLEN, BITTE!

#### Frauen in Vollzeit

Zwischen 1991 und 2004 verringerte sich die Anzahl vollzeitbeschäftigter Frauen um 1,6 Mio.

#### Frauen in Teilzeit

Die Anzahl teilzeitbeschäftigter Frauen dagegen stieg im selben Zeitraum um 1,8 Mio. an.

#### Frauen und Mini-Jobs

2006 waren in den insges. 6,8 Mio. Mini-Jobs zu drei Vierteln Frauen tätig.

#### Flucht vor häuslicher Gewalt

Ca. 45.000 Frauen und deren Kinder flüchten weiterhin pro Jahr in bundesdeutsche Frauenhäuser.

#### Frauen als Gewaltopfer von Partnern

Mind. jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren mit Beziehungserfahrung hat körperliche oder sexuelle Übergriffe durch Partner ein- oder mehrmals erlitten.

#### Weihnacht und kein Ende

Mit Weihnachten 2006 musste das christl. Fest der Geburt Jesu (erstmal 354) zum 1653. Mal ertragen werden. Häusliche Konflikte nehmen um diesen Zeitraum besonders zu.

# Das Geschäft mit der Krankheit

Zur Arbeitssituation der Pflege in den Amper Kliniken Dachau

Bei der Übernahme der Kliniken in Dachau und Indersdorf 2005 wurde den MitarbeiterInnen durch den Konzern Rhön AG und den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden H.J. Christmann mehrmals versichert: „Alles wird bleiben, wie es ist“ bzw. „es wird zu keinem Stellenabbau kommen“.

Fakt aber ist, seit der Privatisierung der Kliniken haben sich die Arbeitsbedingungen stetig verschlechtert:

Mittlerweile muss jede/r Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag um eine Verlängerung ernsthaft bangen. In der Pflege wurden auf jeder Station bereits Stellen gestrichen. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem das Personal durch hohe Belegungszahlen am Limit und immer öfter darüber arbeitet. Da seit September keine Zivildienstleistenden mehr beschäftigt werden, müssen nun sogar Krankentransporte vom Pflegepersonal vorgenommen werden. Diese Überlastungssituation hat dazu geführt, dass letztlich Auszubildende oft nur für einfache Arbeiten „benutzt“ werden, so dass eine praktische Ausbildung faktisch nicht mehr stattfindet.

Doch kein Grund zur Besorgnis! Nach ihrem Abschluss werden sie sowieso nicht übernommen.

Gleichzeitig vermehren sich durch den nahezu als Fließbandarbeit zu bezeichnenden Arbeitsalltag die Überlastungsausfälle. Die kranken KollegInnen müssen vom Rest des Teams kompensiert werden, was sich wiederum in massiven Überstundenzahlen manifestiert. Das Personal ist merklich demoralisiert. In dem Bewusstsein, nur als Puffer für Einsparungen wahrgenommen zu werden und ständig vor neue vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wird allen immer deutlicher, dass man ihnen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung kategorisch abspricht. Um diesen Zustand aufrechtzuerhalten, wird sich bemüht, kritische Stimmen im Keim zu ersticken. So wurden z.B. Instanzen der MitarbeiterInnen, wie der Betriebsrat und die sog. Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat, von Leitungspersonen zu unterwandern versucht – bei zweiter Vertretung gar mit Erfolg.

Damit ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht: In den laufenden Verhandlungen um einen Haustarifvertrag wird von der

Gegenseite nun angestrebt, durch Einsparungen und Kürzungen zu Lasten der Beschäftigten eine zusätzliche Kostensenkung herbeizuführen. Diese Liste der Missstände ließe sich noch endlos fortsetzen.

Der moderne Anstrich der Amper Kliniken AG soll nach außen hin den kompromisslosen, die Bedürfnisse des Personals ignorierenden Führungsstil verdecken. Dies kommt einer Verhöhnung eben jener gleich, die mit ihrer Arbeitskraft die Klinik trotz existenzieller Mängel am Laufen halten. Die Forderungen nach einer menschenwürdigen Pflege sind schon lange im Gelächter der Prozessoptimierer und Kosteneinsparer verhallt ... bis es knallt!

SANITA / FAU Dachau

Das Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe (SANITA) der Lokalföderation München wehrt sich zurzeit gegen den Stellenabbau bei den Amper Kliniken und die dortige Entrechtung am Arbeitsplatz. Kontakt: faudah@fau.org.

Fortsetzung „Lohnarbeit als Stippvisite“ von Seite 1

Von 1991 bis heute hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen zwar um 1,6 Mio. erhöht, jedoch nur, weil gleichzeitig 1,8 Mio. Frauen in Teilzeit arbeiten. Insbesondere bei Frauen mit Kindern nimmt die Erwerbstätigkeit ab, wohingegen sie bei Männern, sobald Kinder im Haus sind, steigt. So gilt mehrheitlich die alte Tradition: Die Frau steigt tendenziell aus dem Job aus und kümmert sich um die Kinder, der Mann verdient das Geld.

Placebo per Gesetz

Von diesem rückständigen Rollenverständnis ist nicht nur der gesellschaftliche Diskurs um deutsche Rabennütter, die egoistisch allein ihren

Interessen folgen und verantwortlich gemacht werden für das vom Aussterben bedrohte „deutsche Volk“, sondern eine genauso rückständige Gesetzgebung durchdrungen, die beispielsweise durch das Ehegattensplitting das Ja zur Ehe und alleinverdienende Ehemänner subventioniert, dazuverdienende Ehefrauen hingegen abstrafte und ein Festhalten am alten Familienmodell nahezu beschwört.

Angesichts gesellschaftlich derart tief verwurzelter Diskriminierung von Frauen handelt es sich bei dem unlängst verabschiedeten AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz), das u.a. die Schlechterstellung auf Grund des biologischen Geschlechts untersagt, wohl kaum um ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Diskriminierung. Das AGG ist eine Farce, die das Papier, auf dem es geschrieben steht, nicht wert ist, zumal das ursprünglich vorgesehene Kolle-

tivklagerecht, dass sich auch auf Gewerkschaften bezog, gestrichen wurde (siehe §§§-Dschungel auf Seite 5).

Glücklicherweise ermöglicht gewerkschaftliche Organisation weitere und schlagkräftigere Maßnahmen als die der Klage. Sie ermöglicht fernab von Staat und Politik einen Kampf für emanzipatorische Prozesse, der allerdings sowohl von Männern als auch von Frauen geführt werden muss. Profiteure eines solchen erfolgreichen Kampfes wären im Endeffekt beide Geschlechter: Frauen könnten an ökonomischer Eigenständigkeit gewinnen, und Männer wären nicht mehr zwangsläufig verdammt zur Vollzeitbeschäftigung.

Kerstin S. (FAU Ffm)

Anzeige

**Antifaschistisches InfoBlatt**  
Nr. 73 | Herbst 2006

Wahlerfolge der NPD

Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches InfoBlatt  
Griesenaustr. 2a | 10661 Berlin  
e-mail: info@antifa.org  
web: www.antifa-konrat.de

Exemplarpreis: 3,10 Euro  
Abz: 15,50 Euro (für Ausgaben)

Land	Anteil der Frauen an den Ministerposten in Prozent
Belgien	17
Portugal	16
Italien	15
Frankreich	11
Luxemburg	11
EU-15	10
Schweden	10
Irland	10
Polen	10
Österreich	10
Grüß Gott	10
Deutschland	10

# Kein Rausch ohne Kater

Das Existenzgeld als neoliberale Mogelpackung

Ein Modebegriff hat in diesen Wochen in allen politischen Lagern Konjunktur: das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE).

Auf einmal scheinen sich alle einig. Der Ministerpräsident von Thüringen, Althaus, hat das solidarische Bürgergeld für alle als eine der Antworten auf die sogenannte Krise der Arbeitsgesellschaft in die Diskussion gebracht. Der Drogerist Götz Werner, der von betrieblicher Interessenvertretung in seiner Firma nichts hält, wird plötzlich vom Außen-seiter, den mal gerne mal in eine Talkshow

**„Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Allein dass diese Parole wahlweise der Bibel, Bebel oder Lenin zugeschrieben wird, zeigt, wie tief das Ressentiment sitzt.“**

Denn was würde nun passieren, wenn der Staat die Garantienpflicht für die armutsfeste Existenzsicherung aller Bürgerinnen und Bürger übernehmen würde? Die Löhne würden vermutlich entsprechend gekürzt. Sie wären dann ja nur noch „Zuverdienst“ zum BGE. Es gäbe überhaupt keine Begründung mehr dafür, warum Arbeitgeber existenzsichernde Mindestlöhne bezahlen sollten. Dafür ist ja dann der Staat zuständig. Und was würde dabei herauskommen? Kombilohn für alle Beschäftigten

wäre gewissermaßen die logische Folge. Der Arbeitgeber bräuchte ja nur noch den Teil des Lohnes zu bezahlen, der über das Existenzminimum hinausgeht. Das kann man wollen oder auch nicht. Aber das würde die faktische Wirkung auf das Lohnsystem sein, wenn die

attraktiv zu bleiben. Denn mit einem Systemwechsel würde Deutschland zu einem Investitionsparadies. Kein Unternehmen, das heute die Arbeitsplätze ins Ausland verlegt, würde das noch machen, weil man nirgends so produktiv arbeiten kann wie in Deutschland, mit den Menschen, mit dem Know How, mit der Infrastruktur.“ Ein Paradies für die Konzerne wäre also ein Land mit seinem Modell des Grundeinkommens. Das hindert die Vorbereiter eines Kongresses zum Grundeinkommen, der Mitte Dezember in Berlin stattfand, allerdings nicht, eben jenen Götz Werner als Stargast einzuladen.

## Mal nüchtern betrachtet

Der Kunstprofessor Wolfgang Engler dagegen sprach in einem Interview mit der Tageszeitung deutlicher als sonst jemand aus, warum das Existenzgeld auf einmal so im Trend ist:

„Heute steht das Recht auf Arbeit zwar nicht in der Verfassung, de facto besteht aber eine Pflicht zur Arbeit. Das ist ein Widerspruch, den man auf zweierlei Arten lösen kann: Man kann die Ökonomie revolutionieren und die Produktionsmittel verstaatlichen – was wohl niemand will. Oder wir führen das Bedingungslose Grundeinkommen ein und beseitigen die faktische Arbeitspflicht.“

Der gutbezahlte Kunstprofessor kann der Idee einer Revolutionierung der Ökonomie nichts abgewinnen und schließt von sich gleich auf alle. Doch eine antikapitalistische Perspektive müsste gerade hier ansetzen. Sie sollte weder den Schalmeienklängen der neoliberalen ExistenzgeldbefürworterInnen noch den reformistischen ArbeitsethikerInnen der Sozialdemokratie, gleich welcher Couleur, auf den Leim gehen. Die Alternative dazu ist die Organisierung des Kampfes der Lohnabhängigen, Studierenden und Erwerbslosen für ihre For-

derungen nach einem schönen Leben. Dem Kampf um den Mindestlohn gebührt dabei eine Schlüsselstellung. Jüngste Untersuchungen kommen immer wieder zu dem Schluss, dass selbst ein Vollzeitjob immer weniger vor Armut schützt. Stundenlöhne von vier Euro und weniger sind keine Seltenheit. Der Kampf um einen Mindestlohn kann aber nur dann emanzipatorischen Gehalt entfalten, wenn er nicht den Parteibürokraten à la Müntefering und Co. überlassen wird, sondern auf der Straße und in den Betrieben ausgetragen wird. Mal sehen, wie der sogenannte Querdenker Götz Werner reagiert, wenn die MalocherInnen seiner Drogeriekette die Läden besetzen.

Peter Nowak



einmal, um ihr einen Hauch von Exotik zu geben, zum vielgefragten Gesprächspartner. Intellektuelle Kritiker der Arbeitsgesellschaft, wie der Buchautor Wolfgang Engler, sehen sich ebenso bestätigt wie grüne Arbeitsmarktpolitiker, die natürlich darauf hinweisen, dass sie Pioniere dieser Idee seien. Da verschmerzen sie es schon, dass sie in der aktuellen Diskussion höchstens in Fußnoten erwähnt werden.

Natürlich melden sich auch KritikerInnen des Existenzgeldes vehement zu Wort. Sie sind meist in den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und Linkspartei sowie den Gewerkschaftsspitzen angesiedelt. Ihre Stellungnahmen sind oft nicht weit entfernt vom Ressentimentgeladenen Ausspruch, dass wer nicht arbeiten will, auch nicht essen solle. Allein dass diese Parole wahlweise der Bibel, Bebel oder Lenin zugeschrieben wird, zeigt, wie tief das Ressentiment sitzt.

Doch aus den reaktionären Argumenten der Existenzgeld-KritikerInnen sollten wir nicht schließen, dass das Konzept zu verteidigen sei. Dazu ist zunächst einmal eine Begriffsklärung nötig. Denn hinter den unterschiedlichen Begriffen wie negative Einkommenssteuer, Bürgergeld und Grundeinkommen stehen durchaus nicht die gleichen Konzepte, wie eine Existenzgeldkonferenz im Jahr 1999 schon herausgearbeitet hat. Den unterschiedlichen Modellen ist dreierlei gemeinsam:

1. Es soll vom Staat an sämtliche Bürgerinnen und Bürgern ausgezahlt werden, vom Ärmsten bis zum Reichsten; und zwar
2. ohne Bedürftigkeitsprüfung – also ohne zu fragen, ob es als Schutz vor Armut benötigt wird oder ob ausreichendes Einkommen oder Vermögen vorhanden ist; sowie
3. ohne Arbeitszwang – man soll also auch sagen können: ich will keine Lohnarbeit, mir reicht das BGE.

## Hartz für Alle?

Doch die Unterschiede beginnen schon, wenn es um die Höhe des Existenzgeldes geht. Zuspitzet formuliert, läuft es auf die Alternative hinaus, ob das Grundeinkommen „Hartz IV für alle“ ist oder ob die Menschen davon wirklich leben können. Das ist der Unterschied ums Ganze. Wenn Jobber- und Erwerbslosengruppen von einem „ausreichenden garantierten Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Bedürftigkeitsprüfung“ reden und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen diesbezüglich nicht nur konkrete Zahlen nennen, sondern auch ihre Vorschläge präzisieren, indem ein Existenzgeld für alle Menschen gefordert wird, das „den tatsächlichen Grundsicherungsbedarf in diesem Land deckt, ohne sie in niedrigst entlohnte Jobs oder „gemeinnützige“ Pflichtarbeit zu zwingen“, dann wird der Pferdefuß bei der aktuellen Existenzgelddebatte erfasst:

Zuständigkeit für die Existenzsicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – und damit gleichsam ein Teil der Lohnzahlungspflicht – vom Arbeitgeber auf den Staat übergeht, d.h. auf die SteuerzahlerInnen.

Das gleiche passiert bei allen Lohnersatzleistungen der Sozialversicherungen, also bei der Rente, beim Arbeitslosengeld I oder beim Krankengeld. Soweit sie nicht gleich ganz abgeschafft werden sollen, werden alle Ansprüche unterhalb des Grundeinkommens überflüssig. Die Sozialversicherung schrumpft bei den Lohnersatzleistungen auf eine „aufstockende Zusatzversicherung“. Existenzgeld zur Rettung des Kapitalismus, möchte man meinen.

Nur so ist es zu erklären, dass CDU-nahe Studien zu dem Schluss kommen, dass der Staat erheblich sparen würde, wenn das von Althaus favorisierte Bürgergeldmodell verwirklicht und damit sämtliche bisherigen Sozialleistungen abgeschafft würden. Selbst der in dieser Frage viel vorsichtiger argumentierende Götz Werner antwortete in der Wochenzeitung Freitag auf die Frage, wie das Ausland auf die Einführung seines Existenzgeldmodells reagieren würde, erklärend:

„Es wäre tendenziell gezwungen, dasselbe zu tun, um

**„Eine antikapitalistische Perspektive sollte weder den Schalmeienklängen der neoliberalen ExistenzgeldbefürworterInnen noch den reformistischen ArbeitsethikerInnen der Sozialdemokratie auf den Leim gehen.“**

Anzeige

## SSS-DSCHUNGEL

### Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

#### Die Ausgangslage

Die Bundesrepublik hatte durch die nicht ausreichende Umsetzung von EG-Richtlinien zur Gleichbehandlung Vertragsverletzungen begangen. Ihr drohten dadurch Zwangsgelder in unbegrenzter Höhe. Um das abzuwenden, war es unumgänglich, dass sie einen Gesetzesentwurf vorlegte. Von Einsicht kann somit keine Rede sein. Das Ziel des Gesetzes ist wie folgt in § 1 AGG definiert: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“.

In dem folgenden, kurzen Überblick geht es nicht um die grundsätzliche Problematik von Diskriminierung, sondern ausschließlich um arbeitsrechtliche Gesichtspunkte, die einer Kritik bedürfen.

#### Keine Gleichbehandlung bei der Kündigung?

Schon bei § 2 (Anwendungsbereich) geht es unter Absatz 4 los mit fragwürdigen Inhalten. Auf Wunsch des Bundesrats ist § 2 Abs. 4 AGG wie folgt gefasst worden:

„(4) Für Kündigungen gelten ausschließlich die Bestimmungen zum allgemeinen und besonderen Kündigungsschutz.“

#### Anmerkung:

Eine Einschränkung dieses Schutzes ist europarechtlich unzulässig. Nach Art. 3 Abs. 1 gilt die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 für alle Personen in öffentlichen und privaten Bereichen, einschließlich öffentlicher Stellen, in Bezug auf „... c) die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, einschließlich der Entlassungsbedingungen und des Arbeitsentgelts“.

#### Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung

Aber auch § 9 AGG lässt da einiges an zukünftigen Problembereichen erahnen:

„(1) Ungeachtet des § 8 [Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen] ist eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung bei der Beschäftigung durch Religionsgemeinschaften, die ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder durch Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, auch zulässig, wenn eine bestimmte Religion oder Weltanschauung unter Beachtung des Selbstverständnisses der jeweiligen Religionsgemeinschaft oder Vereinigung im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt.“

#### Anmerkung:

Dies trifft u.a. Ärzte, Krankenschwestern, sonstiges Pflegepersonal, Lehrer, Erzieher und Mitarbeitende in kirchlichen oder weltanschaulichen Vereinen, karitativen Organisationen.

Wenn jedoch die Zugehörigkeit zu einer Religion oder Weltanschauung keine wesentliche Voraussetzung für die Tätigkeit ist, kann der Rechtfertigungsgrund aus § 9 AGG nicht eingreifen. Wie die Gerichte Fälle dieser Art entscheiden werden, bleibt abzuwarten.

#### Klagerecht von Betriebsrat und Gewerkschaften

Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens verlangte der Bundestag, dass das zusätzliche „Klagerecht“ des Betriebsrats oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft in § 17 Abs. 2 AGG ersatzlos zu streichen sei.

Welch Geistes Kind aber Beamten und Politiker sind, lässt sich an folgender Forderung aufzeigen:

Es müsse jede „Klage“ des Betriebsrats unzulässig sein, „die sich gegen ein Unternehmen richtet, für das das Betriebsverfassungsgesetz wegen zu geringer Beschäftigtenzahl nicht gilt“. Eine geistige Höchstleistung! Wo das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt (in Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten) gibt es sowieso keine Betriebsräte.

Durchgesetzt hat sich nun folgende gesetzliche Regelung in § 17 AGG (Soziale Verantwortung der Beteiligten):

„(1) Tarifvertragsparteien, Arbeitgeber, Beschäftigte und deren Vertretungen sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten an der Verwirklichung des in § 1 genannten Ziels mitzuwirken.“

(2) In Betrieben, in denen die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Satz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes vorliegen, können bei einem groben Verstoß des Arbeitgebers gegen Vorschriften aus diesem Abschnitt der Betriebsrat oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft unter der Voraussetzung des § 23 Abs. 3 Satz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes die dort genannten Rechte gerichtlich geltend machen; § 23 Abs. 3 Satz 2 bis 5 des Betriebsverfassungsgesetzes gilt entsprechend. Mit dem Antrag dürfen nicht Ansprüche des Benachteiligten geltend gemacht werden.“

#### Anmerkung:

Auch nach altem Recht und dem Entwurf war weder dem Betriebsrat noch der Gewerkschaft das Recht eingeräumt, im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren für Betriebsangehörige Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche einzuklagen (Verbandsklagerecht). Mit dem letzten Satz wird noch einmal deutlich, dass nur im individuellen Rechtsstreit Ansprüche geltend gemacht werden können. Darin liegt aber auch das Problem.

Thersites

**syndikat-a medienvertrieb • bismarckstraße 41a • d-47443 moers • fon & fax 0 28 41 53 73 16 • www.syndikat-a.de**

**NEU!**

Frank Fernández  
**Anarchismus auf Kuba**  
Geschichte einer Bewegung

Ein gern verschwiegener schwarz-roter Faden zieht sich durch die Geschichte Kubas. Frank Fernández hat mit seinem Buch diese Geschichte neu aufgerollt. Er zeichnet ein Bild der wechselvollen Geschichte der libertären kubanischen Bewegung, die oft in den diversen politischen Strömungen unterzugehen drohte und letztlich aber erst von Castros „sozialistischer Revolution“ eliminiert werden konnte. Aus dem Englischen von Michael Halbrodt.

ISBN 3-9810846-3-2  
ISBN 978-3-9810846-3-4  
Paperback, 144 Seiten, € 8,90

**Vertrieb von Büchern, Broschüren, Tonträgern und mehr...**

Neben unserer eigenen Verlagsproduktion (auch für WiederverkäuferInnen) bieten wir ein ausgesuchtes Vertriebsprogramm an Medien für den täglichen Klassenkampf an. Unser komplettes Programm erhaltst du entweder in unserem Laden in Moers, per Mailorder oder aber in unserem Webshop unter [www.syndikat-a.de](http://www.syndikat-a.de). Über aktuelle Neuerscheinungen und Angebote informiert unser Newsletter, den du bei [syndikat-a@faun.org](mailto:syndikat-a@faun.org) anfordern kannst. Dort kannst du selbstverständlich auch schon den SyndiKal 2008 vorbestellen.

**Katalog anfordern!**

**NEU!**

**SyndiKal – Taschenkalender für das Ende der Lohnarbeit**

SyndiKal soll eine tägliche Hilfestellung für alle sein, die sich im Betrieb und im Stadtteil gegen den sozialen Angriff und die tödliche Normalität des Kapitals und seines politischen Systems zur Wehr setzen. SyndiKal wird neben Hintergrundtexten zu jedem Monat des Jahres u.a. einen Infoteil mit Tipps, wie man gegen Bosse und Behörden die Merven behält enthalten, sowie nützliche Adressen von Gruppen und Medien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

192 Seiten,  
€ 6,50 / CHF 10,00

**Mehr Infos zum Kalender unter [www.syndikat.info](http://www.syndikat.info)**

Anzeige

**analyse & kritik**  
 Zeitung für  
 linke Debatte und Praxis

**Jetzt testen:  
 3 x ak für 5 €\***

\* Schein/Scheck beilegen!  
 Verlängert sich zum Jahresabo,  
 wenn nicht nach Erhalt der  
 zweiten ak gekündigt wird.

**ak – analyse & kritik**  
 Rombergstr. 10  
 20255 Hamburg  
 Tel.: 040-40170174  
 Fax: 040-40170175  
 redaktion@akweb.de  
**www.akweb.de**

# Grenzen einreißen, um neue zu errichten

Die neue „Bleiberechtsregelung“ der Innenministerkonferenz

Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord – Bleiberecht für alle, jetzt sofort!“, so lautet ein Slogan migrationspolitischer Initiativen, der schon einige Jahre auf dem Buckel hat. Ende 2006 scheint sich ein Durchbruch abzuzeichnen, zumindest wenn man offiziellen Verlautbarungen Glauben schenken mag: Am 17. November beschloss die Innenministerkonferenz der Länder eine sog. „Bleiberechtsregelung“, um „ab sofort“ „Klarheit“, ja Rechtssicherheit für langjährig geduldete MigrantInnen zu schaffen.

Damit, könnte man meinen, ist nun auch die Bundesrepublik in der Europäischen Normalität angekommen: Real existierende grenzüberschreitende Migration trotz aller Restriktionsbestrebungen als Faktum anzuerkennen und das Damoklesschwert der Abschiebung aus dem Nacken zehntausender MigrantInnen zu nehmen, das am seidenen Faden technischer oder humanitärer Probleme bei der Ausweisung hängt. Dem ist freilich nicht so. Das „gesicherte Aufenthaltsrecht“ für knapp 200.000 Menschen, die hier mit einem Pass-Ersatz unterster Klasse ihr Dasein fristen, ist nichts anderes als eine Duldung XL: Statt bisher sechs Monate gilt sie nun maximal zwei Jahre. Die Hoffnungen in den Communities der Exilierten mögen groß sein, die Zumutungen der Staatsmacht sind größer.

Zunächst einmal handelt es sich nicht um eine Regularisierung der Migration, sondern um eine Stichtagsregelung, die als einmalige Konzipiert ist. Wer zwei Jahre hier leben will ohne die ständige Furcht, gewaltsam außer Landes gebracht zu werden, muss diesen Zustand mindestens sechs Jahre ertragen haben – dies trifft auf nicht mehr als ein Drittel zu. Letztlich werden schätzungsweise nur zehn bis 25 Prozent der „Geduldeten“ in Genuss des Ministerialerlasses kommen. Damit habe man schon „viel Gutes getan“, so der Berliner Innensenator Körting (SPD); fragt sich nur für

wen! Der wesentliche Knackpunkt der Neuregelung besteht darin, dass die Betroffenen von Sozialleistungen ausgeschlossen werden – in einigen Bundesländern müssen die Betroffenen (wie ALG II-BezieherInnen) eine Eingliederungsvereinbarung unterzeichnen. Nur wer seinen Unterhalt selbständig bestreitet, hat Aussicht

gerlohn und Trockenbrot, die übrigen haben bis 30. September 2007 Zeit, sich einen „Arbeitgeber“ zu suchen. Nach zwei Jahren wird dann neu geprüft, ob die Kriterien „wirtschaftlicher und sozialer Integration“ weiterhin gegeben sind – die Betroffenen müssen sich auf Wohl und Wehe dem Urteil des Verwaltungsapparates aussetzen, wobei bedingungsloser Gehorsam ein weiteres Zugangskriterium darstellt.



Vom Regen in die Traufe?

Wenigstens eine Grenze haben die Innenminister niedrigergerissen: Die Vorrangprüfung für den Zugang zum Arbeitsmarkt entfällt. Bisher haben „Geduldete“ die allerdreckigsten, unqualifizierten Arbeiten übernehmen müssen, die Arbeitsbedingungen spotten jeder Beschreibung – gleichzeitig ist es aufgrund der Verunsicherung unter diesen ArbeiterInnen sehr schwierig, auch nur Informationen zu erlangen und publik zu machen. Als Tagelöhner sichern „Geduldete“ z.B. den BILD-Straßenverkauf in Leipzig ab: Bei jedem Wetter stehen sie des nachts ohne Schutzkleidung auf der Straße; als Sonderselbständige bei einem Subunternehmen angestellt ist der eigentliche Arbeitgeber von jeglicher Pflicht befreit; auf Provisionsbasis liegt der Stundenlohn bei nicht mehr als drei Euro; wer krank wird, besorgt selbst eine Aushilfe, um den eigenen Job nicht zu gefährden ... Diese prekären, von Willkür dominierten Arbeitsbedingungen wirken in höchstem Maße einschüchternd, umso mehr als sie von rechtlicher Unsicherheit und (auch sprachlicher) Unkenntnis begleitet werden. In den Bereichen Haushaltshilfe, Gastronomie und Reinigungsgewerbe sieht es sicherlich nicht anders aus. Es ist jedoch äußerst fraglich, ob sich allein durch den freien Zugang zum Arbeitsmarkt an dieser Lage irgendetwas ändert – weil das Aufenthaltsrecht an den Arbeitsplatz gekoppelt und ein Bezug von Sozialleistungen ausgeschlossen ist, sind diese Ar-

auf Bleiberecht – zu diesem Zwecke können nach dem Willen der Innenminister auch mehrere Beschäftigungsverhältnisse dienen. Derzeit stehen ca. 20.000 der Betroffenen in Hun-

beiterInnen leichter zu erpressen als andere. Von ihrer ökonomischen Situation her stehen sie solange nicht besser da als „Illegale“, bis sie Ansprüche auf ALG I erworben haben; lediglich eine Polizeikontrolle hat für sie nicht mehr solch existenzielle Folgen. An dieser Stelle sei bemerkt: Schätzungsweise bis zu 1,5 Millionen Menschen leben und malochen „illegal“ in der BRD (Stand: 2000) – die Kriminalisierung von ArbeiterInnen, die einfach nur normal leben wollen, hält an, weil es für die allermeisten keine Möglichkeit des legalen Aufenthalts gibt. Das „Bleiberecht“ steht nur für einen Bruchteil der MigrantInnen in Aussicht – der Beschluss der Innenministerkonferenz muss angesichts dieser Relation als Verweigerung des Bleiberechts bezeichnet werden. Zumal für die übrigen „Geduldeten“ angekündigt ist, dass ihr Aufenthalt „konsequent beendet werden“ müsse.

Mit dem klaren Ziel vor Augen, „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ zu vermeiden, werden mit der Bleiberechtsregelung die Rahmenbedingungen der Schattenwirtschaft für Teile des offiziellen Arbeitsmarktes legalisiert. Dabei gehen die Minister soweit, dass Nicht-Erwerbsfähige (Kranke, Alte) vollends privat versorgt oder aber ausgewiesen werden. Wir erleben also keinen „humanitären Fortschritt“, auch keinen „ersten Schritt“, wie einige Sozialverbände trotz aller Kritik meinten, sondern eine Segregation, die Verfestigung einer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, die wohl nur von kollektiven Kämpfen am Arbeitsplatz wird geschlossen werden können. Mit dem Heraustreten aus der Unsichtbarkeit sind – für „Geduldete“ wie „Illegale“ – nach wie vor erhebliche Risiken verbunden; aber so wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben, das ist kein Leben.

André Eisenstein (FAU Leipzig)

Ausführliche Informationen zum „Bleiberecht“ z.B. auf der Seite [www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

Siehe auch:  
 „Die Grenze im Inneren. Interview mit einem MigrantInnen über Leben und Arbeit in der Illegalität“, in: DA 177, Sept./Okt. 2006.  
 „Siamo tutti Clandestini! Das EU-Migrationsregime als Laboratorium der Entrechtung“ in: DA 178, Nov./Dez. 2006  
 Literaturhinweis: B. Traven, „Das Totenschiff“ (orig. 1926)

## Flüchtlingswiderstand geht weiter

Nachdem dem der am 4. Oktober begonnene Flüchtlingsstreik im Lager Blankenburg nahe Oldenburg, Teil der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde (ZAAB) Oldenburg, am 31. Oktober vorläufig beendet wurde, traten vom 21. November bis zum 3. Dezember auch einige Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche-Hesepe bei Osnabrück (einer Außenstelle der ZAAB Oldenburg) in einen Kantinenstreik. Auch hier wurde der Kampf der LagerbewohnerInnen von Demonstrationen und Aktionen wie z.B. einer Torblockade und der nächtlichen Demontage eines Teil des Lagerzauns begleitet. In beiden Fällen wurden Forderungen erhoben, die u.a. die Aushändigung von Bargeld (vor allem zur eigenen Essenszubereitung), eine angemessene medizinische Versorgung, eine menschliche Behandlung durch das Lagerpersonal und – weitergehend – die Unterbringung in eigenen Wohnungen zum Ziel haben. Auch wenn die Streiks eingestellt wurden, gehen die Proteste weiter und werden die Organisationsprozesse vorangetrieben, um den politischen Druck zu erhöhen. Da gerade das Land Niedersachsen eine Vorreiterrolle bei der Lagerunterbringung spielt und für eine bundesweite Übernahme des strengen niedersächsischen Modells wirbt, ist der Widerstand in Blankenburg und Bramsche-Hesepe umso wichtiger. Unterstützt den Flüchtlingswiderstand! Macht mit bei Aktionen oder spendet. Spendenkonto: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Kto-Nr.: 015 131 337, BLZ: 280 501 00, LZ0, Verwendungszweck: Aktionstage. Weitere und aktuelle Infos unter: [www.nolager.de](http://www.nolager.de)

## Aktuelle Überwachungstrends

Hier ein paar Infos zu den neuesten staatlichen Überwachungsmöglichkeiten – und ein paar simple Orientierungspunkte, wie Du dich und vor allem Deine GenossInnen nicht in Gefahr bringst.

### Die Anti-Terror-Datei ...

Auch 2006 hielt der Trend zur Verwischung demokratischer Trennlinien an. Die Anti-Terror-Datei ist eine gemeinsame Datenbank der 37 deutschen Polizei-, Zoll- und Geheimdienstbehörden. Als Feigenblatt für die in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankerte Trennung von Geheimdiensten und Polizei dient die „verdeckte Speicherung“. Das funktioniert so: 1. Eine Polizistin befragt den Index der Anti-Terror-Datei nach einem Verdächtigen. 2. Der für den Verdächtigen zuständige Spion wird über die Anfrage benachrichtigt.

3. Der Geheimagent informiert die Polizistin – über die Verdächtige, ihr Bankkonto und Telefon sowie über ihren Chef, Vermieter, Vereine usw. Diese Kontakte geraten dadurch auch in Verdacht.

Eine richterliche Entscheidung über die Weitergabe der Daten ist nicht nötig, für Verfassungsfragen genügt sachbearbeiterisches Ermessen.

### ... und staatliche Rootkits

Rootkits sind Programme, die eine Fernsteuerung Deines Rechner durch Dritte ermöglichen, ohne dass Du es merkst. Davor kannst Du Deinen Rechner schützen.

Die heimliche Online-Durchsuchung von Festplatten durch Strafverfolger und Verfassungsschutz ist bald erlaubt, der Etat dafür beträgt 132 Mio. Euro. Wie das genau funktionieren soll, ist schleierhaft.

Klar: Der Staat hat bessere Möglichkeiten als sonstwer, Dir Rootkits unterzujubeln. Bislang konntest Du halbwegs sicher surfen, wenn Du nur Deinen E-Mail-Provider übers Internet besucht und zwielichtige

Seiten strikt gemieden hast. Bald kann es sein, dass Internetanbieter auf richterliche Anweisung gezwungen werden, Deinen Datenverkehr durch einen Staatsserver zu leiten, der Deinen Rechner knacken soll. Denkbar ist auch, dass die großen Provider Hintertüren in ihre (überflüssige) Zugangssoftware einbauen.

Aber: Wenn Dein Rechner wirkungsvoll geschützt ist, dann hat auch der Staatsserver keine Chance, bei Dir einzubrechen. Das ganze wäre also ein populistisches Windei, wenn nicht damit zu rechnen wäre, dass unvorsichtige/unwissende GenossInnen weiterhin mit unsicheren Rechnern durchs Internet browsen.

Lasst es mich so erklären: Wenn Ihr Autofahren lernt, übt Ihr nicht nur schalten, lenken und Gas geben, sondern auch blinken, blicken und bremsen. Wenn Ihr Computer braucht, solltet Ihr Euch heutzutage nicht nur mit Office, E-Mail und Surfen beschäftigen. Auch wenn es keinen Spaß macht und Ihr nur so wenig wie nötig mit dem Rechner machen wollt – beschäftigt Euch mit der Technik! Verwendet

eine Firewall. Benutzt Antivirussoftware. Verschlüsselt und verbirgt Eure Daten. Halte Euer System immer aktuell. Untersucht Eure Maschine regelmäßig nach Schadsoftware. Vermeidet Windows. Warum? Weil so viele Windows benutzen. Es gibt keine Trojaner und Rootkits, die auf allen Systemen funktionieren. Deshalb konzentrieren sich die Hersteller auf das verbreitetste System.

Der Staat wird es nicht anders machen. Bei den hohen Kosten erwartet nicht nur die Presse schnelle Erfolge. Diese können schnell erzielt werden, wenn GenossInnen mit dem verbreitetsten Betriebssystem ungesichert durchs Netz schlängeln.

Martin Hauptmann (FAU FfM)

Die Bundesregierung plant ein Gesetz, nach dem sämtliche Telefonate, E-Mails, Internetverbindungen usw. protokolliert werden sollen, völlig unabhängig von einem konkreten Verdacht auf eine Straftat. Dagegen wird eine Verfassungsbeschwerde vorbereitet. Eine Beteiligung daran ist möglich: [www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)

**DA**  
**DIREKTE AKTION**  
 anarcho-syndikalistische Zeitung  
**ABONNEMENT**  
 c/o FAU LEIPZIG  
 Kolonnenstr. 19  
 04109 Leipzig  
 da-abo@fau.org  
<http://www.fau.org>


## Ich will folgendes Abo haben:

- 6 Ausgaben / 1 Jahr (Euro 9,-)
- 12 Ausgaben / 2 Jahre (Euro 18,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- 6 Ausgaben Ausland / 1 Jahr (Euro 15,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 30,-)


## WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte \_\_\_\_\_ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex. 75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen (nicht Förder-Abo!) können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

CD:  Soundtrack zur sozialen Revolution 

DVD:  Power and Terror 

Lars Sjunnesson: Ostberlin 

Noam Chomsky, Gespräch nach 9/11 

## Meine Anschrift

Vor- und Nachname \_\_\_\_\_

Straße/Postfach \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

## Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623  
 Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, BLZ 600 501 01  
 Für Überweisungen aus dem Ausland:  
 IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23  
 BIC (BLZ): SOLAEST

# Wo die Wege sich kreuzen..

Eine Erwiderung auf René Talbot

Mit Interesse haben wir<sup>(1)</sup> das Interview mit René Talbot in der DA 178 gelesen. Wir konnten dabei viele Übereinstimmungen feststellen. Das gilt v.a. für die Darstellung der Notwendigkeit einer Selbstorganisation von Psychiatrieerfahrenen, aber auch dem Stellenwert, den er Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen beimisst. Zu einigen Kernaussagen haben wir hingegen eine völlig andere Sichtweise.

In der Vergangenheit waren wir häufiger damit konfrontiert, uns innerhalb der eigenen Organisation, in unserem organisatorischen Umfeld, aber auch unseren jeweiligen Lebensbereichen mit Verhaltensweisen von Menschen auseinandersetzen zu müssen, die uns auf schwerwiegende Art und Weise vor Grenzen stellten. Seit drei Jahren beschäftigen wir uns deshalb intensiv mit der Problematik, wie eine Gesellschaft unseren Vorstellungen nach mit verschiedensten Konfliktfeldern umgehen sollte. Einen Teil davon macht genau der Bereich aus, den René Talbot anspricht.

Zentral bleiben für uns als Gewerkschaft dennoch zwei Ansatzpunkte: Zum einen versuchen wir, die Selbstorganisation der Beschäftigten in der Psychiatrie voranzutreiben, organisieren sich KollegInnen bei uns. Auf der anderen Seite geht es uns um die Frage des staatlichen Zugriffs auf Menschen. Eine Selbstorganisation Psychiatrieerfahrenere können wir nur begrüßen und unterstützen. Konflikte zwischen diesen Gruppen sind aufgrund unterschiedlicher Sichtweisen und Rollen, die sie in der Institution einnehmen, erstmal zwangsläufig. Ein Ausspielen gegeneinander, worauf Talbots Polemik abzielt, zerstört und verhindert hingegen die Möglichkeit, eine notwendige Auseinandersetzung zu führen.

## Ganz normal

In erster Linie sehen wir in der Zwangspsychiatrie kein politisches Problem, sondern ein gesellschaftliches. Es ist auch erstmal nicht von Belang, wie Einzelne zu Krankheitsdiagnosen oder Psychopharmaka stehen. Tatsache ist, dass Menschen in Lebenskrisen geraten können, die mehr oder minder stark ausgeprägt sind. Jede/r mag über ganz unterschiedliche Kompensationsmechanismen verfügen. Entscheidend ist, ob, zu welchem Zeitpunkt und wie ein Mensch aufgefangen wird und es von der Person angenommen wird, sobald sich Probleme auftürmen, sich eine Krise anbahnt oder besteht. Da liegt der Knackpunkt.

Eigene Anteile am Hineinmanövrieren in Krisen können nicht einfach ausgeblendet werden. Meistens kommt da viel zusammen: wenn sich Entwicklungen zuspitzen, wenn sich der Blick für die Dinge verengt, wenn die Gedanken über einem Problem kreisen, wenn Zusammenhänge hergestellt werden, die so nicht existieren, wenn Menschen anfangen, ihr Umfeld offenbar grundlos anzufinden, sichtliche Qualen ausstehen und verängstigt wirken, ohne für Außenstehende ersichtliche Gründe auf etwas einreden, es anschreien, sich Kopfhörer aufzusetzen und doch nicht gegen die Stimme ankommen, die zu ihnen spricht, die sie beschimpft, erniedrigt, von ihnen Dinge verlangt, sie bedroht<sup>(2)</sup>. Ist das real? – Ja, für diejenigen, die es erleben, natürlich. Und für Außenstehende? – Wirkt es bestenfalls sonderlich und fremd.

Was aber, wenn dieser Mensch andere als Bedrohung wahrnimmt, sie nicht nur anfeindet, sich aus Angst in die Enge gedrängt fühlt und meint, er müsse sie abwehren, sie angreifen? Ist das „nerviges“ Verhalten, wie sich René Talbot ausdrückt? Spätestens dann sind andere Menschen mit betroffen. Und damit muss in jeder Gesellschaft umgegangen werden.

Die „Notwendigkeit“ der Diagnostizierung einer Depression würden wir ebenso

wenig nur auf die protestantische Arbeitsethik zurückführen; die Ursachen einer solchen Krise sind weitaus vielfältiger. In einer Depression steckt Aggression, nicht nur gegen sich selbst, sondern auch gegen andere (im Extremfall bis zum, fälschlich so bezeichneten, „erweiterten Suizid“). Die Diagnostizierung einer Krankheit, die an bestimmten, übereinstimmenden Merkmalen festgemacht wird, stellt sicherlich eine Vereinfachung persönlicher und individuell ganz unterschiedlich ausgeprägter Probleme dar. Andererseits gibt es klare und überein-



stimmende Merkmale. Leidensdruck wird, egal, um welche Krise es sich handelt, deutlich von den Betroffenen artikuliert. Und in einem solchen Falle brauchen Menschen Hilfe und Unterstützung.

Menschen sind nicht nur Opfer, sondern immer auch Handelnde, mitunter gar TäterInnen<sup>(3)</sup>. Eifersuchtswahn, das Ausleben von Verschwörungstheorien, Gewalttaten gegen Frauen und sexuelle Gewalt gegenüber Frauen und Kindern sind Realität. Deshalb müssen wir die Ursachen in der Gesellschaft bekämpfen, in der Gewaltverhältnisse immanent sind. Gerade die Darstellung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, die zur Entstehung schwerwiegender Probleme in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen, z.B. in der Familie, in Partnerbeziehungen, mit Schule, Beruf, Religion, Armut, Isolation und sozialer Ausgrenzung, führen, haben wir im Interview vermisst<sup>(4)</sup>.



Die Ausgrenzungsfunktion der Stigmatisierung „psychisch krank“ hat er dagegen klar benannt. Ängste vor einer wie auch immer gearteten „Andersartigkeit“ und unerklärlichen Veränderungen im Verhalten spielen unserer Ansicht nach dabei aber eine weitaus größere Rolle als das Herausbrechen der Betroffenen aus dem gesellschaftlichen Leistungswahn. Das zeigt sich nicht zuletzt im Niveau von Akzeptanz und Wertschätzung in Orten, in denen es den Psychiatrien gelungen ist, sich der Bevölkerung zu öffnen.

Hier sind Betroffene weitaus weniger in der Außenseiterposition, sondern gehören zur „Normalität“.

Vergleiche, wie sie René Talbot mit dem Zitat von Thomas Szasz anstellt, verbieten sich hingegen von selbst, wenn er die heutige Funktion der Psychiatrie mit der industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Nazi-Deutschland vergleicht. Die Verbrechen der Nazis werden durch derartige Relativierungen verharmlost! Hinter der Stigmatisierung als „Jude“ stand der Vernichtungswille, nicht die bloße Ausgren-

zung. Im Gegensatz dazu werden Menschen in der heutigen Psychiatrie behandelt, um in diese Leistungsgesellschaft wieder integriert zu werden. Stigmatisierungen haben also unterschiedliche Konsequenzen; das muss mitgedacht werden, bevor jemand derartige Vergleiche anstellt.

## Abgeschottet?

Eine permanente Verwendung von Begriffen wie Zwangspsychiatrie oder gar die Diffamierung von Beschäftigten als „Folterknechte“ impliziert, dass die Psychiatrie ein Ort ist, der abgeschottet von der Außenwelt existiert, in dem Willkür, Sadismus und Freude an der Gewalt herrschen. Das ergibt ein völlig verqueres Bild. Es gibt keinen anderen Bereich im Gesundheitssystem, der dermaßen stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.

In der Grauzone befinden sich hingegen alle übrigen Bereiche des Gesundheitssystems, in denen ebenso Zwangsmaßnahmen wie lebenserhaltende Maßnahmen oder etwa Freiheitseinschränkungen durch Bettgitter bzw. Fixierung ausgeübt werden, egal ob im Rettungsdienst, in somatischen Krankenhäusern oder in Pflegeheimen. Die Empfehlung von René Talbot, sich als „Menschenrechts-Achtsame“ dem psychiatrischen System „ganz einfach durch die Versetzung auf eine nichtpsychiatrische Station“ entziehen zu können, ist deshalb denkbar ungeeignet.

Nicht in allen Psychiatrien, die wir kennen, haben Veränderungen in gleichem Ausmaß stattgefunden. Noch viel weniger finden sich überall die gleichen Ausgangsbedingungen, gerade auch was die eigentliche Zwangspsychiatrie betrifft<sup>(5)</sup>. Dennoch können zumindest Tendenzen klar benannt werden:

Die Mehrzahl der Menschen begibt sich freiwillig in Behandlung, nur ein Bruchteil wird geschlossen untergebracht<sup>(6)</sup> und davon wiederum zwangsbehandelt<sup>(7)</sup>. RichterInnen stimmen bei weitem nicht mehr allen von ÄrztInnen beantragten Zwangsmaßnahmen zu. Immer mehr Psychiatrieerfahrenere nutzen zudem Vorsorgevollmachten<sup>(8)</sup> und können so Einfluss auf ihre Behandlung nehmen, treffen Behandlungsvereinbarungen.

Auch die Zusammensetzung des Personals hat sich heute vielerorts grundlegend gewandelt, es sind keine Fleischer mehr, die

umsatteln und in die Psychiatrie gehen, um dann 30 Jahre bis zur Rente nach Muster X zu arbeiten. Die Beschäftigten haben heute andere Erwerbsbiographien, arbeiten dort nicht mehr, weil sie nichts Besseres gefunden haben oder weil schon die halbe Familie seit Generationen dort arbeitet. Sie richten sich nicht ein. Die meisten kommen aus somatischen Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen, sind qualifiziert, bringen Offenheit und Initiativgeist, neue Wege auszuprobieren, mit. Tradierte Strukturen sind ihnen ein Gräuel. Viele ÄrztInnen, die wir kennengelernt haben, sind heute mit antipsychiatrischen Positionen vertraut, die Bewegung ist nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. Vieles läuft heute unkonventionell, problemorientierter und geht weg von Standardherangehensweisen vergangener Tage<sup>(9)</sup>.

## Ausblick

Eine Tendenz, die wir seit einigen Jahren feststellen, ist nicht das Weglaufen vor, sondern die Flucht in die Psychiatrie! Durch das Zurückfahren öffentlicher Mittel, z.B. für Frauenhäuser und Anlaufstellen für Nichtsesshafte, Arbeitsmarktgesetze (Hartz) und Gesundheitsreformen, aber auch dem rigiden staatlichen Kurs gegen Flüchtlinge, drängen viele in die Psychiatrie, aus Angst vor Abschiebung, vor gewalttätigen Angehörigen bzw. Zwangsheirat, vor Hunger und Kälte. Darauf müssen wir Antworten finden, womit wir wieder bei den gesellschaftlichen Ursachen wären.

Wir versuchen deshalb, solidarische Strukturen zu entwickeln, die Menschen mit ihren Problemen auffangen, die genannten Ursachen aufheben. Wir halten die Psychiatrie in ihrer Größenordnung schlichtweg für ungeeignet, da sie den Menschen mit ihren unterschiedlichen Problemen nicht gerecht wird und sich neue auftürmen. Dennoch kommen Anlaufstellen, die Entlastung und Schutz für Betroffene und ihr Umfeld gleichermaßen bieten, auch in unseren gesellschaftlichen Vorstellungen vor.

Sinn machen für uns in erster Linie aber nur wohnortnahe Lösungen, die Menschen nicht aus ihrer Umgebung herausreißen, sondern ihnen unter den Bedingungen direkt zur Seite stehen, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen und die zu Problemen führen<sup>(10)</sup>. Als positiv empfinden wir jetzt schon den verstärkten Ausbau von Familientherapien, einer Form, die die Angehörigen mit einbezieht, die vor der Einweisung mit den PatientInnen zusammengelebt haben. Dies macht Sinn, da hier der eigentliche „Drehtüreffekt“ der Psychiatrie entsteht: Die Menschen werden sonst in ihr altes Umfeld entlassen, mit all den ungelösten Problemen und der Destruktivität von (gesellschaftlichen) Bedingungen, die zu den Problemen und zur Einweisung geführt haben.

Ebenso sinnvoll empfinden wir die Schulung der PatientInnen zu ihren Erkrankungen, damit sie Frühwarnsignale erkennen und eigenverantwortlich gegensteuern können.

Am Ende stehen wir aber dann doch vor der Frage, wie sich eine Gesellschaft dazu verhält, wenn Menschen aus einer Krise heraus andere angreifen und darin fortfahren, weil Worte nicht mehr zu ihnen vordringen, sie die Kontrolle über sich und ihre Handlungen völlig verloren haben und jedwedes Eingreifen vergeblich ist. Spätestens hier stoßen auch alle uns bisher bekannten Positionen aus der Antipsychiatrie an ihre Grenze.

FAU Lokalföderation Hannover

Eine Dokumentation der bisherigen Diskussion um die Psychiatrie-Problematik und folgende Beiträge sind demnächst zu finden auf einer Unterseite auf [www.fau.org](http://www.fau.org).

## Anmerkungen:

- (1) Psychiatrieerfahrenere (mit Zwangsbehandlung), Angehörige, FreundInnen, (ehem.) LebenspartnerInnen, Bekannte und Beschäftigte in der Psychiatrie bzw. mit Anbindung; i.d.R. Einnahme mehrerer Rollen.
- (2) Entwicklung einer paranoiden Schizophrenie.
- (3) Psychisch Erkrankte sind laut Statistik insgesamt nicht gewalttätiger als die Durchschnittsbevölkerung (3% Anteil an Gewalttaten), allerdings bei Differenzierung nach Erkrankungen: über 50% der durch psychisch Erkrankte begangenen Gewalttaten entfallen auf Menschen mit Schizophrenie (haben 10faches Risiko zur Begehung von Gewalttaten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, v.a. Männer von 20 bis 40 J. mit systematisierten Wahn und langer Krankheitsdauer ohne Behandlung).
- (4) Ausnahme: gesellschaftlicher Leistungsdruck.
- (5) Basis: Landesgesetze (PsychKG & MRV-Gesetz), im Ländervergleich gravierende Unterschiede; unterschiedliche Entscheidungen von Gerichten, Strukturen und Leitlinien in einzelnen Kliniken.
- (6) Zwangseinweisungen sind bundesweit unterschiedlich: 1-30% der Aufnahmen; häufigste Einweisungsdiagnose: akute Schizophrenie.
- (7) Fixierungen bei etwa 1-7% aller Aufnahmen; Zahl der Zwangsmedikationen in etwa gleich bzw. darunter.
- (8) Das Bundesministerium der Justiz wirbt selbst für PV und VoVo, nicht unbedingt aus humanistischen, sondern auch ökonomischen Erwägungen (Betreuungsboom nach Einführung des neuen Betreuungsrechts 1992); Staat versucht, ihre Einrichtung aus Kostengründen wieder einzudämmen.
- (9) Nach Privatisierungen regelmäßig Rückentwicklungen; Tendenzen gehen schnell in Richtung Verwah-Psychiatrie; es wird nicht auf Beziehungsarbeit gesetzt, sondern auf die Gewährleistung von Funktionsabläufen; Folge davon: Steigerung der Dosierungen von Psychopharmaka zu beobachten; Zusammensetzung des Personals ändert sich (billigere, weniger qualifizierte Beschäftigte bei sinkendem Personalschlüssel).
- (10) Die heutige Psychiatrie konzentriert sich aus kapitalistisch-rationellen Erwägungen in Großkliniken: Es ist billiger, Fachpersonal und PatientInnen an einem Ort zu konzentrieren.

# Wer ist hier der Boss?

Kaum sonst wo auf der Welt sind Konzepte selbstverwalteter Betriebe so weit entwickelt wie in San Francisco – mit unterschiedlichen Erfahrungen

San Francisco war schon immer ein bisschen anders als der Rest der Welt. So gilt der Ballungsraum in Nordkalifornien nicht nur als Hauptstadt der Homosexuellenbewegung, sondern auch als Zentrum linker Ideen und alternativer Lebensformen. Ach, und bevor ich es vergesse: Wer cool sein will, sage niemals „Frisco“, das tun nämlich nur Touristen. Richtig heißt die Stadt „Sanfran“, Betonung auf der ersten Silbe. Nur so am Rande.

## Sanfran

Versuche, selbstverwaltete Betriebe aufzubauen, haben hier eine besonders lange Geschichte. Sie reichen bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Die Arbeiterbewegung in der „Bay Area“, wie der Großraum rund um die drei Großstädte San Francisco, Berkeley und Oakland genannt wird, ist traditionell militant und revolutionär eingestellt. Und Kollektivbetriebe hat es seitdem immer wieder gegeben. Bei den meisten der großen, teilweise bis heute legendären und leider oft auch blutigen Streiks und Arbeitskämpfen haben selbstverwaltete Betriebe hier immer eine Rolle gespielt. Es gehört eben zum Konzept des revolutionären Syndikalismus, nicht nur auf Streiks, direkte Aktion und Sabotage zu setzen, sondern den „Betrieb in Arbeiterhand“ ebenso als Element des revolutionären Klassenkampfes zu verstehen. Schon in den 1930ern gab es in Sanfran über 50 selbstverwaltete Betriebe. Auf dem Höhepunkt der Bewegung, um 1980, waren es mehr als 150. Ansätze, selbstverwaltete Betriebe zusammenzuschließen und zu organisieren, finden sich seit Ende der 1960er. Und das in Größenordnungen, von denen deutsche autonome makrobiotisch-vegane-Lebensentwurf-Rückzugsgebiete nur verschämt träumen können. Schon Mitte der 70er Jahre war die Dichte an selbstverwalteten Betrieben so hoch, daß einige AktivistInnen anfangen, von mehr zu träumen, nämlich von einem Verbund selbstverwalteter Betriebe als Keimzelle einer neuen, besseren Gesellschaft. Daß man den Kapitalismus aushebeln könnte, vielleicht mit einer eigenen, internen Währung. Solche Ideen scheiterten. Geblieben ist ein neues Projekt, das sowohl kämpferischer als auch nüchterner ausgerichtet ist als seine Vorgänger: NoBAWC.

## Fire Your Boss

An die 40 Betriebe sind heute im „Network of Bay Area Cooperatives“, kurz NoBAWC zusammengeschlossen. Ausgesprochen klingt das Kürzel wie „no boss“ – dieser Slogan ist Programm. Gemeinsamer Nenner der hier organisierten Betriebe ist die Abwesenheit von Chefs. Die wirtschaftlichen und juristischen Organisationsformen sind dagegen beinahe so vielfältig wie die Produkte und Dienstleistungen, die sie anbieten.

gen, die sie anbieten.

Die Bandbreite reicht von Buchhandlungen, Fahrradgeschäften, Bioläden, Restaurants über Galerien, Möbelhersteller, Bäckereien, Pizzerien bis hin zu Kurierdiensten und Holzarbeitern. Dabei zählt kein Betrieb mehr als 200 Mitglieder. Neben dem anarchistischen Buchladen und Verlag „AK Press“ gehört „Lusty Lady“ zu den prominentesten Mitgliedern von NoBAWC. Bei letzterem handelt es sich um nichts weniger als um die einzige Peepshow der Welt, die kollektiv betrieben wird.

Die selbstverwaltete Klinik in Berkeley, die



u.a. kostenlose Zahnbehandlungen für Menschen ohne Krankenversicherung anbietet, verdeutlicht einen wesentlichen Gesichtspunkt der Problematik rund um die Frage selbstverwalteter Betriebe. Die Klinik arbeitet nicht profitabel. Das kann und soll auch nicht so sein. Ähnlich, wie andere Ärzte sich im Urlaub auf eigene Kosten in asiatischen oder afrikanischen Ländern engagieren, bringen sich hier Ärzte unentgeltlich ein. Die dritte Welt vor der Haustür, sozusagen.

Vergleicht man NoBAWC von heute mit seinem Vorgängermodell von vor zehn Jahren, so fällt auf, daß das Projekt enorm geschrumpft ist. Es fehlen nicht nur zahlreiche Buchläden, Imbisse, Kurierdienste, Taxiunternehmen, Galerien und Speditionen, sondern auch Theater, Kinos, eine Grundschule, eine High School sowie ein College (und das sind nur Beispiele). Was all diese Projekte gemein hatten bzw. haben, ist eine gute, vielleicht sogar schöne Idee mit dem Haken, daß man am Ende gar kein oder nur ein symbolisches Gehalt ausgezahlt bekommt. Beim Geld hört eben nicht nur die Freundschaft auf. Es markiert, ob wir wollen oder nicht, die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit.

## Ökonomische Realität

Das heutige Netzwerk NoBAWC legt denn auch seinen Schwerpunkt auf wirtschaftlich funktionierende Unternehmen, die den ArbeiterInnen selbst gehören. Es geht bei NoBAWC

schlicht um die Förderung alternativer Jobmöglichkeiten ohne Chefgeängelung, Entfremdung vom Produkt und größtmöglicher Mitbestimmung in allen den Betrieb betreffenden Angelegenheiten. „Workplace Democracy“ heißt denn auch das Ziel, dem sich NoBAWC verschrieben hat. Das klingt nicht unbedingt revolutionär. Und das hat seinen Grund.

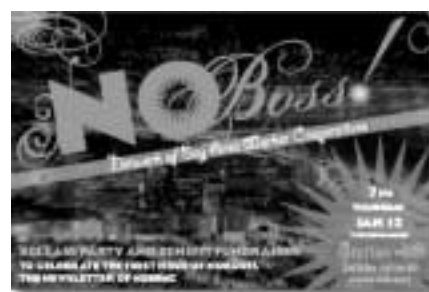
Vereinfacht gesagt trennen sich selbstverwaltete Betriebe in der Bay Area in zwei Gruppen, entsprechend ihrer rechtlichen Stellung. Auf der einen Seite gibt es die „Arbeiter-Kooperativen“. Die ArbeiterInnen halten persön-

sahen den Preis der Freiheit in harter Arbeit bei schlechter Bezahlung“, bringt Curl seine jahrzehntelange Erfahrungen in selbstverwalteten Betrieben im Großraum San Francisco auf den Punkt.

NoBAWC gehören aber auch Kollektivbetriebe an, die einen klassenkämpferischen Ansatz verfolgen. Dazu gehört etwa „National Home Cleaning Professionals“, ein selbstverwalteter Betrieb, der sich ausdrücklich auf Frauen lateinamerikanischer Herkunft konzentriert, um die „ökonomische und soziale Gleichstellung von lateinamerikanischen EinwanderInnen“ zu gewährleisten. Neben einer halbwegs fairen Bezahlung gilt dem Betrieb die Verwendung von gesundheitlich und ökologisch verträglichen Substanzen als wichtiges Anliegen. Für uns mag das befremdlich klingen, erklärt sich aber leicht aus einem Projekt, das von Betroffenen selbst und nicht von Gutmenschen mit schönen Ideen angestoßen wurde. Hier geht es in erster Linie darum, bessere Arbeitsbedingungen für Lohnabhängige zu schaffen. In diesem Fall mittels eines selbstverwalteten Betriebs und nicht über die Gewerkschaft. Und doch spielt die Gewerkschaft bei NoBAWC eine gewichtige Rolle.

Neben diversen Betrieben mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist die lokale Gruppe der IWW selbst Mitglied von NoBAWC. Was auf den ersten Blick verwirrt, ist nur die Konsequenz eines logischen Konzepts. Dank des Engagement der IWW orientieren sich die in NoBAWC zusammengeschlossenen Betriebe an gewerkschaftlichen Standards, wie Mindestlöhnen und Krankenversicherung (in den USA nicht selbstverständlich).

Auch nach mehr als 30 Jahren Erfahrung



in selbstverwalteten Betrieben wünscht sich John Curl noch immer keinen Chef. Vielmehr schätzt er es sehr, gemeinsam mit seinen KollegInnen bestimmen zu können, wie die Möbel aussehen, die sie schreineren, woher das Holz kommt, aus dem sie Tische und Stühle schnitzen, und wem sie die Produkte zu welchem Preis feilbieten. Für eine freie Gesellschaft aber, das ist ihm schon lange klar, braucht es mehr als die Solidarität seiner KollegInnen. Dafür braucht es die ganze Klasse.

Matthias Seiffert

## Anzeige

**CONTRASTE**  
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

**GewGew** Dachgenossenschaft für gemeinschaftliche Wohnungsinitiativen - Potentiale erschließen - Forschungsarbeiten - Einbürgerungsgeschichte und Gestaltungsmöglichkeiten - Wege der Kolonialisierung - Beginn eines radikalen Dachgenossenschaftlichen Wohnens: u.a. **MEDIA** - Göttinger Wochenzeitung - Genossenschaft in-solvent: Reicht die Kondition für einen zweiten Anlauf? **ETHIK** - Kibbutz: Paradoxie: Wandel durch Privatisierung **SEVER** ... und kein Ende? **WOLFRUM** - Genossenschaft als radikal antikapitalistischer Weg - Tauschrate und Bezugs **DISKALTE** - Theorien: „Wo das Volk herrscht, geht der Mensch unter.“ **WZV**

**WUNTE SEITEN 2003** das Adressenverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit ca. 15.500 Adressen aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktadressen mit **Reden der Alternativen Medien** (in Italien, NL, 1.200 Zeilen mit zahlreichen Besprechungen, Video- & Filmgruppen sowie Foto-Rufus, 300 Seiten (ISBN 34) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten)

**Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro**  
Es kann natürlich auch nicht gekauft werden. Nur gegen vorherige Schickung eines Bestellscheins.

Bestellungen in 1 Monat oder über **CONTRASTE e.V.** Postfach 18 45 23, D-46035 Hildesheim

Preiseisen: [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

## Anzeige

**graswurzel revolution**

**BLISS NICHT AUFGEHEN!**

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, seit 1972

„Die Graswurzelrevolution gilt als die langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift der deutschen Nachkriegszeit.“ (Wikipedia)

**Abo: 30 Euro (10 Ausg.) Schnupperabo\*: 5 Euro (3 Ausgaben)**

\*...verfügt sich ohne Kündigung zum Jahresanfang. Kündigung jederzeit möglich

**GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 D-53947 Nettersheim [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)**

## HIER KANNST DU DIE DA KAUFEN:

- Berlin:** Friedrichshain Hemp Galaxy, Libauerstr. 2 - Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 - Puke Music, Samariterstr. 34a - Volksladen, Gabriele-Max-Str. 38 **Kreuzberg** Buchhandlung Argument, Reichenberger Str. 150 - B-Books, Lübbenerstr. 14 - FSK-Kino, Segitzdamm 2 - Fusion, Skalitzer Str. 67 - Kisch und Co., Oranienstr. 25 - Kiosk, Kottbusser Damm 101 - Real Deal, Gneisenaustr. 60 - M99, Mantelfelstr. 99 - oh21, Oranienstr. 21 - Papiertiger, Cuvyrstr. 25 - Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a **Mitte** A-Laden, Brunnenstr. 7 - Der Kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16 - KvU, Kremmener Str. 9-11 - Rotes Antiquariat, Rungestr. 20 **Prenzlauer Berg** BAI2, Torstr. / Ecke Christinenstr. 1 - FAU Büro, Straßburgerstr. 38 - Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77 - Schwarze Risse, Kastanienallee 85 **Wedding** Buchhandlung Mackensen, Utrechter Str. 4 **Bielefeld:** Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7 **Bochum:** UBU, Universitätsstr. 16 - Notstand e.V., Universitätsstr. 150 **Bonn:** Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76 - Netzladen, Wolfstr. 10, Hinterhaus **Bremen:** Andere Seiten, Brunnenstr. 15-16 **Detmold:** Alte Pauline, Bielefelder Str. 3 **Dortmund:** Taranta Babu, Humboldtstr. 44 **Dresden:** Buchladen König Kurt, Rudolf-Leonhardt-Str. 39 **Düsseldorf:** Buchhandlung BiBaBuZe, Aachenerstr. 1 - Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 16 **Duisburg:** Buchladen, Heerstraße 108, Duisburg-Hochfeld **Flensburg:** Schlachterei, Norderstr. 135 **Frankfurt/Main:** Infoladen, Leipziger Str. 91 **Frankfurt/Oder:** Utopia, Berliner Str. 24 **Freiburg/Breisgau:** Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15 **Gießen:** Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44 **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaihof 7 **Hamburg:** Buchladen Osterstraße, Osterstr. 171 - Buchhandlung in Schanzenviertel, Schulterblatt 55 - Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 - Libertäres Zentrum Schwarze Katze, Fettstr. 23 - Nautilus Buchhandlung, Friedensallee 7-9 - Café Libertad Kooperative, Gaußstr. 194-196 **Hannover:** Anabee Buchladen, Stephanstr. 12-14 - Internationalismus Buchladen, Engelbosteler Damm 4 - Infoladen, Kornstr. 28-30 - Stumpf, Am Welfengarten 2c **Herford:** Provinzbuchladen, Hämmelinger Str. 22 **Hildesheim:** IL Hildesheim, Steingrube 19 **Köln:** **Innenstadt** Q-hof, Limburger Straße **Nordstadt** Harvey's, Weißenburgstr. 58 - TTE-Bücherei im Bürgerzentrum alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 **Südstadt** Der andere Buchladen, Ubierring 42 **Sülz** Der andere Buchladen, Weyertal 32 **Leipzig:** Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnenstr. 19 - Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d **Ludwigshafen:** Naturkost Schwarzwurzel, Jakob-Binder Str 10 **Lübeck:** Infoladen, Willy-Brandt-Allee 9 **Lutter:** Burgladen, Auf der Burg **Magdeburg:** Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13 - Beat Boutique, Olvenstedter Str. 29 **Marburg:** Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28-30 **Minden:** Büchermurm, Alte Kirchstr. 21 **Moers:** Barrikade, Bismarckstr. 41a, Moers-Meerbeck **München:** Infoladen, Breisacher Str. 12 - Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43 **Münster:** Infoladen Bankrott, Dahlweg 64 - Don Quijote, Scharnhorststr. 57 - Kneipe, Frauenstr. 24 **Neustadt/Weinstr.:** Buchhandlung Quod Libet, Am Elwetrickschbrunnen **Nürnberg:** Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14 **Oberhausen:** Projekt Archiv, Im Druckluft, Am Förderturm 27 **Osnabrück:** Café Mano Negra, Alte Münze 12 **Paderborn:** Infoladen, Borchener Str. 12 **Potsdam:** Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28 - Infoladen Zulu Gorriak, Zeppelinstr. 25 - Bibliothek Kontext, Hermann-Elfein-Str. 32 **Reutlingen:** Kulturschock Zelle, Insel 1 **Tübingen:** Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15 **Vlotho:** Regenwurm, Lange Str. 126 **Wiesbaden:** Cafe Klatsch Kollektiv, Marcobrunnenstr. 9 - Büchergilde, Bismarckring 27 **Österreich:** Infoladen Bregenz, JUZ Between, Bahnhofstr. 47, Bregenz/Vorarlberg **Schweiz:** Infoladen ROMP, Steinerstr. 17, Luzern



# Eine verrückte Idee

Schweden: SAC ruft 2,5 Millionen Arbeiter zum Generalstreik auf

Diesmal hatten die konservativen Parteien in Schweden alles richtig gemacht. Schon vor der Wahl zum Parlament im September hatten die vier Koalitionsparteien Centerpartiet (Bauernpartei), Folkpartiet (Liberales), Kristdemokraterna (Christdemokraten) und Moderaterna (Konservative) laut und deutlich erklärt, wie Schweden besser zu führen sei: durch niedrigere Steuern, Kürzungen im Kultur- und Pflegebereich, erhöhte Beiträge für die Arbeitslosenversicherungen und gleichzeitig Senkung des Arbeitslosengeldes. Auch die Minister hatten angekündigt, was zu erwarten war. Die Kultusministerin, Cecilia Stegö Chiló (Moderaterna), musste schon nach zwei Wochen von ihrem Amt zurücktreten, weil es sich schlecht macht, wenn man als oberste Chefin der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt 16 Jahre lang keine Fernsehgebühren bezahlt hat. Nur ein paar Tage später folgte ihr die Wirtschaftsministerin, Maria Borelius (Moderaterna). Auch sie hatte vergessen, die Fernsehgebühren zu bezahlen. Außerdem konnte ihre Putzfrau überhaupt keine Arbeitslosenversicherung bezahlen, weil sie schwarz beschäftigt war. Und weil die Steuer in Schweden so hoch ist, musste die Ministerin ihr Haus in Schweden über eine Firma auf den Bahamas anmelden.

Dies alles hatte einige erfreuliche Nebenwirkungen. Die geplanten Kürzungen im Kulturbereich kamen ins Stocken, und die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender bekamen die plötzlich allgemein gestiegene Bereitschaft zum Gebührengeld zu spüren.

Was aber die geplanten Verschlechterungen bei den Arbeitslosenversicherungen betrifft, war leider keine Gnade zu erwarten. Schon weniger als zwei Monate nach ihrem Wahlsieg hatten die Regierungsparteien [Moderaterna, Centerpartiet, Folkpartiet und Kristdemokraterna] einen Vorschlag fertig ausgearbeitet. Demnach soll die Beitragshöhe der heutigen Arbeitslosenversicherung (die von den Gewerkschaften verwaltet wird) von 100 auf 350 Kronen monatlich erhöht werden (ein Euro entspricht ca. 9,78 Kronen), und die Möglichkeit, die Arbeitslosenkassenbeiträge sowie die Gewerkschaftsbeiträge von der Steuer abzusetzen, wird gestrichen. Addiert man diese beiden Veränderungen, ergeben sich für die Arbeitnehmer Belastungen, die dem fünffachen der früheren Kosten entsprechen. Als extra Dankeschön an ihre Wähler bleibt für Unternehmen natürlich weiterhin die Möglichkeit bestehen, ihren Mitgliedsbeitrag für den Arbeitgeberverband steuerlich abzusetzen.

Üblicherweise bekommen Arbeitslose 80% ihres vorherigen Lohnes. Doch für diese Leistungen gibt es eine vom Gesetzgeber festgelegte Obergrenze, welche durch die jüngsten Maßnahmen stark gesenkt wurde. Für diejenigen, die arbeitslos werden, sinkt

nun der Tagessatz des Arbeitslosengeldes um mehr als 10%. Dies führt dazu, dass es sich für immer weniger Arbeiter überhaupt lohnt, in eine Arbeitslosenkasse einzuzahlen.

In der LO (Landsorganisationen – entspricht dem DGB) haben schon jetzt einige große Gewerkschaften Zusatzversicherungen angeboten, und der Trend weist deutlich in diese Richtung. Natürlich ist es genau das, was die konservativen Parteien wollen. Denn durch diese Änderungen werden die Gewerkschaften ihren noch starken Status verlieren.



Moa Norell, die Generalsekretärin der SAC, bei einer Rede am Streiktag (Foto: José Figueroa)

Mit immer weiter sinkenden Mitgliedszahlen verspielten die großen Gewerkschaften am 15. November eine vielleicht letzte Chance, irgendetwas gegen die Verschlechterungen im Bereich der Arbeitslosenversicherungen zu tun. Die SAC (Sveriges Arbetscentrala Centralorganisation), die kleine syndikalistische Gewerkschaft, hatte für diesen Tag, an dem das Parlament in Stockholm den Vorschlag in erster Lesung beriet, zu einem politischen Streik aufgerufen. Nach schwedischem Verfahren muss jeder Streik von einer Gewerkschaft mindestens sieben Tage vorher offiziell beim Arbeitgeber angemeldet werden. Für den „Generalstreik“ am 15. November hat die SAC eine solche Anmeldung kurzerhand bei sämtlichen Arbeitgeberverbänden eingereicht. Damit waren alle 2,5 Mio. Arbeiter in Schweden, die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, legal zum Streik angemeldet.

Die Direkte Aktion sprach mit Torfi Magnusson, dem SAC-Koordinator dieses Streiks, der in Stockholm lebt.

**- Du warst Koordinator des Streiks. Was bedeutete das genau?**

Ich habe die Aktivitäten zentral koordiniert, zu den verschiedenen Treffen einberufen und Infos an die LS [Lokala samorganisationsgruppen – Ortsgruppen der SAC, die ei-

gentlich die Gewerkschaft sind. Die SAC ist nur die Föderation der verschiedenen LS, Anm. d. Red.] geschickt. Ich habe zugesehen, dass Flugblätter und Infomaterial gedruckt wurden und habe auch die Anmeldung für den Streik eingereicht.

**- Wisst Ihr schon, wie viele SAC-Mitglieder überhaupt in den Streik getreten sind?**

So genau wissen wir es nicht. Die LS müssen sich nicht zurückmelden, aber wir glauben, dass 20-30 Ortsgruppen beteiligt waren und vielleicht 1.500 Mitglieder. Wir werden wahrscheinlich genaueres wissen,

wenn die LS Streikgelder einfordern. An den von uns organisierten Demonstrationen und Flugblattverteilaktionen waren um die 6.000 Menschen beteiligt.

**- Die LO hat doch kurz vor dem Streiktag ihre Mitglieder aufgefordert, sich nicht zu beteiligen, weil die Rechtslage angeblich nicht so klar gewesen sein soll. Aber in den schwedischen Zeitungen hat man lesen können, dass das innerhalb der LO für Unmut gesorgt hat. Wie hat sich das gezeigt?**

Dass die LO nicht an einem Streik gegen die Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung teilnehmen will, entspricht ganz ihrer Linie. Die Führung hat gesagt: Wenn man gewählt hat, muss man auch die Resultate akzeptieren. Aber es gibt 20 Lokalgruppen innerhalb der LO, die jetzt einen politischen Streik fordern. Leider schweigen aber auch ein paar tausend Lokalgruppen.

**- Erzähl mal, wie es für die SAC möglich war, sämtliche Arbeiter zum Streik aufzurufen, und wie Ihr auf die Idee gekommen seid?**

Es ist eigentlich nicht so ganz abwegig. Wir sind 2003 von der Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst aufgefordert worden, zu streiken, und 2006 hat die Journalistengewerkschaft auch so etwas ähnliches gemacht. Es gibt in der schwedischen Gesetzgebung nichts, was einen politischen Streik

verbietet. Ein politischer Streik hebt kurzfristig die Friedenspflicht der beteiligten Parteien auf. Nur Angestellte im Öffentlichen Dienst dürfen nicht streiken. 2003 hat das Arbeitsgericht ein wichtiges Urteil gesprochen, durch welches das Streikrecht allgemein und insbesondere für die SAC ausgeweitet wurde. Aber klar, die Idee mit dem Generalstreik war natürlich ein bisschen verrückt. Andererseits wäre es sonst nie so ein großes Ereignis geworden. Keinen Menschen hätte es bewegt, wenn nur unsere 7.000 Mitglieder gestreikt hätten. Aber 2,5 Millionen ... Da haben wir es schon geschafft, etwas loszutreten.

**- Und wie haben die Leute reagiert?**

Die Aktivisten, die draußen auf der Straße Flugblätter verteilt haben, meinen, eine Veränderung im Vergleich zu früheren Streiks bemerkt zu haben. Leute haben interessierter gewirkt und Fragen gestellt. Die größte schwedische Zeitung, Aftonbladet, hat eine Internetumfrage durchgeführt, und 75% der 120.000 Teilnehmer waren für den Streik. Gleichzeitig hat die Regierung bei den Wählerumfragen 8% eingebüßt. Das ist in Schweden noch nie passiert, schon gar nicht so kurz nach einer Wahl.

**- Kam es irgendwo vor, dass man richtig zu spüren bekommen hat, dass eine Firma bestreikt wurde?**

Wie gesagt, wir haben noch nicht alle Berichte. Aber hier in Stockholm zum Beispiel gab es schon eingestellte U-Bahnfahrten. Und ich weiß auch, dass ein kleines Kino in Göteborg die Vorstellungen ein bisschen später anfangen ließ und dem Publikum erklärt hat, worum es ging. Viele von unseren Mitgliedern sind allein auf ihrem Arbeitsplatz, und dann kann es natürlich dazu kommen, dass jemand einzeln streikt und es keine großen Auswirkungen auf den Arbeitsablauf hat.

**- Wie geht es jetzt innerhalb der SAC weiter?**

In erster Linie ist das eine Frage der LS. Viele Arbeitgeberorganisationen haben ihre Mitglieder aufgehetzt, hart gegen die Streikenden vorzugehen. Einem Mitglied ist gekündigt worden, und ein paar anderen wurden Ermahnungen erteilt. Wir haben schon eine Kampagne gegen eine Handyfirma gestartet, wir werden da ein bisschen Druck machen. Die haben unser Mitglied gekickt, weil er gestreikt hat mit der Begründung, seine Teilnahme am Streik wäre so gewesen, als ob er während der Arbeitszeit zu einem Fußballspiel gegangen wäre. So etwas wird aber nicht lange gutgehen.

Wir haben einen zentralen Bericht geschrieben, und eine neue Arbeitsgruppe hat schon mit den Vorbereitungen für den 20. Dezember begonnen. An diesem Tag soll nämlich das Parlament das Gesetz absegnen. Ob das klappen wird, ist aber nicht sicher. Die Regierung hat nur vier Stimmen mehr als die Opposition. Und ich könnte mir schon vorstellen, dass nicht alle so heiß darauf sind, wieder 8% ihrer Stimmen zu verlieren, oder dass vielleicht jetzt plötzlich sogar die LO etwas tun wird.

Mattias Kåks

## Schwedisches Parlament beschließt Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung

Am 21. Dezember, einen Tag später als geplant, beschloss das schwedische Parlament Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung und einen erhöhten Versicherungsbeitrag. Damit ist der Klassenkampf, auch von oben, offen angesagt. Die einzige Rücknahme der vorgeschlagenen Verschlechterungen besteht darin, dass sie erst am 1. März in Kraft treten und nicht wie zunächst geplant am 1. Januar.

## 3. Anarchietage in Winterthur (31. Januar – 11. Februar 2007)

Insgesamt zwölf Veranstaltungen zu Themen wie Open-Source-Software oder Medienaktivismus, Demokratiekritik oder die „Evolution der Kooperation“ decken ein breites Spektrum traditioneller und aktueller libertärer Ansätze ab. Das genaue Programm der Anarchietage findet sich unter <http://www.arachnia.ch/etomite/index.php?id=213>. Organisatorin: Libertäre Aktion Winterthur (LAW) <http://www.law.ch.uu> [law@arachnia.ch](mailto:law@arachnia.ch)

## Anzeige

Ausgabe [11/06] u.a.:

- ◆ Heinz Steinert: »Prekariat, Kalorien, sexy Berlin und die Unterschicht«
- ◆ Annette Groth: »Berlin in Brüssel«, zur deutschen Ratspräsidentenschaft
- ◆ Willi Hajek: »Blauer Himmel über Berlin«, Fazit der Streikenden bei Bosch Siemens
- ◆ KH: »Stellt euch vor, wir werden verkauft...«, Montagsdemos und Blockaden bei Bayer

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar

**Niddastraße 64  
60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
[express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)**

# Lokale Gewerkschaftsstrategien im internationalen Klassenkampf

XXIII. IAA-Kongress in Manchester

Dreizehn Sektionen trafen sich Anfang Dezember 2006 zum XXIII. Kongress der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) in Manchester. Die 50 Delegierten waren in einer Jugendherberge im ehemaligen Arbeiterviertel Castlefield untergebracht. Dieser Ort, der einst die politische Haltung Friedrich Engels verändert hatte, bildete die historische Kulisse für den Kongress der AnarchosyndikalistenInnen.

Lange Debatten füllten die drei Kongresstage bis zur letzten Minute. Ein erfolgreiches Ergebnis dieses Kongresses war die Stärkung der lateinamerikanischen Sektionen. So können die Sektionen künftig so genannte Subsektariate zusammenstellen, die für einen Kontinent organisatorische Aufgaben übernehmen und die Kommunikation verbessern sollen. Darüber hinaus findet der nächste Kongress 2008 in Brasilien bei der COB (Confederação

Operária Brasileira – Brasilianische Arbeitsföderation) statt.

Die serbische Sektion ASI (Anarho-sindikalistička Inicijativa – Anarchosyndikalistische Initiative) berichtete von den Protesten der Studierenden gegen die geplante Einführung von Gebühren. In Belgrad sind Teile der Universität besetzt, die AnarchosyndikalistenInnen baten um finanzielle Unterstützung für Plakate und Flugblätter, um die Proteste effizient fortsetzen zu können. Es kam zu einer spontanen Sammelaktion unter den Delegierten, so dass die ASI die Spenden gleich mitnehmen konnte.

Die Delegierten diskutierten kontrovers über Charakter und Struktur der IAA.

Die jahrelang aufgeschobene so genannte „FAU-Frage“ konnte auch dieser Kongress nicht endgültig klären. Einige Sektionen kritisierten, dass Teile die FAU (Ortsgruppen oder einzelne

Mitglieder) Kontakte zu AnarchosyndikalistenInnen außerhalb der IAA pflegen bzw. dass die FAU offiziell in Verbindung mit der CNT Frankreich (so genannte „Vignoles“) steht. Das wäre in Ländern wie Spanien und Frankreich mit offiziell realisierenden Organisationen unsolidarisch gegenüber der jeweiligen IAA-Sektion, so die Meinung der Delegierten. Die FAU beharrte weiterhin darauf, Kontaktverbote zu ignorieren und ihre Basis nicht an der Zusammenarbeit mit anarchosyndikalistischen Organisationen zu hindern, sei es bei der Unterstützung von Arbeitskämpfen oder dem Austausch von Erfahrungen. Zudem verwiesen die FAU-Delegierten auf die Autonomie der Ortsgruppen bzw. Mitglieder. Der Kongress beschloss daraufhin, dass das Sekretariat der IAA das Mandat behält, die FAU bei einem Verstoß gegen das Kontaktverbot aus der IAA auszuschließen zu können.

Die ASI übernahm zusammen mit der britischen Sektion SolFed (Solidarity Federation) unter Zustimmung der Anwesenden das Sekretariat der IAA.

Darüber hinaus sprachen die TeilnehmerInnen über ihre praktische Arbeit, Gewerkschaftsstrategien sowie Unterschiede im europäischen Arbeitsrecht. Mögliche gemeinsame Projekte ergeben sich zum Beispiel auf dem Gebiet der Zeit- und Leiharbeiter oder bei Solidaritätsaktionen für die ArbeiterInnen Kolumbiens. Des Weiteren startet die italienische Sektion USI (Unione Sindacale Italiana) unterstützenswerte Projekte in Mittelamerika (u.a. Oaxaca). Den sehr gelungenen organisatorischen Rahmen inklusive professioneller ÜbersetzerInnen gestaltete die SolFed, die bis auf den englischen Nieselregen alles im Griff hatte.

Internationales Sekretariat der FAU

## Interview mit dem IAA-Sekretariat 2006

Die britische Zeitung „Freedom“ führte kurz vor dem Kongress noch ein Interview mit dem scheidenden IAA Sekretariat. Mehr: [fau-duesseldorf.org](mailto:fau-duesseldorf.org)

## ASR: Glückwünsche zum IAA-Kongress 2006

Neben Glückwünschen enthält dieser Artikel eine Darstellung der Situation in den USA und zu Fragen der IAA und IWW. Mehr: [fau-duesseldorf.org](mailto:fau-duesseldorf.org)

## Anti-Aging für die Anarchie? Über die Chancen eines zeitgemäßen Anarchosyndikalismus

In der aktuellen Ausgabe sollte eigentlich der erste Teil eines längeren Essays von Horst Stowasser erscheinen. Leider hatten wir dafür an dieser Stelle keinen Platz mehr. Der Essay wäre ein Vorabdruck aus seinem neuen Buch gewesen, welches im Januar 2007 bei Edition AV erscheint (Titel: „Anti-Aging für die Anarchie? Das libertäre Barcelona — 70 Jahre nach der spanischen Revolution“). Auf der Seite der FAU Düsseldorf ([www.fau-duesseldorf.org](http://www.fau-duesseldorf.org)) ist er in voller Länge nachzulesen.

### Nachruf — Antonio Pedrazo Sánchez

Antonio sprach selten zu uns, und wenn, dann langsam und wohlüberlegt. Und wir hingen an seinen Lippen, denn was er sagte, traf oft den Nagel auf den Kopf. Wir waren damals junge Anarchos, Anfang zwanzig, aber hier sprach jemand, der über sechzig war — ein „alter Mann“, der lächeln konnte und Weisheit ausstrahlte.

Das war in den Siebzigern, in Deutschland, als sich die Exil-CNT anschickte, ihre Ideen auch unter den „Gastarbeitern“ zu verbreiten. Antonio Pedrazo Sánchez war selbstverständlich dabei. Denn er war schon immer dabei. „Von Natur aus ein Ácrata“, wie seine andalusischen Genossen in ihrem Nachruf schrieben, war er, 1915 im südspanischen Manzanera geboren, nach Bürgerkrieg und Gefängnis in den frühen Sechzigern mit seiner Familie auf der Suche nach Arbeit in Deutschland angekommen. Im Rhein-Main Gebiet aß er das bittere Brot der Immigration, aber stolz und kein bißchen resigniert. Wo immer es etwas zu tun gab, fehlte er trotz seines Alters nicht:

Gewerkschaftsarbeit, Demonstrationen, Unterstützung des CNT-Magazins „impulso“, ideale Starthilfe für die junge FAU. Praktische Solidarität eben, Hilfe mit Worten, mit Taten, mit Geld und — mit Poesie ... Denn Antonio schrieb Verse, die manchmal besser halfen als alles andere.

Im vergangenen Jahr ist Antonio im Alter von 90 Jahren in seiner Heimat gestorben. An seinem Grab stand Jung und Alt und sang die traditionsreiche CNT-Hymne „Negras Tormentas agitan los Aires ...“ Möge unser verspäteter Nachruf ihm und den Seinen zeigen, dass „der Genosse Pedrazo“ auch in Deutschland nicht vergessen wurde.

(Horst Stowasser)

# Spontaner Streik bei Volkswagen

Arbeitskämpfe in der Automobilindustrie

Anfang Dezember kam es in Brüssel zu einer gewaltigen Demonstration gegen den global agierenden Automobilkonzern. So sind



geplanten Stellenabbau von 4000 der 5800 VW-Beschäftigten. 30.000 Menschen haben gezeigt, dass das Auspielen der weltweiten Standorte gegeneinander an seine Grenzen stößt.

Die traditionell kämpferische Belegschaft des belgischen Volkswagenwerkes Forest in Brüssel legte nach der Radiomeldung über die beabsichtigten Entlassungen spontan ihre Arbeit nieder. Dienstreisende aus Deutschland wurden aus dem Werk geleitet, die Direktion zog sich ebenfalls zurück. Sogleich wurden die Tore verrammelt und Streikposten aufgestellt.

Volkswagen zieht die Produktion des neuen Golf ab, um, so die Argumentation, den beiden verbleibenden Golf-Standorten in Deutschland die im Zukunftstarifvertrag festgelegte Beschäftigungssicherung bis 2011 gewährleisten zu können. In Brüssel fallen dafür zusätzlich zu den 4000 Stellen bei Volkswagen mindestens doppelt so viele Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie weg. Nachdem vor zwei Jahren Renault ein Werk in Brüssel geschlossen hatte, würde sich mit Volkswagen der letzte verbliebene große Arbeitgeber aus der Region mit zwölfprozentiger Arbeitslosenquote zurückziehen.

### Standortpolitik fördert Tarifverschlechterungen

Das Auspielen von Standorten gegeneinander

gerade im Zuge von Tarifverhandlungen Drohungen mit der Verlagerung der Produktion bzw. von Fahrzeugfertigungen üblich, um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen leichter durchsetzen zu können. Letztere werden von den der Sozialpartnerschaft verpflichteten Gewerkschaften als zumutbare Gegenleistung der ArbeitnehmerInnen für die in Aussicht gestellte Arbeitsplatzsicherung gebilligt. Eine unnachahmbare Kunst stellt dabei jedes Mal der Verkauf schlechterer Tarifabschlüsse durch die Gewerkschaftsführungen an die Belegschaften dar, die geradezu als „Meilensteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung“ gefeiert werden. Die Informationsveranstaltungen der Betriebsräte dazu offenbaren ihre nahezu schauspielerischen Talente.

Die Dynamik des Volkswagen-Konzerns auf internationaler Ebene stieg im letzten Jahrzehnt immens an und richtete sich zum einen am lokalen Absatzmarkt und den Produktionskosten aus. Andererseits lassen sich auch Reaktionen auf das Verhalten der jeweiligen Belegschaft erkennen. Zusammen mit den etablierten Gewerkschaften wurden Arbeitskämpfe unterwandert, die Belegschaften gespalten und vermeintliche Rädelsführer eingeschüchert. Beispiele dafür sind die Streiks in den Volkswagenwerken Südafrika, Brasilien oder bei Seat in Barcelona. Im spanischen Volkswagenwerk Pamplona hingegen bilden basisdemokratische Gewerkschaften kämpferischer ArbeiterInnen eine klare Front gegen die Aufspaltungsversuche von Unternehmensleitung und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären. Langfristig ist das Unternehmen versucht, diese Standorte aufzugeben und neue Produktionen mit ArbeiterInnen aufzubauen, die nicht in revolutionären Gewerkschaften organisiert sind. So dürfen beispielsweise in Pamplona nur ArbeitnehmerInnen eingestellt werden, die Mitglied in einer dem Unternehmen wohlgesinnten Gewerkschaft sind. Erst wenn jemand im Arbeitsverhältnis steht, gibt es wieder die Möglichkeit für einen Wechsel.

ferischer ArbeiterInnen eine klare Front gegen die Aufspaltungsversuche von Unternehmensleitung und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären. Langfristig ist das Unternehmen versucht, diese Standorte aufzugeben und neue Produktionen mit ArbeiterInnen aufzubauen, die nicht in revolutionären Gewerkschaften organisiert sind. So dürfen beispielsweise in Pamplona nur ArbeitnehmerInnen eingestellt werden, die Mitglied in einer dem Unternehmen wohlgesinnten Gewerkschaft sind. Erst wenn jemand im Arbeitsverhältnis steht, gibt es wieder die Möglichkeit für einen Wechsel.

### Situation hierzulande

An den deutschen Standorten der Automobilindustrie hat die zentralistische DGB-Gewerkschaft IG Metall die Fäden in der Hand. Alternative Betriebsräte werden vom Informationsfluss und bei Entscheidungen ausgeschlossen, andere Gewerkschaften auf Betriebsveranstaltungen verbal angegriffen, Nichtmitglieder belächelt bis gemobbt. Nichtsdestotrotz wächst der Unmut in den Belegschaften ebenso wie die Austrittsrate aus den Einheitsgewerkschaften. Basisdemokratische Betriebsgruppen bilden sich bei Volkswagen genauso wie bei Opel. Der letzte Streik im Opelwerk hat gezeigt, dass Unternehmen und Gewerkschaftsfunktionäre machtlos bei der Ergreifung der Initiative durch die ArbeiterInnen zuschauen müssen. Meistens demokratisiert die durch Mainstream-Medien geprägte öffentliche Meinung das Selbstbe-

wusstsein der im Arbeitskampf befindlichen ArbeiterInnen. Der Rückhalt in der Bevölkerung wird heruntergespielt, Gewerkschaftsfunktionäre übernehmen die Aktionen und bremsen ihre Dynamik aus.

Um es gar nicht erst soweit kommen zu lassen, wird an einem Standort die Belegschaft im Vorfeld gespalten. In Wolfsburg gibt es neben den unterschiedlichen Hausrufen Arbeitsverhältnisse bei eigens gegründeten Tochtergesellschaften wie Autovision, WobAG oder Auto5000. Durch die unterschiedlichen Arbeitszeiten und -löhne kommt es zu Rivalitäten innerhalb der Belegschaft. Darüber hinaus spielt der künstlich erzeugte Wettbewerb zwischen den Schichten oder Teams, aber auch die Anfeindungen aufgrund verschiedener Vergünstigungen zwischen Angestellten, TechnikerInnen und FacharbeiterInnen eine große Rolle für die Unfähigkeit der ArbeiterInnen, sich gemeinsam zu organisieren.

Dass es Perspektiven für einen gemeinsamen und internationalen Kampf gibt, hat die Demonstration in Brüssel gezeigt, an der ArbeiterInnen europäischer Volkswagen-Standorte und anderer Automobilhersteller, verschiedene linke Gruppen, Angehörige sowie sich solidarisch zeigende Menschen teilnahmen. Der persönliche Kontakt der ArbeiterInnen untereinander sowie die revolutionäre basisdemokratische Arbeit innerhalb der Betriebe sind die wesentlichen Aufgaben im heutigen internationalen Klassenkampf.

faust (Allgemeines Syndikat Hannover)



# US-Army: Mit Taft-Hartley gegen Arbeiter

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will

Seit dem 05.10.06 befinden sich laut Financial Times Ltd ca. 17.000 ArbeiterInnen der Goodyear Tire and Rubber Company in den USA und Kanada im Streik. Laut Pressemeldungen war der Auslöser die Ankündigung des Konzerns, ein Werk in Texas mit hohem gewerkschaftlichem Organisations-

grad zu schließen, und der Plan, die ArbeiterInnen zukünftige Erhöhungen der Kosten der Gesundheitsversorgung komplett tragen zu lassen. Seit Beginn des Streikes versucht Goodyear die Produktion mit Angestellten, „salaried workers“<sup>1)</sup> und Zeitarbeitern aufrecht zu erhalten. Dabei gehen die Angaben

über die Effektivität dieser Maßnahmen weit auseinander. Laut Pressesprecher des Konzerns liegt die Produktion im Schnitt bei 50% der normalen Produktion, im Werk in Kansas, wo die Reifen des Humvee-LKWs<sup>2)</sup> für das US-Militär produziert werden, gar bei nahezu 100%. Dem Vorsitzenden des Militärausschusses im Repräsentantenhaus, Duncan Hunter, zufolge hat der Streik die Produktion allerdings um ca. 35% einbrechen lassen, und laut Stahlarbeitergewerkschaft USW (United Steelworkers) ist in den bestreikten Werken die Produktion um ganze 80% zurückgegangen. Bisher kostet der Streik den Konzern 30-35 Mio. USD an operativem Gewinn. Trotzdem könnte Goodyear ihn sogar als „cash-positiven Event“ verbuchen, wenn der Streik zu früh abgebrochen wird, da die Lagerbestände nun verkauft werden.

Wie die Deutsche Bank berichtet, stelle Goodyear gegenwärtig noch 10.500 Reifen für den Humvee her, während das Militär aber monatlich 20.000 benötigte. Pünktlich zum Solidaritätstag am 16. Dezember kam aus Kreisen der US-Army die Information, dass die Produktionsrückgänge schon dazu geführt hätten, dass nur noch Truppen im

aktuellen Einsatz mit Ersatzreifen versorgt würden — und man, wenn es zu weiteren Lieferproblemen käme und die kämpfenden Truppen beeinträchtigt würden, erwäge, das Taft-Hartley-(Streikverbots-)Gesetz anzuwenden, da der Goodyear-Streik die nationale Sicherheit der USA bedrohen würde.

Rudolf Mühland & Aswad

<sup>1)</sup> „Salaried workers“ bezieht sich auf Mitarbeiter, die ein Festgehalt bekommen, gleich wieviel Stunden sie arbeiten. Das betraf früher nur Manager und höhere Angestellte, wird aber jetzt auf ein viel breiteres Spektrum von Angestellten und Arbeitern angewendet. Teilweise geschieht das, um unbezahlte Überstunden aus den Leuten rauszupressen, aber auch, um sie künstlich als Vorarbeiter aufzuwerten, da diese nach der US-Gesetzgebung nicht bei den gewerkschaftlich erreichten Lohnabschlüssen einbezogen werden.

<sup>2)</sup> Diese LKW werden vom US-Militär u.a. im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Außerdem finden sie bei anderem militärischem Equipment (zum Beispiel bei Flugzeugen) Verwendung.



# struggle ['strʌgl]

## NACHRICHTEN VON DER KLASSENFRONT

### Polen: Demo gegen Gewerkschaftsdeal

Am 17. Dezember protestierten polnische AnarchistInnen vor der Hauptpost in Warschau gegen einen Deal der großen Gewerkschaften mit den Bossen. Im November war es in mehreren Postzentren zu wilden Streiks gekommen, in deren Verlauf die ArbeiterInnen Lohn-erhöhungen von rund 175,- Euro pro Monat, Achtstundenschichten und die Bezahlung der Überstunden gefordert hatten. Sofort stürzten sich mehrere Gewerkschaften auf die Sache und verwandelten den wilden Streik in einen gewerkschaftlich kontrollierten. Sie schlossen einen neuen Tarifvertrag ab, der Lohn-erhöhungen von rund 25,- Euro pro Monat vorsieht. Als großer Erfolg wurde eine jährliche Einmalzahlung von 150,- Euro verkauft. Dabei wurde dezent verschwiegen, dass es sich dabei lediglich um die Umwandlung von bereits zuvor ausgegebenen Warengutscheinen in Geld handelte. Da die Geldleistung höher besteuert wird, haben die ArbeiterInnen unter dem Strich nun sogar weniger. Auch an anderen Punkten haben die Gewerkschaften Verschlechterungen ausgehandelt. Der Protest vor der Warschauer Hauptpost diente dazu, die Öffentlichkeit über die Machenschaften der Gewerkschaften zu informieren und diejenigen KollegInnen zu unterstützen, die die neuen Verträge nicht annehmen wollen.

### Indien: Generalstreik in Kerala und West-Bengalen

Mitte Dezember brachte ein Generalstreik in den beiden indischen Bundesstaaten Kerala und West-Bengalen das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen. Anlass für den Generalstreik war der Protest gegen Privatisierungen, arbeiterfeindliche Arbeitsgesetze, steigende Preise und niedrige Löhne. Der öffentliche Nahverkehr stand still, Dutzende Flüge wurden abgesagt, fast alle Züge blieben in den Depots und die meisten Banken und Geschäfte waren geschlossen. Es gab mehrere Demonstrationen; tausende von Polizisten waren auf den Straßen. In vielen Callcentern, besonders denen, die für internationale Kunden arbeiten, waren die ArbeiterInnen zuvor von den Bossen aufgefordert worden, die Nacht in den Firmen zu verbringen.

### China: Streik im Safaripark

In Shenzen sind am 7. Dezember 400 ArbeiterInnen in einem Safaripark in den Streik für bessere Löhne, gegen Entlassungen und gegen das korrupte Management getreten. Der Park musste schließen, nachdem zu Schichtbeginn kein einziger der Beschäftigten zur Arbeit erschienen war und sich stattdessen 100 als Streikposten vor dem Eingang postiert hatten. Am darauf folgenden Freitag griffen 70 Polizisten die ArbeiterInnen an, die zu hunderten ein Sit-In abhielten und überall im Park Schilder anbrachten. Nachdem im Laufe des Jahres der Aktienkurs der Firma eingebrochen war, waren im Oktober 25 ArbeiterInnen entlassen worden, wurden Überstundenzuschläge gekürzt und Sozialversicherungsprämien zurückgehalten. Die Situation explodierte, als bekannt wurde, dass gleichzeitig zehn Managern ihr Ausscheiden mit Abfindungen von jeweils rund 12.000,- Euro versüßt worden war.

### Kanada: „Massenepidemie“ in Krankenhaus

Wegen eines Streikverbots kam es am 24. November in den Radiologien und Laboratorien von fünf Krankenhäusern im kanadischen Cape Breton Distrikt zu einer „Massenepidemie“. 125 ArbeiterInnen hatten sich an diesem Tag auf einen Schlag krank gemeldet. In den betroffenen Krankenhäusern konnten weder Röntgen- noch Ultraschallaufnahmen gemacht werden. Das Labour Relations Board des Bundesstaates Nova Scotia versuchte daraufhin vergeblich, die krank gemeldeten ArbeiterInnen per Verfügung zurück an die Arbeit zu zwingen. Angeblich handele es sich um ein „Sick-In“ und damit um eine Form wilden Streiks. Hintergrund der „Epidemie“ war eine Auseinandersetzung um Löhne, weil man den ArbeiterInnen eine ausgehandelte Lohn-erhöhung von 15% über drei Jahre verweigert hatte.

### Niederlande: Wilder Streik im Terminal

Mit einem wilden Streik haben Hafnarbeiter in Europas größtem Containerhafen, Rotterdam, für einige Tage die Abfertigung durcheinander gebracht. Der Streik fand bei der Firma „European Container Terminals“ (ECT) statt. Die Firma mit 2.000 Beschäftigten gehört zur „Hutchinson Port Holdings“ mit Sitz in Hongkong. Der Ausstand richtete sich u.a. gegen immer unkalkulierbarere Arbeitszeiten und Arbeitshetze. Die Abfertigung der Container (normalerweise rund 70.000 pro Woche) bei ECT kam praktisch zum Stillstand. Der Geschäftsführer, Jan Westerhout, erklärte gegenüber der Presse, das man zwar versuche, die Beladung der LKWs zu gewährleisten, dass man aber praktisch niemanden finde, der arbeiten wolle. Er äußerte sich sehr erzürnt darüber, dass die Arbeiter sich nicht an eine Vereinbarung halten wollten, die jüngst mit der Gewerkschaft ausgehandelt wurde und eine flexiblere Zeitplanung vorsah. „Man will im Hafen von Rotterdam das Wort Flexibilität nicht hören“, sagte Westerhout, „das haben die anscheinend irgendwo tief in ihren Genen“. Die Führung der Gewerkschaft, welche die Vereinbarung abgeschlossen hatte, sagte, man würde den Streik nicht unterstützen, könne aber auch wenig dafür tun, ihn zu beenden.

### USA: Erster wilder Streik bei Wal-Mart

Mitte Oktober kam es in einem Wal-Mart in Hialeah Garden im US-Bundesstaat Florida zum ersten wilden Streik in der Geschichte des Konzerns. 200 ArbeiterInnen, nahezu die gesamte Schicht, verließ das Einkaufszentrum um neun Uhr morgens. Anlass für den Streik ist ein ganzes Bündel von Verschlechterungen, die die Konzernleitung durchsetzen wollte. Dazu gehört u.a. die Reduzierung der Arbeitszeit für etliche Beschäftigte und die Forderung, dass die ArbeiterInnen 24 Stunden auf Abruf bereitstehen sollen und sofort zur Arbeit zu erscheinen hätten, wenn ein Computerprogramm in der Wal-Mart-Zentrale die Schichten und die individuellen Stundenaufteilungen berechnet und zusammengestellt hat. Noch am Nachmittag standen rund 50 ArbeiterInnen vor den Eingängen und zeigten handgemalte Plakate, auf denen zu lesen stand: „Wal-Mart, wir sind Menschen und wir verlangen Respekt!“ Zeitgleich mit dem Streik, zu dem keine Gewerkschaft aufgerufen hatte, wurde der Konzernleitung ein Fax mit Forderungen übermittelt, das von nahezu allen ArbeiterInnen namentlich unterschrieben war. Nach ersten Informationen machte Wal-Mart als Ergebnis des Streiks eine Reihe von Zugeständnissen, ein genaues Ergebnis ist uns allerdings noch nicht bekannt. Wenige Tage nach dem Streik wurde Wal-Mart in einer anderen Sache von einem Gericht zur Zahlung von 72 Millionen US-Dollar Schadenersatz für entgangene Pausen verurteilt, die ArbeiterInnen in Wal-Mart-Märkten in Philadelphia zwischen 1998 und 2006 nicht nehmen durften.

## Alter Wein in neuen Schläuchen

Italien hat zwar nunmehr eine neue Regierung, doch die Politik des Sozialabbaus bleibt die gleiche

Mit einiger Katerstimmung blicken wir hierzulande noch zurück auf die Ablösung der Regierung Kohl durch Rot-Grün und die bittere Pille, die die hiesige Arbeiterschaft vor allem durch Hartz IV, die Senkung der Reallöhne sowie die immensen Erhöhungen der Renditen großer Konzerne zu schlucken bekommen hat. Einen ähnlich enttäuschenden Umzug vom Regen in die Traufe haben nun – mit Antritt der Mitte-Links-Koalition um Romano Prodi – die italienischen ArbeiterInnen und Arbeiter hinter sich.

Die italienischen Basisgewerkschaften ließen sich von diesem Etikettenschwindel jedoch wenig beeindrucken und riefen am 17. November den Generalstreik aus.

So ähnlich die Situationen nach den Regierungswechseln in Deutschland und Italien von Mitte-Rechts nach Mitte-Links teils auch sein mögen, so unterschiedlich sind sie doch zur gleichen Zeit. Oft wurde nach dem knappen Wahlsieg Prodis davon gesprochen, dass Italien nach der Wahl so gut wie in zwei Teile – Mitte bis extreme Rechte und Mitte bis extreme Linke – gespalten sei. Um die Verwirrung in der öffentlichen Meinung zu noch verstärken, kommt hinzu, dass sich über all die Jahre unter dem Regime des Cavaliere Berlu-

schen Linken Italiens, sowie die Unfähigkeit ebendieser, Lösungen für die Probleme der arbeitenden Klassen in Zeiten eines entfesselten Kapitalismus zu bieten, und schnell wurde der Ruf nach dem starken Mann laut. Die parlamentarische Linke verstand es jedoch auch nicht, nach der ersten Niederlage Berlusconi an Vertrauen zurück zu gewinnen, und der Cavaliere bekam seinen zweiten Auftritt, um die Probleme des Landes anzupacken.

Die Lösungsrezepte, die spätestens ab 2001 ins Spiel gebracht wurden, dürften vielen hierzulande wie „alte Bekannte“ in den Ohren klingen: Flexibilisierung des gesamten Arbeitsmarktes, Förderung von Zeit- und Leiharbeit sowie des Niedriglohnsektors, Arbeit auf Abruf, Senkung der Reallöhne und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, um nur einige Beispiele zu nennen. Was hier die sog. Hartzgesetze sind, wurde in Italien unter dem Namen Legge Biagi (Biagi-Gesetz) verabschiedet, um Europa bis zum Jahr 2010 international wettbewerbsfähig zu machen. Was allerdings wenige wissen, ist, dass eben dieses Biagi-Gesetz bereits von der Mitte-Links-Regierung vor Berlusconi Wiederwahl auf den Weg gebracht wurde.

So verwundert es weit weniger, dass es –



Demonstration in Ancona

sconi offensichtlich fast niemand in Italien offen dazu bekannte, eben diesen überhaupt jemals gewählt zu haben, und dass die neue Regierung gleich mit einem Generalstreik der Basisgewerkschaften in ihrem Amt begrüßt wurde. Dies scheint um so ungewöhnlicher, da Romano Prodi doch als Zugeständnis so geschickt die Schlüsselposition des Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer mit dem ehemaligen Linksgewerkschafter und vermeintlichen Linksaussen seiner Koalition, Fausto Bertinotti (Partito della Rifondazione Comunista), besetzt hat, der schon zu Oppositionszeiten als Bindeglied zwischen der parlamentarischen und Teilen der ausserparlamentarischen Opposition fungierte.

Um diese vermeintlich verworrene politische Situation zu verstehen, empfiehlt es sich, einen Blick in die jüngste Geschichte Italiens zu werfen. Denn: Für den einen oder die andere mag der Spruch, jede Partei – egal ob links oder rechts – vertrete früher oder später lediglich die eigenen Interessen, recht abgedroschen klingen; für Italien erweist er sich jedoch noch zutreffender als für die große Koalition in Deutschland.



So war einer der Gründe für die erste Wahl Berlusconi eine Anzahl von Korruptionsskandalen und Spaltungen in der parlamentari-

auch wenn die drei großen italienischen Gewerkschaftsföderationen CGIL, CISL, UIL stramm an der Seite der neuen Regierung stehen – an der Basis weiter gärt und beträchtliche Teile der italienischen ArbeiterInnen und Arbeiter der gesamten politischen Klasse mit Argwohn und Mißtrauen gegenüber stehen.

Also riefen die Basisgewerkschaften COBAS, UniCobas, CUB und unsere anarchosyndikalistische Schwestergewerkschaft USI-AIT am 17.11. diesen Jahres einen gemeinsamen Generalstreik für sichere und feste Arbeitsverhältnisse, für das Recht auf ein lebenssicherndes Einkommen, für die Sicherung der Renten und gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters, für die Sicherung des Sozialstaates und gegen den Ausverkauf des Sozialwesens (öffentlicher Dienst, Krankenversicherung etc.), gegen das Einfrieren der Reallöhne, gegen die neuen Haushaltspläne sowie für drastische Kürzungen des Etats für das italienische Militär und gegen die Beteiligung Italiens an den Kriegen dieser Welt aus.

Neben einer regen Beteiligung am Streik (italienweit etwa 1.500.000) gab es landesweit etwa 300 Demonstrationen (u.a. in Florenz, Ancona, Bari, Neapel, Bologna, Celle Ligure, Genua, Mailand). Allein in Mailand gelang es, 10.000 Streikende auf die Straßen zu bringen.

So sehr der Technokrat und Europapolitiker Prodi von den anderen EU-Regierungen auch als Hoffnung für das Projekt 2010 angesehen werden mag, so schwer wird er es wohl in seinem eigenen Land haben. Denn was sich hierzulande lediglich als heiße Luft entpuppt hat, ist jenseits der Alpen zwar ein später, aber umso heißerer Herbst geworden. Und wo sich hierzulande das Nichtstun in den Führungsetagen der Zentralgewerkschaften in alter Tradition fortgesetzt hat, ist dort das dolce far niente zum politischen Statement geworden.

### Alle nach Paris zur internationalen syndikalistischen Konferenz I-07

Nach den Industriekonferenzen in San Francisco (I-99) und Essen (I-02) ergreift nun die französische CNT die Initiative und lädt alle Organisationen, Gruppen, Netzwerke und AktivistInnen, die bereits an den vorangegangenen Konferenzen teilnahmen, sowie alle anderen Interessierten zum I-07 (vom 28. April bis 1. Mai 2007) ein. Mehr in der DA 180.

### CNT-E soll 2,5 Millionen Euro erhalten

Die CNT-E soll während der ersten Phase der Rückgabe des historischen Gewerkschaftsvermögens endlich als Entschädigung 2.458.925,70 Euro sowie drei ihrer ehemaligen Immobilien erhalten. Die sozialdemokratische UGT soll nach dem gleichen Beschluß des Ministerrates 148.961.233,84 Euro und 26 Immobilien erhalten. Die CNT-E fühlt sich durch dieses eklatante Missverhältnis über den Tisch gezogen.

### Argentinien: Dringende Solidarität mit TelefonarbeiterInnen

Die TelefonarbeiterInnen von Buenos Aires beanstanden seit langem die Situation ihrer GenossInnen in den ausgegliederten Betrieben, d.h. den von Telefónica und Telecom beauftragten Betrieben, die diverse für die Telekommunikation notwendige Aufgaben durchführen. Die ArbeiterInnen der ausgegliederten Betriebe haben nicht dieselben Rechte wie die ArbeiterInnen von Telefónica und Telecom, obwohl sie Aufgaben im selben Tätigkeitsbereich durchführen. Mehr: fau-duesseldorf.org

### Das Erwachen des Klassenkampfes in Bangladesch

In Bangladesch setzt sich ein immer größer werdender Teil von Arbeitern (Bauern ohne Grund und Boden, Fabrikarbeiter der Textilindustrie, LehrerInnen) für anständige Lebensbedingungen und für soziale Gerechtigkeit ein. Mehr: fau-duesseldorf.org

**Eyal Rozenberg (Israel)**

Im August und September 2006 reiste der israelische Anarchist Eyal Rozenberg durch Teile Europas und hielt – vor allem auf Einladung diverser FAU-Ortsgruppen – auch in Deutschland mehrere Vorträge über die Situation im Nahen Osten und die Lage emanzipatorischer Bewegungen dort. Obwohl in München keine Veranstaltung zustande kam, hat die OG München die Gelegenheit genutzt, um ein Interview mit Eyal zu führen. Mehr: [fau-duesseldorf.org](http://fau-duesseldorf.org)

**Erklärung der CNT-E und der USI zu Oaxaca**

Dokumentation der Erklärungen der CNT-E und der USI zur aktuellen Repressionswelle in Oaxaca/Mexiko unter [fau.org](http://fau.org).

**Impel-Tom hat Aktivisten der Inicjatywa Pracownicza gefeuert**

Das Unternehmen Impel-Tom hat drei Aktivisten der Inicjatywa Pracownica (ArbeiterInnen-Initiative) gefeuert, weil sie vor Gericht laut und offen über die illegalen Aktivitäten des Arbeitgebers gegenüber ihrer Gewerkschaft gesprochen haben. Mehr: [fau.org](http://fau.org)

**StudentInnenproteste in Serbien**

Im Dezember blockierten StudentInnen der Universität von Belgrad mehrere Tage lang das Gebäude der Philosophischen Fakultät. Ein kurzer Überblick über die StudentInnenproteste in Serbien und Analysen mit interessanten Details werden später herausgegeben. Mehr: [fau.org](http://fau.org)

**Anzeige**

**13. JANUAR 2007**  
BERLIN  
BEI 11.00 UHR, UM 11.15 UHR  
MESA DER  
TECHNISCHEM UNIVERSITÄT BERLIN  
KARDENBERGSTR. 34 (STERNPLATZ)  
1. - 8. UHR 10245/10246/10247/10248

**XII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ 2007**

**DAS GEHT ANDERS. UNITED, UNIDO, VEREINT.**

**WORIN UNSRE SCHWÄCHE BESTEHT**

**G 8 WARM UP**

**jungeWelt Cuba.si**

# Die Masken sind gefallen

**Griechenland: Vergewaltigung im Paradies**

Sonne, Meer, idyllische Buchten, Strandtavernen, malerische Dörfer, Gastfreundschaft. Dass dieses Ideal aus dem Reisekatalog nicht für alle Fremden in Griechenland Gültigkeit besitzt, konnte dem aufmerksameren Teil der griechischen Bevölkerung in den letzten Jahren nicht verborgen bleiben.

Zu häufig waren die fremdenfeindlichen Ausschreitungen ganzer Dorfgemeinschaften, die mit vereintem Volkswillen die „drekigen Albaner“ oder „die klauenden Ausländer“ aus ihren Dörfern verjagten. Zu breit der rassistische gesellschaftliche Konsens, der Ausländer in gut – die bezahlenden Touristinnen – und schlecht – die Arbeitsmigranten – einteilte. Wie ekelnerregend und manchmal lebensgefährlich das Gemisch aus Rassismus, Sexismus, Patriarchat, Stolz und der Verteidigung der Dorflehre ist, welches in den abgelegeneren Regionen Griechenlands bis heute überdauert hat, zeigen die Ereignisse der letzten zwei Monate in Amarnthos, einem Dorf auf der Insel Euböa.

**Das Verbrechen**

Während sich die Lehrer nach sechswöchigem erfolglosem Streik Mitte Oktober geschlagen geben (DA Nr. 176/178), gehen die Universitäts- und Schulbesetzungen gegen die geplante Bildungsreform der konservativen Regierung erst mal weiter. Auch die Schule in Amarnthos ist zu dieser Zeit verbarrikadiert. Während der Besetzung wird eine 16-jährige Schülerin bulgarischer Abstammung von vier ihrer Mitschüler auf der Schultoilette vergewaltigt, vier Klassenkameradinnen schauen zu und filmen die Tat mit ihren Handys. Die Mutter des Opfers erstattet Anzeige, die Täter und ihre Eltern behaupten, „die Hure ist doch eh mit jedem ins Bett“ und habe alles freiwillig mitgemacht. Es riecht nach Sex and Crime, das verkauft sich gut, und so belagern diverse Fernsehsender das Dorf. Unterbrochen von Live-Schaltungen ans Schultor finden Abend für Abend Diskussionsrunden so genannter Fachleute im Fernsehen statt. Dort wird über „die Gewalttätigkeit der Jugend“ oder „die sexuelle Zügellosigkeit unserer Kinder“ schwadroniert. Immer wieder dazwischengestreut angebliche Handyfilmchen mit Pornoaufnahmen.

Auf Grund der Pogromstimmung im Dorf flüchten Mutter und Tochter nach einigen Tagen nach Athen. Staatspräsident Papouli-

as – ein ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer, der im Zweiten Weltkrieg zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurde – schaltet sich ein und spricht von schlimmen rassistischen Auswüchsen, die in letzter Zeit sowohl in der griechischen Gesellschaft als auch in der Berichterstattung von Teilen der Medien um sich greifen. Er appelliert an alle, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, und erinnert speziell die Medien an ihre Verantwortung. Volkes Stimme jedoch tendiert eindeutig in Richtung „Sexorgie“, nach dem Motto: „Die haben das doch alle so gewollt!“

**Knüppel, Spaten, Hacken**

Am 19. November demonstrieren ungefähr 120 Frauen und Männer der anarchistischen



Bewegung in Amarnthos. Sie wollen ihrer Wut über die Vergewaltigung sowie die folgenden rassistischen und sexistischen Reaktionen der griechischen Gesellschaft und großer Teile der Linken Ausdruck verleihen. Angriffsziel der Demonstration ist auch der scheinbare Konsens der Dorfgemeinschaft, die „in ihrer Gesamtheit das Verbrechen gutheißt, indem sie die Täter schützt und das Opfer zur Schuldigen macht“. Auf mögliche Provokationen der Dorfbewohner will man nicht eingehen. Die aus Thessaloniki und Athen mit zwei Bussen angereisten DemonstrantInnen verteilen Flugblätter, rufen und sprühen Parolen. Nach eigener Einschätzung sind die für den Stand der antipatriarchalischen Diskussion in Griechenland – auch innerhalb der Szene – durchaus revolutionär zu nennen. „In dieser Gesellschaft endet das

Patriarchat im Puff und beginnt in der Schule“ und bezogen auf die fremdenfeindliche „Ausländer (Fremde) raus“-Parole „Fremde sind nicht die Migranten, sondern die Vergewaltiger und ihre Unterstüztzer“, oder auch der alte feministische Slogan „Vergewaltiger sind keine besondere Rasse, sondern ganz normale Männer!“ Das nationalistische Dorfdenkmal, das der „toten Helden“ gedenkt, die sich im Bürgerkrieg der „kommunistischen Gefahr“ entgegengestellt haben, wird in ein „Denkmal der von griechischen Kleinbürgern ermordeten Migranten“ umgestaltet.

Ein Demonstrant berichtet: „Während die Parolen gesprüht wurden, nahmen die Pöbeleien der Dorfbewohner zu.“ Diese beziehen sich jedoch nicht auf die Parolen, sondern auf die Vergewaltigung an sich, über die mittlerweile Sprüche in der ersten Person

Plural zu hören sind. „Gut, wie wir's ihr gegeben haben“ und „die hätten wir bis ins Rückenmark ficken sollen“. Während die Demo weiterzieht, kommt es zu ersten körperlichen Angriffen. „Vor allem die Frauen wurden übelst beschimpft. Groß und Klein stand auf den Balkonen, alle haben gepöbelt. Aber das war erst der Anfang.“

Kurz später wird bekannt, dass die Busse nicht mehr auf dem Parkplatz warten, sondern aus dem Dorf gejagt wurden. „Mittlerweile beeilten wir uns, wegzukommen. Ungefähr hundert Meter hinter dem Dorfausgang haben sich dann die ersten Dorfbewohner gesammelt. Mit Knüppeln, Spaten, Hacken, Eisenketten und Speißen. Von weitem sah es aus wie eine parastaatliche Gruppe. Sie fing an, Steine zu schmeißen, wir gingen weiter, und die Panik wurde langsam

größer. Dauernflogen Steine, wir versuchten sie mit unseren Fahnen abzuwehren. Die Menge vor uns wurde ständig größer, die hinter uns kam langsam näher. Die Beschimpfungen und Bedrohungen den Frauen gegenüber wurden immer ekelnerregender.“

**„Ihr kommt hier nicht lebend raus“**

Die Steine fliegen aus immer kürzerer Distanz, und die ersten DemonstrantInnen werden am Kopf getroffen. Einer geht ohnmächtig zu Boden. „Die Genossen haben ihn hochgezogen und mitgeschleppt, und dann fing sie an, mit Knüppeln auf uns einzuschlagen. Wir verteidigten uns so gut es ging.“

Gespräche sind nicht möglich, es scheint keine Chance zu geben, die völlig durchdrehenden Männer irgendwie zu beruhigen. „Die wollten Rache nehmen. Je mehr einer versuchte, sich zu verteidigen, desto wilder prügelten sie auf ihn ein.“ „Ihr kommt hier nicht lebend raus!“

Unter ständigen Schlägen und einem Hagel von Steinen – einzelne werden zu Boden geschlagen und dann zusammengetreten – versuchen die GenossInnen zu entkommen. „Die ganze Demo rannte nur noch.“ Erst nach mehr als zwei Kilometern erreichen die Flüchtenden die wartenden Busse, sie werden bis zuletzt verfolgt. Unter Flüchen und Gebrüll fahren die Busse los, während noch die Letzten hineinspringen. „Bald merkten wir, dass einige fehlten. Die wurden zum Glück von den Bullen aufgesammelt und später zu den Bussen gebracht. Der Alptraum war vorbei. Wir waren alle total schockiert von dieser mörderischen, vernichtenden Raserie.“

Von den 120 DemonstrantInnen sind am Ende des Tages über 60 mehr oder weniger schwer verletzt. Platzwunden, Arm-, Schulter-, Handbrüche, Stauchungen. Es ist reiner Zufall, dass niemand erschlagen wurde. Dem Großteil der griechischen Presse sind die mordlustigen Angriffe keine Meldung wert. Wenn in Randspalten doch über das widerliche Geschehen berichtet wird, sind „anarchistische Provokationen“ für die „Auseinandersetzungen“ verantwortlich. Das Boulevardblatt „Espresso“ berichtet über die „kämpferische Stimmung“ im Dorf und zeigt mit Knüppeln bewaffnete Dorfpattouillen, die nachts Wache schieben, um „Strafaktionen der Anarchisten“ abzuwehren. „Wenn die nachts kommen, schlagen wir sie tot“, wird ein „Dorfschützer“ zitiert. Doch wer will schon noch nach Amarnthos! Auf Indymedia Athen rufen Frauen zum Urlaubsboykott von Amarnthos im nächsten Sommer auf.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

# MWR: The sexiest rebellion ever

**Über die Selbstorganisation eines Haufens ungebildeter, fauler, betrunkenen Taugenichtse und die Rolle des Internets dabei**

*McDonald's Workers Resistance (MWR) – diesen Namen gab sich 1999 eine Gruppe junger McDo-ArbeiterInnen in Glasgow (Schottland). Mit der Zeit schlossen sich andere Gruppen in Großbritannien (UK) und im Ausland an. Bis die Bewegung 2004 an Elan verlor und die ursprüngliche Gruppe sich auflöste, umfasste sie Hunderte ArbeiterInnen, die sich selbst als „apolitisch“ oder politisch uninteressiert bezeichneten – aber die meisten unterstützten den konfrontativen Kurs der Glasgower Gruppe. Dieser Versuch, gering qualifizierte ArbeiterInnen mit Hilfe des Internets zu organisieren, sammelte wichtige Erfahrungen und begründete gegen alle Widrigkeiten auch bei McDonald's eine Widerstandstradition. Die Erfahrungen von MWR sollen als Anregung für ArbeiterInnen dienen, die sich v.a. im Niedriglohnsektor zusammenschließen und für ihre Würde kämpfen wollen, wie auch andere vor ihnen gekämpft haben. Just do it!*

Revolution scheint eine sehr vertrackte Ange-

legenheit zu sein. Einige Sachen sind immerhin ziemlich klar: Die Machtbeziehungen liegen nicht in Händen der Regierungen oder „auf der Straße“, sondern sind verstreut in der Gesellschaft, in wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Die Transformation ökonomischer Beziehungen wird effektive selbstorganisierte Strukturen der Arbeiterklasse in der Wirtschaft erfordern; diese Strukturen müssen sich in der Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen bewähren, schaffen so Vertrauen und versetzen die Arbeiterklasse vielleicht einmal in die Lage, kollektiv zu produzieren und zu verteilen. Der Gedanke, dass diese Strukturen „spontan entstehen“ werden, ist hohl.

Nun, ich sehe ein, dass diese Strukturen nur in gewissen Zeiten vorankommen und zu anderen Zeiten in der Defensive sein werden. Und ich weiß nicht, welche Form diese Strukturen annehmen werden oder sollten. Vielleicht sollten sie formell konstituierte Gewerkschaften sein oder auch so informell wie eine Gruppe von KollegInnen, in der sich in vorhergehenden Kämpfen Solidarität entwickelt hat. Auf jeden Fall aber muss es Strukturen geben, right? Daher muss es die große, unausweichli-

che, unaufschiebbare Aufgabe eines jeden sein, der über Revolution reden will, herauszufinden, wie wir solche Strukturen aufbauen können. Und ich habe den Eindruck, dass diese Frage – die Frage, die uns nachts wach halten sollte – weniger Aufmerksamkeit erfährt als Diskussionen darüber, wie man Polizeiketten durchbricht, was in der Sowjetunion geschah, oder wer wen auf einer anarchosyndikalistischen Konferenz im Jahre 1952 brüskiert hat. Es scheint, dass wir über alles reden würden, nur um dieses Monument für die Bedeutungslosigkeit unserer Politik zu meiden.

Und ich habe keine Ahnung, wie wir diese Strukturen aufbauen. Aber wenn es mal einen richtigen Enthusiasmus geben würde, das kollektiv rauszufinden, dann wäre ich gern ein Teil davon – so wie ich ein Teil von McDonald's Workers Resistance war. MWR war ein Experiment, das den Klassenkampf in der zeitgenössischen Gesellschaft für kurze Zeit erleichtert hat. In den letzten Jahren hat es viele ähnliche und viel bedeutendere Kämpfe gegeben. An wichtigeren Bewegungen fallen mir spontan ein: die JJ Food-ArbeiterInnen, wilde Streiks der Post-ArbeiterInnen<sup>1</sup>, die Kurier-Gewerk-

schaft, die Gewerkschaft der Sex-ArbeiterInnen, das KollegInnen-Kollektiv in der U-Bahn, etc. All diese Bewegungen, Kämpfe, Strukturen verdienen Beachtung, wenn wir versuchen, den kollektiven Kampf zur Normalität unter ArbeiterInnen zu machen.

**Hauptsache Organisieren**

Während der McVerleumdungs-Verhandlung<sup>2</sup> beschrieb der Oberste Gerichtshof die Einstellung von McDonald's zu Gewerkschaften als „abgeneigt“; das ist so, als würde man einen Serienmörder als schlechten Nachbarn bezeichnen. Sie haben Tests mit Lügendetektoren durchgeführt, um Sympathien für Gewerkschaften herauszukriegen, haben ganze Filialen geschlossen, als sich die ArbeiterInnen zu organisieren begannen<sup>3</sup> und wurden wiederholt für illegale Einschüchterungsmaßnahmen gegen Organisier verurteilt. In keiner einzigen McDonald's-Filiale in der englischsprachigen Welt konnte eine Gewerkschaft Fuß fassen.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Auch wir haben es anfangs (1998) versucht und von den insgesamt 60 ArbeiterInnen 40 Unterschriften gesammelt, die unsere Gruppe als ihre Gewerkschaft anerkannten. Aber die Fluktuation ist so hoch, dass diese Taktik aussichtslos war. Wir taten das einzig Logische: Wir gaben auf.

Einige Monate später kam der Gedanke wieder auf: Verdammst nochmal, dachten wir uns, selbst wenn das Gesetz unsere Organisation nie anerkennt, heißt das doch noch lange nicht, dass wir deshalb keine haben können! In dem Maße, wie wir mehr über „normale“ Gewerkschaften erfuhren und mit ihnen einige Zeit verbracht hatten, fielen uns weitere Gründe auf, warum das kein wünschenswerter Gang für unseren Kampf ist. Aber dieses Nichtverhältnis beruht auf Gegenseitigkeit: Aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus sind die Gewerkschaften nicht daran interessiert, gering qualifizierte Arbeitskräfte mit hoher Fluktuation zu organisieren. Für gewöhnlich nannten sie McDonald's das „schwarze Loch“ aller Organisationsbestrebungen. Also ist die Frage nach den Gewerkschaften für ArbeiterInnen in vielen prekären Branchen von geringer Bedeutung.

Aus den genannten Gründen mussten wir als geheime Gruppe operieren. Das bedeutete, dass wir nur ungern öffentlich auftraten, uns fotografieren ließen, Journalisten trafen oder TV-Interviews gaben. Einige Hindernisse konnten wir umgehen: Bei Pressekonferenzen waren entweder keine Aufnahmen zugelassen oder wir trugen Masken. Aber der größte Nachteil war, dass unser Organisationsnetzwerk immer unterwandert war und wir die meisten Beteiligten nie getroffen haben. Wir waren nie in der Lage gewesen, so was wie eine Konferenz zu organisieren. Umso wichtiger waren für uns die „neuen Technologien“. Das Internet ermöglicht einen Grad von Organisation und Kontakt, der für vorhergehende Generationen einfach nicht finanzierbar gewesen wäre. Das kann eine große Hilfe sein, und ich denke, das Potenzial der ArbeiterInnenbewegung im Internet ist enorm — die Strukturen dazu werden von Leuten geschaffen, die nicht notwendigerweise politisch drauf sind. Einfache Seiten, sowas wie [www.angekottzbedienung.de](http://www.angekottzbedienung.de), können zu Strukturen kollektiven Kampfes werden.

Natürlich birgt das Netz auch Gefahren. Es ist nicht schwer, „das Netzwerk“ mit Organisation zu verwechseln. Wenn du tausend Kontakte hast, aber kein einziger in der Lage ist, am Arbeitsplatz eine Struktur aufzubauen, dann hast du tausend Mal nichts. Es handelt sich um ein Problem der Art und Weise, wie heutzutage organisiert wird. Die Leute wollen zumindest das Gefühl haben, dass sie vorankommen, und da praktisch verankerte Strukturen fehlen, gründen sie Netzwerke. Mit dem Internet kannst du für alles ein Netzwerk aufmachen. Du kannst z.B. ein Netzwerk von Wäscherei-ArbeiterInnen bilden, du findest sicherlich ein Dutzend Leute mit anarchistischen Sympathien, eine in Helsinki, einen in New York und mindestens eine in Hackney. So kriegst du das Gefühl, dass es vorangeht. Ich will diese Netzwerke nicht abqualifizieren, sie können sehr nützlich sein. Aber sie sind nur dann nützlich, wenn es darum geht, unabhängige Strukturen unter Leuten zu schaffen, die tagtäglich zusammenarbeiten.

### Mit Innovationssinn und Abenteuerlust

Wahrscheinlich war die Alterszusammensetzung der ausschlaggebende Punkt für unsere Organisation: In dieser Filiale in Glasgow bestand die Belegschaft aus Schulkindern und Schulabbrechern, die noch nicht vollkommen in ihren produktiven Rollen sozialisiert waren. Es gab auch Studierende und gering qualifizierte ArbeiterInnen, von denen viele daran gewöhnt sind, regelmäßig den Job zu wechseln. Niemand arbeitete dort, weil er oder sie „eine Wahl getroffen“ hätte, oder glaubte, es wäre ein „guter Job“.

Sicher wäre es noch härter gewesen, dasselbe Projekt in einer anderen Filiale zu starten. Zum Beispiel hatte ich auf dem Höhepunkt unseres Kampfes das Privileg, mit ArbeiterInnen in einem Londoner Laden zu sprechen, die sich organisierten. Die meisten waren erst vor kurzer Zeit eingereist, viele von ihnen illegal —

ihr Organisierungspotenzial war offensichtlich sehr viel stärker eingeschränkt als unseres.

Ohne den rechtlichen Rückhalt einer anerkannten Gewerkschaft war auch unsere Lage sehr prekär. Doch in den ersten beiden Jahren, als MWR nur in einer Filiale existierte, waren wir ganz erfolgreich damit, das Arbeitstempo runterzufahren, Bonuszahlungen sicherzustellen, gegen Mobbing vorzugehen, etc. Aber jede offene Auseinandersetzung hätte dazu geführt, dass wir alle unverzüglich auf der Straße landeten. So wurde uns eine nichthierarchische Organisation wirklich aufgezwungen: Niemand wollte der Anführer sein, der als erstes fliegt! Bevor wir je explizit organisiert aufgetreten sind, verband die ArbeiterInnen in unserer Filiale ein starkes soziales Band: Am Zahntag gingen alle ins Pub, viele freundeten sich an, verabredeten sich, und so. Als dann jemand sagte, „Wir sollten wirklich etwas unternehmen“, war das dann auch keine hohle Phrase ... und die Unruhe breitete sich in unserer inestruös kleinen Welt aus wie eine Geschlechtskrank-



heit.

Ich schätze, der springende Punkt ist: Wir kamen in die Puschen, weil Leute agitiert haben, die von KollegInnen respektiert wurden. Das ist wahrscheinlich eine Vorbedingung für jede ArbeiterInnenbewegung, die es je gegeben hat und jemals geben wird. Alles marxistische Theoretisieren wird das nicht ändern. Es war auch wichtig, dass die Leute der MWR-Kerngruppe die besten und erfahrendsten ArbeiterInnen unserer Filiale waren — bei McDonald's kannst du übrigens schon nach einer Woche als erfahrener Arbeiter gelten. Der Druck ist groß, großer Umsatz mit sehr scharf kalkulierten Arbeitskosten. Der Druck wird direkt über die Hierarchie aufgebaut, so dass unsere Vorgesetzten häufig von uns abhängig waren, um ihre eigenen Bosse glücklich zu machen. Dies half uns, einen gewissen Raum zu schaffen.

Seit 2000 machten wir eine eigene Zeitung: McSues. Es hat viel Spaß gemacht, nicht zuletzt wegen der Witze, die in der politischen Szene ziemlich für Aufruhr sorgten. Das ist wahrscheinlich unser einziges Erbstück für die revolutionäre Bewegung ... Aber im Ernst: Die Leute müssen sich das Zeug durchlesen, und dann erkennen sie auch, dass nicht nur Witze über den Kinder fickenden Ronald McDonald drinstehen — diese Art von Witzen rissen wir nunmal auf Arbeit. Ich meine, das sind Sachen, die nur in dieser Umgebung funktionieren. Wenn du DozentInnen für Literaturwissenschaft organisieren willst, würde man doch ganz anders rangehen. Man würde wahrscheinlich Zitate des Literaturwissenschaftlers Hans Mayer einbauen, oder so. Man würde versuchen, mit dem Diskurs zu arbeiten, wie er am Arbeitsplatz geführt wird. Deswegen ver-

steich die Gewohnheit nicht, Flugblätter für „die Öffentlichkeit“ zu schreiben. Es muss spezifisch sein. Ein Flugblatt für „ArbeiterInnen der Nahrungsmittelindustrie“ ist meiner Meinung nach unsinnig. Ein Flugblatt für Bäcker ist besser. Ein Flugblatt für die Bäckerei, in der du arbeitest, ist noch besser. Und ein Flugblatt für deine Bäckerei über den neuen Arbeitsschritt, der letzte Woche eingeführt wurde? Ja, dann kann das was werden!

Ich denke, es ist wichtig, dass ArbeiterInnen ihre Gedanken auf Grundlage einer bestmöglichen Analyse veröffentlichen und verteidigen. Dabei sollten sie nicht erwarten, dass der Rest der Arbeitskräfte so wird wie sie selbst. Das wurde schon in dem Artikel „Give up Activism“ thematisiert.<sup>4</sup> Einer der Punkte war, dass Aktivisten meinen, die Welt wäre in Ordnung, wenn nur jeder so werden würde wie sie. Nun, klassenkämpferische AnarchistInnen sind auf einem ähnlichen Trip. Ich denke aber, die Revolution wird von ArbeiterInnen gemacht werden, die die wirtschaftlichen Beziehungen, die

che Kontaktliste — da man von einem Yahoo-Account nur etwa 100 Emails pro Stunde versenden kann, brauchten wir einen ganzen Tag, um eine einzige Nachricht zu verschicken. Der Höhepunkt unserer Bewegung war der weltweite Aktionstag am 16. Oktober 2002. Einiges von dem, was an diesem Tag ablief, ist im Internet dokumentiert.<sup>5</sup> Ein paar der Berichte erwiesen sich als nicht ganz zutreffend, aber vier Jahre später scheint das nun auch nicht so wichtig. Es war ein großer Coup, viel größer als wir erwartet hatten, und das hat ganz schön Auftrieb gegeben. Ich dachte nicht wirklich, dass viel passieren würde, aber als ich an diesem Morgen meine Emails checkte, waren da all diese Berichte, die schon aus Australien herinkamen. Es war eine sehr aufregende Zeit. Was auch immer aktive Sabotage gewesen sein mag und was nicht, zahlreiche technische Probleme und Beispiele gewöhnlicher Inkompetenz wurden der unsichtbaren Hand des Widerstands zugeschrieben! Andere Aktionen waren weniger erfolgreich. Aber auch der 16. Oktober war nur auf symbolischer Ebene ein Erfolg.

Anfang 2003 waren einige der Leute der Ursprungsgruppe, die noch immer dabei waren, umgezogen und arbeiteten bei McDonald's außerhalb von Schottland. Unseren neuen KollegInnen erzählten wir nicht, dass wir mit MWR vertraut sind, und mussten uns von ihnen Witze anhören, die wir selbst geschrieben hatten. Um ehrlich zu sein, wir hatten auch irgendwann die Schnauze voll davon. Wir wurden älter, hatten weniger Kontakt zu den übrigen Arbeitskräften, und unser Diskurs war nicht mehr ganz der ihre. Und wir waren einfach müde — Ihr wisst ja selbst, wieviel Arbeit solche Projekte machen. Es war großartig, dass so viele Angestellte Kontakt zu uns aufgenommen haben, aber das bedeutete auch Stunden vor dem Computer. Dazu kommt noch, dass wir inzwischen sechs, sieben Jahre bei McDonald's gearbeitet hatten. Das ist eine lange Zeit. Es war Zeit, Schluss zu machen, und wir versuchten einen Nachruf zu schreiben. Ich war sehr unzufrieden, dass es so endete, und ich fühlte mich ein bisschen, als hätten wir eine Menge Zeit verplempert. Aber jetzt, mit ein paar Jahren Abstand, kann ich sehen: Ohne eine umfassendere Bewegung kann eine Initiative wie unsere immer nur ein Experiment sein.

In unserem letzten Jahr wollten wir so etwas wie eine syndikalistische Gruppe werden. Wir begannen eine wenig inspirierende und unrealistische Lohnauseinandersetzung und forderten sechs Pfund Stundenlohn als Einstiegsgehalt. Warum Lohnforderung? ... weil es genau das ist, was Arbeiterorganisationen machen, nicht wahr? Das ist ein Punkt, der häufig vernachlässigt wird, aber die Annahme, dass ArbeiterInnen am meisten an materiellen Forderungen interessiert sind, muss auf den Prüfstand. Wir wollten nicht für McDonald's arbeiten, ob sie uns nun sechs oder 20 Pfund die Stunde zahlten. Also, wie kamen wir auf die Idee, dass andere ArbeiterInnen von einer solchen Kampagne angeregt würden? Offensichtlich hängt es vom Kontext ab, was praktisch und was Quelle der Unzufriedenheit ist. Lohnforderungen können sehr wichtig sein, sie können aber auch unrealistisch und einfalllos sein.

Wir hätten im informellen Rahmen bleiben sollen und weiterhin nichts mehr als eine Inspiration sein wollen, anstatt eine einheitliche Struktur aufzubauen. Wir hätten einfach weiter Witze über den Kinder fickenden Ronald McDonald machen sollen. MWR hätte vielleicht besser überlebt als eine Strömung in der Gesamtbelegschaft, in der die Gedanken sich informell unter den ArbeiterInnen verbreiten. Aber es war auch nicht falsch, dass wir öffentlich erklärten, wie unserer Meinung nach die Zukunft aussehen sollte — das waren unsere Gedanken, und die sollten wir nicht verstecken. Das Problem war, dass wir sehr schnell politisiert wurden, unser Einfluss wuchs und wir Dinge nach vorn bringen wollten, die der Situation nicht angemessen waren. Wir scheiterten und verzweifelten daran, aus dem Interesse das wir geweckt hatten, „eine Organisation“ aufzubauen. Im Grunde genommen waren wir die revolutionärste Sektion der arbeitenden Klasse und wir traten auf der Stelle — in der Hoffnung, der Rest von Euch Wichsern würde aufholen!

Funnywump (Ex-MWR),  
nach einem Interview mit [libcom.org](http://libcom.org)  
bearbeitet von André Eisenstein

Das englischsprachige Info-Portal [libcom.org](http://libcom.org) führte im November 2006 ein Interview mit einem MWR-Gründungsmitglied. In bearbeiteter und gekürzter Form ist es hier abgedruckt. Die ungekürzte Fassung des Interviews und ergänzendes Material findet sich ab Ende Januar auf [www.fau.org/fau\\_medien/da](http://www.fau.org/fau_medien/da). Der englische Originaltext ist einzusehen unter <http://libcom.org/library/interview-with-mcdonalds-workers-resistance>

Anzeige

Nr. 35 | Herbst 06  
**arranca!**  
  
**Kopfstoß**  
Linke Unfälle auf 64 Seiten  
In jedem gut lesbaren Buchdruck erhältlich. Entwerfer: das bis vermal im Jahr. Gestaltung und Inhalt: c/o Buchladen Schwarz Hess. Preis: 3,-. Web: [www.arranca.org](http://www.arranca.org)

1 z.B. im Februar 2006 in Belfast  
2 Verfahren gegen zwei  
AktivistInnen Mitte der 1990er  
3 z.B. 2002 in Wiesbaden  
4 gekürzte Übersetzung auf  
[www.nadir.org](http://www.nadir.org)  
5 auf Englisch unter  
<http://libcom.org/library>

Anzeige

**Jungle World**  
**PROBE**  
**ABO**  
 Ich möchte die Wochenzeitung **Jungle World** vier Wochen lang für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für vier Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.  
Name, Nachname: \_\_\_\_\_  
Das Probe-Abo geht an: \_\_\_\_\_  
Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße, Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Tel./E-Mail: (Küchle) \_\_\_\_\_  
Ausfüllen und einschicken an:  
**Jungle World • Bergmannstr. 68**  
**10961 Berlin**

KULTURGUE RILLA



### Verzeichnis der Alternativ-Medien

Nach 15 Jahren liegt mit diesem Buch erstmals wieder ein öffentlich zugängliches und gedrucktes Verzeichnis der alternativen Printmedien vor.

„Alternativ-Medien sind tot“ beginnt die Einführung des „Verzeichnis der Alternativ-Medien 2006/2007“. Sie haben sich „zu Tode gesiegt“, indem ihre Anliegen zumindest teilweise in den Kapitalismus integriert wurden, und sie werden — als Printmedien — seit geraumer Zeit durch die verschiedenen Formen des elektronischen Kommunizierens und Publizierens abgelöst. Dass dieses Projekt trotzdem Sinn macht, liegt daran, dass die Entwicklung einer zweiten Generation von Alternativmedien ohne Nutzung der vorliegenden Kompetenzen und Netzwerke nicht denkbar wäre.

Die zehn redaktionellen Beiträge des Bandes widmen sich der Geschichte einzelner Medien oder den Medien einzelner sozialer Bewegungen, wie etwa der Frauenbewegung oder der Geschichte der legendären Zeitschrift Agit 883. In mehreren Beiträgen wird das Selbstverständnis und die Bedeutung alternativer Printmedien in der Vergangenheit untersucht. Hier liegt auch die einzige Schwäche des Buches, die der Herausgeber Bernd Hüttner aber in seinem Vorwort selber bemängelt. Kein Beitrag beschäftigt sich mit der Bedeutung „alternativer Printmedien“ für die Zukunft. Natürlich verweist Hüttner auf die emanzipatorische Möglichkeiten des Internets, aber ein entsprechendes Verzeichnis fehlt im Buch.

Das Wichtigste an diesem Band ist allerdings nicht der redaktionelle Teil, sondern der umfangreiche Datenanhang. Dieser enthält die Adressen und weitere Daten von 455 in Deutschland erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften. Diese dann allerdings mit Internetpräsenz. Zwei Register, statistische Daten und Materialhinweise runden diesen Teil des Nachschlagewerks ab. Ein Muss für jeden Zeitungsleser.

Bernd Hüttner (Hrsg.), Verzeichnis der Alternativ-Medien 2006/2007. Zeitungen und Zeitschriften, AG SPAK, Neu-Ulm 2006, ISBN 3-930830-77-9, 216 S., 18 Euro

# Ein Denkmal für Louis Lingg (2)

„Die Bombe“ — Frank Harris' Klassiker über die Haymarket-Affäre wiedergelesen

Mein Name ist Rudolf Schnaubelt. Ich war die Bombe, die im Jahre 1886 in Chicago acht Polizisten getötet und sechzig verwundet hat.“ Mit diesem spektakulären Bekenntnis beginnt Frank Harris' Roman über die Haymarket-Affäre von 1886. In der Fiktion löst er einen Fall, der in der historischen Realität bis heute ungeklärt ist. Der Attentäter, den er präsentiert, hat tatsächlich ein reales Vorbild, doch haben der historische Rudolf Schnaubelt und die Romanfigur kaum mehr als den Namen gemein. Allerdings geht es Harris weniger um dokumentarische Faktentreue als um psychologische Motivation. Was treibt jemanden, der alles andere als ein Fanatiker ist, dazu, eine solche Tat zu begehen? Die aufgeheizte Klassenkampfatmosphäre der Industriemetropole Chicago in den frühen 1880er Jahren mit ihren empörenden sozialen Ungerechtigkeiten liefert einen Teil der Antwort. Doch mindestens ebenso wichtig ist die Beziehung des Ich-Erzählers zum heimlichen Helden seines Buches, dem charismatischen und geheimnisvollen Louis Lingg, einem der dann im Haymarket-Prozess zum Tode verurteilten Angeklagten.

### Schnaubelt, die Liebe und die Bombe

Je weiter die Handlung voranschreitet, auf die Ereignisse des 4. Mai 1886 zusteuert, umso mehr verengt sich der Blickwinkel des Romans, wird der soziale Kontext ausgeblendet. Die Achtstundentagagitation, die schließlich in den Streiks und Demonstrationen vom 1. Mai 1886 kulminiert, schrumpft bei Harris zu einer Randepisode. Übrig bleibt ein psychologisches Kammerspiel mit vier Personen: Louis Lingg und seine Geliebte Ida Miller sowie Schnaubelt und seine Freundin Elsie Lehmann. Während Lingg und seine Gefährtin die freie Liebe leben, die emanzipierte, gleichberechtigte Paarbeziehung „ohne Trauschein“, sieht sich Schnaubelt seitens seiner Angebeteten mit dem ganzen Aufgebot bürgerlicher Konventionen konfrontiert, Besitzdenken, sozialer Egoismus, puritanische Sexualmoral. Seine Liebe zu Elsie steht für die Versuchung, sich mit dem sozialen Unrecht abzufinden und in eine kleinbürgerliche Existenz abzutauchen, während die Faszination für Lingg, das unerreichbare Vorbild in politischen wie in privaten Dingen, der Stachel ist, der seine Empörung wachhält und ihn dazu veranlasst, dessen Integrität als Orientierungspunkt für das eigene Handeln zu nehmen.

Die Schilderung von Schnaubelts „Beziehungsstress“ (von manchen Kritikern groteskerweise als „wunderbare Liebesgeschichte“ missverstanden) nimmt im Mittelteil des Buches relativ viel Raum ein, ja, zieht sich bisweilen quälend in die Länge. Das ist nicht literarischem Unvermögen des Verfassers zuzuschreiben, im Gegenteil: Durch diese Verzögerung überträgt sich die innere Spannung des Erzählers auf den/die LeserIn.

Schnaubelts Entschluss, die Bombe zu werfen, ist somit ein Befreiungsschlag, der nicht nur eine Entscheidung zugunsten Linggs herbeiführt, sondern auch für sein Privatleben unumkehrbare Konsequenzen schafft. Dass Lingg ihm beim Bombenwurf assistiert, und zwar nicht als hinterhältiger Anstifter oder böser Dämon, sondern als eine Art Mentor und moralischer Rückhalt, ist psychologisch durchaus begründet, aber historisch nicht nur falsch, sondern auch höchst unplausibel. Hätte Lingg für die Tatzeit keine Alibi vorweisen können oder wäre er gar am Tatort gesehen worden, er wäre, zumal als einziger bekennender Bombenbauer unter den acht Angeklagten, wegen Mordes und nicht wegen Verschwörung angeklagt worden. Der Prozess hätte höchstwahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen.

### Flucht nach Europa

Auf Drängen Linggs flieht Schnaubelt unmittelbar nach dem Attentat auf direktem

Wege von Chicago nach New York und von dort mit dem Schiff nach England, wo er sich unter falschem Namen unbehelligt aufhält, für die Linkspresse schreibt, Reisen nach Frankreich und Deutschland unternimmt. Die Perspektive weitet sich wieder, löst sich von der Engführung auf die unmittelbaren Hauptfiguren und konzentriert sich nun auf die Ereignisse von Chicago, den Anarchistenprozess, die Machenschaften der Justiz, das Verhalten des Angeklagten. Der Roman bekommt dadurch einen stärker dokumentarischen Charakter. Da Schnaubelt nicht mehr am Ort des Geschehens ist, sondern die Ereignisse nur aus der Presse verfolgt, besteht das Schlussviertel des Romans zu einem Gutteil aus der wörtlichen oder sinngemäßen Wiedergabe von Zeitungsberichten.

Im Unterschied dazu macht der historische Schnaubelt zunächst keinerlei Anstalt.



Rudolf Schnaubelt (rechts) im Kreis seiner Familie, Buenos Aires 1896

ten, Chicago zu verlassen. Im Gegenteil, er geht sogar am 5. Mai, dem Tag nach dem Attentat, zur Polizei, um (vergeblich) die Freilassung seines verhafteten Schwagers Michael Schwab zu erreichen. Zwei Tage später wird er selbst verhaftet, verhört und — da sich kein unmittelbarer Tatverdacht gegen ihn ergibt — wieder freigelassen. Erst dieses Verhör führt ihm den Ernst der Lage vor Augen und bringt ihn zu der Einsicht, dass es besser sei, Chicago für eine Weile zu verlassen. Seine Flucht verläuft wesentlich abenteuerlicher, um nicht zu sagen romanhafter als die seines fiktiven Doppelgängers. Er überquert zu Fuß die kanadische Grenze, irrt in den Wäldern umher, wird von freundlichen Indianern aufgenommen, verdient sich auf einer Farm in Quebec das Geld für die Schiffsreise nach Europa und trifft Ende September, Anfang Oktober 1886 in England ein, wo er einen alten Freund aus Wiener Tagen aufsucht — Josef Peukert.

Nach dem plötzlichen Verschwinden Schnaubelt schießen in der amerikanischen Öffentlichkeit natürlich die Spekulationen und Falschmeldungen ins Kraut. Mal glaubt man ihn in einer Wasserleiche in Pennsylvania, mal in einem Juwelier in Mexico-City gesichtet zu haben. Demgegenüber liegt Frank Harris' Version erstaunlich nahe bei der historischen Realität. Verfügte er als Journalist über Insiderinformationen oder hatte er einfach bemerkenswert gut geraten? Vermutlich trifft letzteres zu, denn außer der Flucht nach England und dem zeitweiligen Aufenthalt in London haben der fiktive und der reale Schnaubelt keinerlei weitere Gemeinsamkeiten. Während seiner Zeit in London erschienen zwei Briefe des realen Schnaubelt in der „Autonomie“, Peukerts deutschsprachiger anarchokommunistischer Zeitschrift, in denen er sich zu den Motiven seiner Flucht äu-

ßert. Angeblich sind die Briefe in Christiania (dem heutigen Oslo) aufgegeben, doch hätte wenig detektivischer Spürsinn dazugehört, den Absender in London zu vermuten.

Harris hat diese Briefe wohl ebenso wenig gekannt wie Josef Peukerts 1913 auf Deutsch erschienene „Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung“, in denen dieser erstmals öffentlich Schnaubelts Flucht nach England enthüllte. Ansonsten hätte Harris sie zweifellos im Nachwort zur amerikanischen Ausgabe seines Buches erwähnt.

Hinsichtlich ihres weiteren Werdegangs hätte der Unterschied zwischen dem fiktiven und dem realen Schnaubelt kaum größer ausfallen können. Der Roman-Schnaubelt setzt sein Leben zu dem der Angeklagten in Chicago in Beziehung. Bei der Verkündung des Todesurteils erleidet er einen körperlichen Zu-

Sein Ideal war ein wohlwollender Despot, der mit Weisheit und Nachsicht herrschte; ich widersprach, betonte, dass es ein solches Wesen nicht gibt' und nicht geben könnte. Wir stritten häufig, aber niemals unfreundlich miteinander.“ (Gelebtes Leben, Bd.2, S. 786).

Was mochte Harris also bewogen haben, in „Die Bombe“ ein sympathisches, streckenweise faszinierendes Porträt des Anarchismus bzw. einiger seiner Protagonisten zu zeichnen? Zumal sich in seinem übrigen literarisch-publizistischen Werk kein näheres Interesse für den Anarchismus nachweisen lässt?

Eine mögliche Antwort dürfte in seiner Entwicklung zu suchen sein. Harris war in den 1880er und 1890er Jahren einer der englischen Starjournalisten, nacheinander Chefredakteur und Herausgeber mehrerer Londoner Zeitungen und Zeitschriften. Schon von Berufs wegen stand er mit der Elite des British Empire auf vertrautem Fuß. Doch bereits in dieser Glanzzeit wurde er aufgrund seiner offeneren, unkonventionellen Art von der „besseren Gesellschaft“ gemieden (was Oscar Wilde in das berühmte Bonmot kleidete: „Frank Harris war in allen großen Häusern zu Gast — genau einmal!“). Um die Jahrhundertwende geriet er mehr und mehr in die Isolation bzw. distanzierte sich selbst vom Establishment, wobei die Erfahrung der gesellschaftlichen Ächtung seines Freundes Oscar Wilde (wegen dessen Homosexualität) sicherlich eine Rolle gespielt haben wird. Bei seinen späteren Werken ist also das Moment der Provokation nicht zu unterschätzen.

1894 war Harris von seinem Posten als Chefredakteur der konservativen „Fortnightly Review“ entlassen worden, weil er einen glorifizierenden Artikel des französischen Anarchisten Charles Malato über seine Freunde, die Bombenattentäter Ravachol und Emile Henry, abgedruckt hatte. Er wusste also aus eigener Erfahrung, dass sich diese Thematik bestens eignete, um Empörung von Seiten einer konservativen Elite hervorzurufen. Hinzugekommen sein dürfte ein persönliches Interesse des Publizisten Harris am Haymarket-Fall als Nagelprobe auf die Meinungsfreiheit und die „Toleranz von Ideen“. Sowie ganz allgemein eine gewisse romantische Sehnsucht nach dem Außenseiter- und Rebellen-tum. Einigermaßen gönnerhaft schreibt Harris im Nachwort zur „Bombe“: „Das ganze Buch ist wahrscheinlich viel zu idealistisch. Aber da alle Rebellen — sowohl Sozialisten wie Anarchisten — in unserem Lande von einer Flut wütenden und idiotischen Hasses und Abscheus erstickt werden, ist vielleicht ein bisschen Idealisierung dieser Weltverbesserer gerechtfertigt.“

### Zum Ausklang

Für die amerikanische Polizei blieb Rudolf Schnaubelt stets der Hauptverdächtige, und sie gab die Suche nach ihm nie auf. Noch 1942 verhörten FBI-Beamte einen Namensvetter. Doch die Hoffnung, den Fall doch noch lösen zu können, zerschlug sich schnell. Der Betreffende hatte ein, wenn man so sagen darf, bombensicheres Alibi: Er war erst zwei Jahrzehnte nach der Tat geboren worden. Der richtige Rudolf Schnaubelt wie auch der richtige Bombenwerfer weilten zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich schon nicht mehr unter den Lebenden.

MH

Bibliographie: Frank Harris, The Bomb, London 1908. Mehrere Neuauflagen: New York 1909 (mit Vorwort des Autors) und 1920 (mit Nachwort des Autors), Chicago 1963 (Einleitung: John Dos Passos), Portland 1996 (Reprint der Ausgabe von 1963 mit Nachwort von John Zerzan)

Auf deutsch: Die Bombe, Roman von Frank Harris, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1927, Autorisierte Übertragung von Antonina Vallentin.

Online-Ausgabe (des Originals): [www.ibiblio.org/eldritch/harris/bomb.htm](http://www.ibiblio.org/eldritch/harris/bomb.htm)

# UP THER E P U B L I C

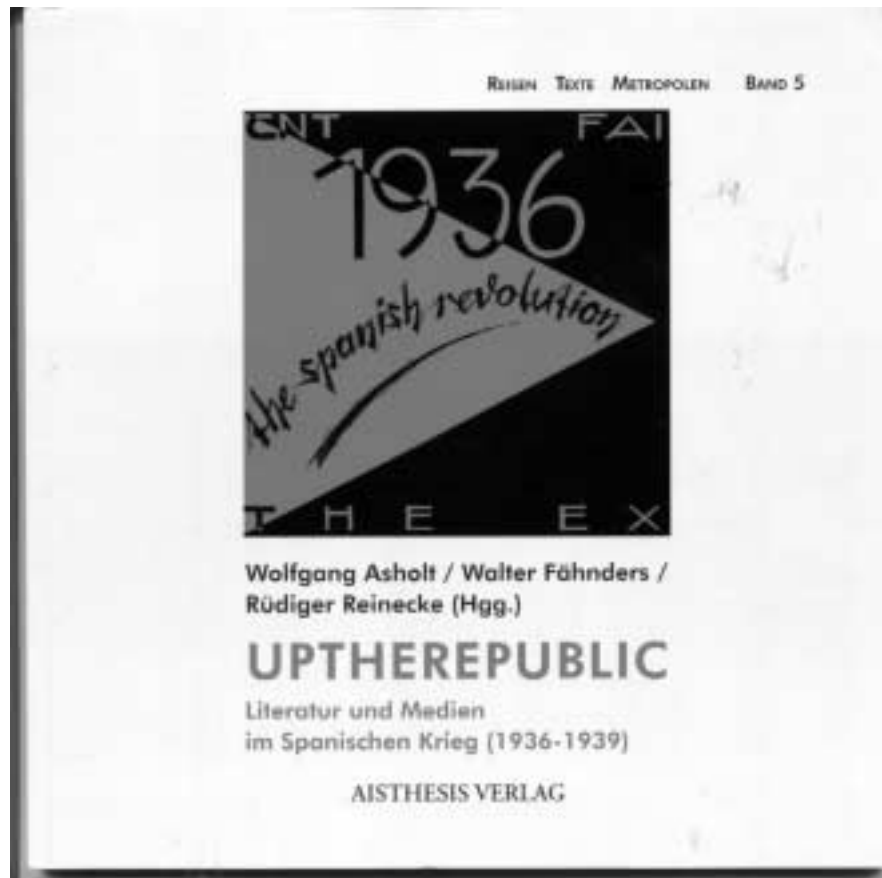
Literatur und Medien im Spanischen Krieg (1936-1939)

Zum Ausklang des 70. Jubiläumjahres von Revolution und Bürgerkrieg in Spanien ist im Foyer der Universitätsbibliothek Osnabrück eine kleine, aber feine Ausstellung zu sehen, die sich der künstlerisch-medialen Verarbeitung der Ereignisse widmet, mit Schwerpunkt auf dem Beitrag deutscher EmigrantInnen. Die Ausstellung zeigt Plakate, Fotos, Titelseiten von Zeitungen und Zeitschriften, Presseartikel, Archivmaterialien u.ä., ergänzt um Schrifttafeln mit Gedichten, Interviewauszügen usw. In Vitrinen sind zeitgenössische Bücher, Broschüren und (seinerzeit ins Deutsche Reich eingeschmuggelte) Tarnschriften ausgestellt. Weiterführende Materialien zu einzelnen Themen werden auf einem Infotisch präsentiert: Mehr als 30 Kurzbiographien vorwiegend deutscher KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, Intellektueller sowie lexikonartige Artikel zu historischen „Stichworten“ (wie „CNT“, „Internationale Brigaden“ usw.).

Trotz ihres geringen Umfangs ist die Ausstellung sehr dicht und informativ, allerdings auch sehr textlastig. Obwohl ein weiterer thematischer Bogen über die verschiedenen Print- und Bildmedien bis hin zum Rundfunk geschlagen wird, fehlt doch ein so wichtiges Medium wie der Film vollständig und wird weder in der Ausstellung noch im begleitenden Katalog mit einem Wort erwähnt. Auch die in einem Katalogtext von Jutta Held herausgearbeiteten Unterschiede in der Bildsprache und dem Politikverständnis von Plakatkunst, Fotografie und Malerei können leider in der Ausstellung selbst mangels entsprechender Exponate (zumindest in Bezug auf die Malerei) nicht nachvollzogen werden.

Auch wenn die Mehrzahl der gezeigten Dokumente dem kommunistischen bzw. Volksfrontspektrum zuzuordnen ist, so lässt sich andererseits ein deutliches Bemühen der AusstellungsmacherInnen erkennen, die sozialrevolutionäre Dimension des Spanienkrieges nicht zu kurz kommen zu lassen. Ein-

zelne Rubriken sind der „Sozialen Revolution“, den „Deutschen Anarcho-SyndikalistInnen“ oder den „Mujeres Libres“ gewidmet, und in einem abschließenden, „Erinnerung und Aneignung“ betitelten Kapitel über Bezugnahmen auf den Spanienkrieg in neuerer Literatur, Kunst und Populärkultur wird auf



eher marginale Beispiele wie den situationistischen Comic „Die Rückkehr der Durruti-Kolonnen“ oder das Fotobuch „The Spanish Revolution“ von „The Ex“ verwiesen, über die große Masse kommunistischer Roman- und Memoirliteratur hingegen ein gnädiger Mantel des Schweigens gebreitet.

Gegen den Anspruch der Ausstellungs-

macherInnen, die „Kulturrevolution“ innerhalb der spanischen Revolution in ihren „vielfältige(n) Aspekte(n)“ dokumentiert zu haben, sollen allerdings an dieser Stelle leichte Vorbehalte angemeldet werden. Versteht man unter „Kultur“ nicht nur Kunst, Literatur und Medien, sondern die Gesamtheit alltäglicher Kommunikations- und Umgangsformen, so ist Kulturrevolution als der Versuch zu begreifen, nichthierarchische Sozialbeziehungen herzustellen, also z.B. patriarchale Geschlechterverhältnisse zu beseitigen oder egalitäre Arbeits- und Entscheidungsstrukturen zu erproben. Auf derartige

Ansätze, etwa die Kollektivierungen und das Milizsystem, wird jedoch in der Ausstellung nur durch einige Buchpublikationen (unter Glas!) diskret hingewiesen, nur die „Mujeres Libres“ werden (immerhin!) etwas ausführlicher gewürdigt.

Auch im künstlerischen Bereich im engeren Sinne kann von einer „Kulturrevolu-

tion“ nur sehr bedingt die Rede sein, da eine Kunst nicht schon deshalb revolutionär wird, weil sie „Partei“ ergreift, sich an das „Volk“, statt an eine Elite von Reichen und Gebildeten wendet, sondern nur in dem Maße, wie sie sich selbst und den Status des Künstlers/der Künstlerin in Frage stellt. Am ehesten trifft dies noch auf jene zu abertausenden während des Bürgerkriegs entstandenen „Romanzen“ zu, jener spezifisch spanischen Gattung erzählerischer, mitunter lydischer Volksdichtung, in der sich eine Art kollektiver und anonymen Kreativität Bahn brach: „Indem sie (= die Kriegsdichtung des spanischen Romancero) die Trennung zwischen KulturproduzentInnen und KulturkonsumentInnen aufhebt und die Verbindung der literarischen Avantgarden mit den BäuerInnen, MilizionärInnen und ArbeiterInnen herstellt, setzt sie spontan einen Bereich des Projekts der Sozialen Revolution in eine alltägliche Praxis um ...“ (Katalog, S. 84).

Abschließend sei auf das Begleitbuch zu der Ausstellung verwiesen, das zusätzlich zur Wiedergabe eines wesentlichen Teils der gezeigten Bild- und Schriftexponate drei wissenschaftliche Aufsätze enthält. Nicht mit aufgenommen wurde dagegen leider die in die Ausstellung integrierte Dokumentation über den Osnabrücker Arbeiter und Spanienkämpfer Heinrich Bogula (1903-1976). Bogula, obwohl KPD-Mitglied, kämpfte in Spanien zunächst in der Internationalen Gruppe der Durruti-Kolonnen an der Zaragozafront, beteiligte sich offenbar an den Maikämpfen 1937 auf der „falschen“ Seite und wurde deshalb in einem internen KPD-Dossier 1940 als „degeneriertes Element“ verleumdet. Dennoch ließ sich Bogula, nach einer Odyssee durch französische und deutsche Lager während des Krieges, später in der DDR nieder, wo er bis zu seinem Tod lebte.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 31. Januar.

MH

Wolfgang Asholt/Walter Fähnders/ Rüdiger Reinecke (Hgg.), UP THER E P U B L I C. Literatur und Medien im Spanischen Krieg (1936-1939), Aisthesis Verlag, Bielefeld 2006, 109 S., 12,80 EUR (in der Ausstellung), 16,80 EUR (über den Buchhandel)

## Rebell wider den Krieg

Bertrand Russell und der Erste Weltkrieg

Revolutionäre Aktion mag unnötig sein, revolutionäres Denken aber ist unentbehrlich, und als Ergebnis des Denkens eine vernünftige und aufbauende Hoffnung.“

Bertrand Russell, 1872 in Trellech, Wales geboren, war Anarchist, Philosoph, Agnostiker und vor allen Dingen: Pazifist. Allerdings, das betonen Zitate von Russell im Buch immer wieder, war er kein Pazifist um jeden Preis.

Borries 95 Seiten dünnes Buch schildert in konzentrierter Form Russells vierjährigen Weg während des Ersten Weltkriegs (1914-1918) vom einfachen, in der Politik mitdenkenden Philosophen zum leidenschaftlichen Friedensaktivisten und, zumindest im Geiste, radikalen Antikapitalisten.

Mit dem Beitritt zur „No-Conscription-Fellowship“ 1914, einer englischen Bewegung, welche sich gegen die repressive Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern richtete, nahm Russells Friedensaktivität ihren Anfang. Zwar hatte er bereits zuvor, wenn auch erfolglos, durch das Verfassen von Artikeln intellektuelle zur Rebellion gegen den bevorstehenden Krieg aufgefordert und war der „Union for democratic control“ beigetreten, doch gerade letzteres schien ihm ein zu halbherziges Unterfangen, war doch das Engagement der Union gegen den Krieg nur sehr zaghaft.

Im Zuge einer nationalen Massenhysterie in England und anderswo zogen junge Menschen mit Enthusiasmus in einen Krieg, der

nur Verderben für sie und ihre vermeintlichen Gegner bereithielt. Eine Absurdität, die Russell nicht begreifen wollte und gegen die er sich immerzu empörte. Doch er blieb, abgesehen von einigen wenigen Gleichgesinnten, in seiner Haltung isoliert. Im Laufe des Krieges fiel es Russell zunehmend schwerer, sich gegen die aufkommende Frustration zu wehren. Er zweifelte nicht an der Richtigkeit seines Anliegens. Vielmehr fing er an, sein Menschenbild in Frage zu stellen. Er suchte nach neuen Wegen, die Menschen zu erreichen und von seiner Vision, die immer stärker sozialistische Züge annahm, zu überzeugen.

Zum Kriegsende 1918 verlor er aufgrund seiner Aktivitäten nach acht Jahren Lehrtä-

tigkeit seine Anstellung am Trinity College in Cambridge. Die Depression der Nachkriegszeit holte auch Russell ein. Und dennoch, was Russells Persönlichkeit vielleicht am meisten auszeichnete: Er schöpfte daraus neue Energie, um „[d]ie Menschen mit Hoffnung zu erfüllen, ihnen genügend Einbildungskraft zu verleihen, damit sie erkennen, dass die Übel, unter denen sie leiden, unnötig sind, und genügend Nachdenken, um zu verstehen, wie diese Übel geheilt werden können“ (Political Ideals, 1917).

„Rebell wider den Krieg“ ist ein angenehmes und durchaus spannend geschriebenes Buch. Wer sich vornehmlich für den „Pazifisten“ Russell interessiert, bekommt hier einen guten Einblick in diesen entscheidenden Abschnitt seiner Biographie.

Achim von Borries, Rebell wider den Krieg – Bertrand Russell 1914-1918, Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, ISBN 3-939045-01-2, 95 Seiten, 8,80 Euro

## Die CNT als Vortrupp des internationalen Anarchosyndikalismus

Die Spanische Revolution 1936 – Nachbetrachtungen und Biographien

Die FAU Bremen hat sich als Herausgeberin die Mühe gemacht, nach Texten von Autoren wie Augustin Soucy, Helmut Rüdiger, Fritz Linow oder auch Max Nettelau zu suchen, die sich allesamt beschreibend-analytisch mit den verschiedenen Aspekten der Spanischen Revolution auseinandersetzen.

Die Leserschaft erfährt etwas über die „Freiheitliche Kollektivwirtschaft“, „Spaniens KP im Bürgerkrieg“ oder die „Theorie im Lichte der Praxis“. Die Texte sind zu meist aus „Die freie Gesellschaft“ entnommen, der Zeitung der „Föderation freiheitlicher Sozialisten“ (Nachfolgeorganisation

der FAUD).

Abgerundet wird das Ganze durch eine Handvoll Kurzbiographien, in denen die Revolution einerseits aus internationaler Perspektive gewürdigt wird und andererseits einzelne Akteure in aller Kürze bekannt gemacht werden.

Ein besonderes Extra ist der Anhang, in dem sich neben den historischen Statuten der CNT auch ein Text zum „Konzept des Libertären Kommunismus“ wiederfindet, der auf dem IV. Kongress der CNT-AIT im Mai 1936, also unmittelbar vor der Revolution, in Zaragoza angenommen wurde.

Besonders gestört hat mich allerdings,

dass auf etwas mehr als 120 Seiten gleich 15 Seiten leer sind. Zusammen mit der großen Schrift und weiteren freien Flächen auf zahlreichen Seiten erweckt dies den Eindruck, dass eine dicke Broschüre zu einem dünnen Buch aufgeblasen wurde. Schmerzlich vermisst habe ich auch eine genauere historische Einordnung der ausgewählten Texte, was einem Verständnis durchaus im Wege stehen kann. Zu guter Letzt gibt es für die zahlreichen Abbildungen leider keine Quellennachweise.

Abschließend möchte ich betonen, dass das Buch trotz der genannten Mängel sehr lesenswert ist. Nicht nur, dass längst ver-

gessene Texte wieder an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden, nein, es regt an, sich mit der Materie etwas genauer zu beschäftigen und all die aufgeworfenen Fragen an anderer Stelle weiterzuverfolgen.

Rudolf Mühlrad

FAU Bremen (Hrsg.), Die CNT als Vortrupp des internationalen Anarchosyndikalismus. Die Spanische Revolution 1936 – Nachbetrachtungen und Biographien, Verlag Edition AV, Lich 2006, 129 S., ISBN: 978-936049-69-5, 14 Euro

KULTURGUE RILLA



Nicht nur zur Weihnachtszeit ...

Künstleraktion gegen Obdachlosigkeit  
Weihnachten ist immer die Zeit, wo jede Hilfsorganisation ihren Etat saniert. Aber soziale Ungleichheit lässt sich nicht mit einer Promigala oder einer kleinen Spende lösen. Wenn die großen Konzerne gar Geld für „arme“ Kinder sammeln, während sie im selben Jahr tausende von ArbeiterInnen auf die Straße setzen, grenzt solch ein Verhalten schon fast an Beleidigung. Die soziale Ungleichheit lässt sich nur durch die Soziale Revolution beseitigen. Bis zur Erlangung der Sozialen Revolution können aber viele Hilfsbedürftige nicht warten. Eine ungewöhnliche Hilfsaktion beginnt im Januar der Musiker Heinz Ratz.

Vom 25. Januar bis 4. März 2007 wird der Straßenmusiker Heinz Ratz, der selbst einmal auf der Straße leben musste, von Dortmund nach München laufen, um auf die oft sehr verzweifelte Situation von Obdachlosen in Deutschland aufmerksam zu machen. Es ist damit auch ein Lauf gegen den zunehmenden Abbau von sozialen Einrichtungen und die Kürzungen von Sozialleistungen, die mehr Armut und ein wachsendes Gefälle zwischen Arm und Reich bewirken. Er wird die gesamte Strecke zu Fuß bewältigen und jeden Abend in wechselnder Besetzung mit seinem Liedermacherprogramm „Strom & Wasser“ auftreten. Die Auftritte sind eintrittsfrei, um auch mittellosen Zuschauern zu ermöglichen, durch einen Besuch des Konzerts ihren Protest gegen den Sozialabbau in Deutschland und ihre Unterstützung für seinen Lauf auszudrücken.

Ausdrücklich willkommen ist auch jeder, der auf dieser „längsten Demo der Republik“ die eine oder andere Etappe mitlaufen möchte. Während der Konzerte werden Spenden gesammelt, die direkt an örtliche Projekte fließen, die Obdachlose unterstützen oder ihre Lebensqualität verbessern helfen. Viele Auftritte werden von Gastauftritten bekannter Kollegen unterstützt, so haben u.a. schon Konstantin Wecker, Gerburg Jahnke und Götze Widmann zugesagt.  
Mehr unter  
www.laufgegendiekaelte.de

WAS WILL DIE FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

# Guerilla-Taktik im Klassenkampf

Des letzten Rätsels Lösung: Sabotage, die Effizienz des Ungehorsams

Es ist nicht eben einfach zu sagen, wann, wo und von wem die Sabotage erfunden wurde. Als Widerstandsmittel hat sie einen so selbstverständlichen, in der Natur der Sache liegenden Kern, dass ihr schon fast etwas Instinktives anhaftet. Was ihre Geschichte anbelangt, so dürfte die Sabotage so alt sein wie die Ausbeutung selbst.

Ein Tagelöhner heuert für einen Dollar den Tag an. Sein Enthusiasmus hält sich dabei in Grenzen, sein Arbeitstempo ist nicht unbedingt von der schnellen Sorte. „Ist das alles, was du kannst?“, fragt ihn der Boss. „Alles, was ich für einen Dollar kann“, antwortet der Malocher. „Dann zeig mal, was du für zwei Dollar schaffst“, sagt der Chef. Und plötzlich geht die Arbeit leichter von der Hand.

Sabotage hat so oder so ähnlich angefangen. In organisierter Form trat sie jedoch erst im Verlauf der industriellen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf. Berühmt wie bis heute missverstanden sind z. B. die auch „Maschinenstürmer“ genannten Luddi-

ten, englische Textilarbeiter, die sich in ihrem vehementen Kampf gegen massenhafte Entlassungen und die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen auch des Mittels der gezielten Zerstörung ihrer Maschinen bedienten. Dabei richtete sich ihr Zorn weder gegen die Moderne in Form der neuen Arbeitsgeräte, noch gegen den technologischen Fortschritt. Es ging ihnen einzig und allein darum, Druck auf die Bosse auszuüben, um zu verhindern, dass es ihnen schlechter gehen würde. Nicht mehr, nicht weniger.

Mit der Entstehung und Entfaltung der Arbeiterbewegung im frühen 19. Jahrhundert trat die organisierte Sabotage also immer öfters in geballter Form in Erscheinung. So etwa in Frankreich, wo Erntehelfer ihre derben Holzschuhe in Mäh- und Dreschmaschinen warfen, um sich so mal eine Pause von der Plackerei zu verschaffen (sicher, das war nicht der einzige Grund, aber doch ein sehr typischer und somit bezeichnender). Eine solche Pause fiel dann nicht selten länger aus, weil der hineingeworfene Holzschuh

– auf Französisch „sabat“ – im Räderwerk der Maschine ganze Arbeit geleistet hatte. Kleine Tat, große Wirkung. Auch eine Übersetzung für „Sabotage“.

Diese Geschichte machte in Frankreich schnell Schule. Die Anlässe dafür, einen Holzschuh in eine Maschine fallen zu lassen, wurden immer geringfügiger, und etwas zu „sabotieren“ wurde zum geflügelten Wort.



In der organisierten Arbeiterschaft entwickelte sich die Sabotage gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer erklärten Kampf-

form mit theoretischer Unterfütterung. Sabotageaktionen flankierten anfangs Arbeitskämpfe, schließlich wurden sie sogar damit identisch. So scheiterte 1889 etwa ein Streik schottischer Hafenarbeiter. Es gab schlicht zuviele Streikbrecher, die an die Stelle der Streikenden traten. Da kamen die Hafenarbeiter auf die Idee, zwar wieder zur Arbeit zu gehen, aber so schlecht und so langsam wie möglich an die an sie herangetragenen Aufgaben zu gehen. Es brauchte keine zwei Wochen, bis die Chefs verstanden und plötzlich doch auf die ursprünglichen Forderungen eingingen. Die Sabotage hatte auch in Schottland Einzug gehalten. Bestimmte Streik- und Protestformen, wie Bummelstreik oder Dienst nach Vorschrift, sind einstmals als Sabotageaktionen propagierten Taktiken hervorgegangen.

Liz Gurley Flynn brachte es im Namen der IWW 1916 auf den Punkt: Sabotage kann flankieren, kann unterstützen – sie kann aber noch viel mehr leisten, da es wenig Aufwand und im Zweifel nur eine kleine Zahl GenossInnen braucht, um einen verhältnismäßig großen Effekt zu erzielen. Deshalb ist die Sabotage, so urteilte Flynn vor 90 Jahren, die Guerilla-Abteilung im Klassenkampf.

Matthias Seiffert

## Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 45

1	2	3		4		5	6	7	8		9	10		11		12
13		2				14					15					8
		16	17		18		19			3						
20																
						21			22		23	24			25	
		26	27								28			29		
30						31			4							
		32			33								6			
34		7							35		36		37		38	39
				40		41		42			43				44	
			45			46									47	48
49				50											51	
							52			53						
54										55			56			1

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

**Hinweis zum Rätsel:** Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben

Waagrecht

- 1. Mitglied der KP Russlands oder der Sowjetunion 9. kammartiges Gerät zum Spalten der Fasern bei der Flachs- und Hanfbearbeitung
- 13. großer Langschwanzpapagei 14. revolutionäre Kunst- und Literaturrichtung um 1920: ~ismus 16. westafrikanisches Land 19. Wortratespiel mit in manchen Fällen „tödlichem“ Ausgang 20. Schweinerippchen <schweizerisch> 21. Gewürz- und Heilpflanze
- 23. Kurzwort in der Mathematik für eine Winkelfunktion im rechtwinkligen Dreieck; es gibt auch die ~skurve 25. Tonbezeichnung 26. in dem Stil, so ungefähr: in dem ~ 28. Spielkarte mit dem höchsten Wert 29. Kfz-Kennzeichen für Kempten 30. schmelzen 31. ländlich geprägte Region Spaniens, in der die anarchistische Kollektivierung der Landwirtschaft während der Spanischen Revolution in großem Maßstab umgesetzt wurde 32. literarische Kritik an Personen und Zuständen durch

- Übertreibung, Ironie und Spott 34. Zierpflanze 35. „was nicht ~, kann noch werden“ 37. kompakte Gruppe auf einer Demonstration: schwarzer ~; Gewerkschafts~ 40. Seefisch; einige Familien haben einen giftigen Stachelschwanz 43. ~Erlebnis: Erlebnis, aus dem man unerwartet neue Erkenntnisse zieht 44. Landes Kürzel für Rumänien 46. sehr schmale einfache Brücke 47. höchstes Gebirge Europas: Die ~en 49. „Es gibt nichts ~, außer man tut es“ (Erich Kästner) 51. befestigtes Hafenufer <eindeutschende Schreibweise> 52. Wüste in Südamerika, in der es seit Anfang der Wetteraufzeichnungen gebietsweise niemals geregnet hat 54. Anhänger <männl. Form> einer Philosophie, die alles Bestehende für nichtig und sinnlos hält 55. Fluss im Süden Russlands, früher die Heimat freier Kosaken 56. Hauptfigur in Tolkiens „Der kleine Hobbit“, Nebenfigur im „Herrn der Ringe“

Senkrecht

- 1. Gitarrist der frühen Pink Floyd, starb 2006, Vorname: Syd 2. französisch für Gold, auch die entsprechende Wurzel in den meisten romanischen Sprachen 3. zu Italien gehörende Mittelmeerinsel, Symbol für die Festung Europa 4. Dienstleistungsbetrieb in der Telekommunikation, oft mit prekären Arbeitsbedingungen 5. Kfz-Kennzeichen für Erding 6. Sprecherin der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS, von manchen „die schönste Stalinistin“ genannt, Vorname: Sahnra 7. Frauenname (etwas verstaubt wirkend) 8. Strafgefangener, der dem Gefängniswärter zur Hand geht: ~faktor 10. achten 11. umgangssprachlich für Kondom 12. besonders opportunistische trotzkistische Formation, die 2005-06 versuchte, die WASG zu kapern 15. ostdeutsche Industriestadt 17. Kfz-Kennzeichen für Apolda 18. römisch zwei 22. russische Stadt (inzwischen umbenannt), die 1942-43 von der Wehrmacht und der Roten Armee umkämpft wurde; die Kapitulation der deutschen Armee Anfang 1943 markierte einen Wendepunkt im 2. Weltkrieg 24. „Was der Bauer nicht kennt, ~er nicht.“ 27. erfolgreiche Mannschaft im spanischen Profifußball: ~Madrid 29. Spaltwerkzeug; roter Gegenstand auf dem bekannten Plakat El Lissitzkys aus den frühen Jahren der Sowjetunion; „Schlag die Weissen mit dem roten ~“ 31. Länderkürzel für Argentinien 33. Was haben „Industrieofen“ und „Symphonieorchester“ gemeinsam? 34. Region im Nordosten Spaniens 36. in Nordaustralien findet man diese giftigste Landschlange der Welt 37. Affenbrodbaum 38. Weissagungsstätte 39. zweiter Namensteil eines bekannten Multis, der u.a. in Kolumbien GewerkschafterInnen ermorden lässt 41. Abk. für einen Fest-, Gedenk- und Demonstrationstag der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und derer UnterstützerInnen 42. Länderkürzel für Estland 45. Bundesstaat der USA mit Anteil an den Rocky Mountains 48. Bier in den meisten slawischen Sprachen 50. spanische für Sonne 52. Länderkürzel für Österreich 53. chemische Formel für Kohlenmonoxyd

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Dieter R. aus Nürnberg.

Auflösung  
No 44



**DA**  
DIREKTE AKTION  
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion  
c/o FAU Dortmund  
Braunschweiger Str. 22  
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlussredaktion:  
E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org  
Bug: E-Mail: da-bug@fau.org  
Globales: E-Mail: faud1@fau.org  
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org  
Kultur: FAU Bielefeld,  
E-Mail: faub1@fau.org  
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger:  
Direkte Aktion e.V.,  
Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Alexander Stricker

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 180: 9. Februar

Eigentumsvorbehalt: die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen pers. ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine pers. Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.